

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsstelligen Nummern
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Besinn-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Freitag, den 15. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Rechenschaftsbericht der General- kommission

vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission, abgesehen von kurzen
Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuss regelmäßig erstattet
wurden, nur für den Gewerkschaftskongress ein Bericht gegeben
worden. Nimmehr hat die Kommission unter Zustimmung des
Gewerkschaftsausschusses beschloffen, alljährlich einen kurzen Bericht
und die Abrechnung zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1 1/4 Jahren.
Er wird, wie auch die späteren Berichte, nur in kurzen Zügen eine
Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die General-
kommission beteiligt war, sowie die hauptsächlichsten Geschäfte und
getroffenen Maßnahmen schildern. Wir geben aus dem im
„Korrespondenzblatt“ Nr. 8 vom 11. Februar zur Veröffentlichung
gelangten Bericht das Folgende wieder:

Allgemeines.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongress konnte berichtet werden,
dass die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1899
auf 491 956 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit
dem letzten Gewerkschaftskongress verstrichenen Zeit ist eine weitere
Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der
Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die
gewerkschaftlichen Centralverbände 580 478 Mitglieder (darunter
19 280 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme
von 89 100 Mitgliedern. So weit sich zur Zeit eine Uebersicht ge-
winnen lässt, ist zu konstatieren, dass auch im Jahre 1900 die Zu-
nahme an Mitgliedern angehalten hat, obgleich in einzelnen Ge-
werkschaften sich eine Verminderung der Arbeitslosen zeigte, welche,
wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der
gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verbunden zu sein pflegt.
Unter der Voraussetzung eintretender ungünstigen Wirtschafts-
konjunktur wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften
innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der
Organisation zu erhalten. Sicherlich werden sie den Rückgang, wie
er sich in den Jahren 1891—93 zeigte, nicht wieder zu erleiden haben.
Nebst dem ist es notwendig sein, durch ständige Agitation vorzubeugen,
dass ein allzu großer Verlust an Mitgliedern eintritt.

Diese Agitation gestaltete sich bei dem Zusammenhalt, welcher
unter den gewerkschaftlichen Centralverbänden besteht, wesentlich
leichter als vor einem Jahrzehnt. Wir glauben nicht fest zu geben,
weil wir die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung
zum nicht geringen Teil auf dieses gemeinsame Wirken und Hand
in Hand arbeiten der Gewerkschaften zurückzuführen.

Am 16. November 1900 waren 10 Jahre verflossen, seitdem die
Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine ge-
meinsame Centralstelle geschaffen haben. Anfangs waren nur
wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, resp. diese
leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm
diese Beitragsleistung zu. Es ergibt sich aus dieser Steigerung der
Beiträge aber nicht nur die Thatfache, dass die gewerkschaftlichen
Centralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission an-
geschlossen haben, sondern es wird dadurch auch bewiesen, dass die
Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßige
geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartals-
beiträge (von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal
und Mitglied) werden nicht nach der Zahl der Listenmitglieder,
sondern nach der Summe der tatsächlich in den einzelnen Ver-
bänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartals-
beiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft
der einzelnen Gewerkschaften.

Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die
folgenden Zahlen. Von 1890 bis 1892 hatte die Generalkommission
pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2100 Mk.;
von 1892—96 pro Halbjahr 11 586 Mk.; von 1896—99 pro Halbjahr
19 278 Mk.; im ersten Halbjahr 1900 25 277 Mk.; im zweiten Halbjahr
1900 35 767 Mk. Heute sind alle auf dem Boden der modernen
Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission an-
geschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einnahme ist es auch zu danken, dass die Agitation
gegen das Zuchtshausgesetz so erfolgreich betrieben werden
konnte, wie gesehen. Die Vorbereitungen für die Agitation gegen
das Gesetz waren getroffen, als dieses am 6. Juni 1899 dem Reichs-
tage vorgelegt wurde.

Es waren 80 Agitationsbezirke vorgesehen, zu welchen 3252 Orte
mit über 2000 Einwohnern gehörten. In 873 dieser Orte
waren Verbindungsadressen für die Flugblattverbreitung vorhanden.
In den 80 Bezirken, in welchen die Einrichtungen für
Drucklegung des herauszugehenden Flugblatts vorhanden
waren, wurden die Flugblätter auf von Hamburg verordneten
Platten gedruckt. Es wurden auf diese Weise in 83 Bezirken
2 755 000 Flugblätter hergestellt. Von Hamburg aus wurden nach
28 Bezirken und 15 einzelnen Orten 683 700 Flugblätter versandt,
so dass insgesamt ca. 3 500 000 Flugblätter zur Verbreitung ge-
langten.

Wenig, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es
wurden seitens der Generalkommission 23 279 Mk. aufgewandt.
Nehmen wir dazu die 5698 Mk. für die gleichfalls dieser Agitation
dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“,
sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, dass der
Prozentsatz gegen die Zuchtshausvorlage den gewerkschaftlich organisierten
Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat. Die Arbeiter sind
opferfreudiger als die Unternehmer, in deren Interesse das Gesetz
geschaffen werden sollte. Nur unwillig gab der „Centralverband
deutscher Industrieller“ dem Grafen v. Pofadowy 12 000 Mk. zur
Agitation für das Gesetz.

Agitation.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, sowie in
Oberschlesien, haben in der bisherigen Weise ihre Tätigkeit fort-
gesetzt und sind finanziell, wie sich aus der Abrechnung ergibt, wie
auch sonst in jeder Beziehung seitens der Generalkommission unter-
stützt worden. Der Erfolg kam unter den fortwährenden Schwierig-
keiten, welche der Agitation entgegenstehen, kein bedeutender sein.
Jedenfalls legt er nicht im Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln
und Kräften. Trotzdem darf nicht etwa weniger als bisher, sondern

es muss noch mehr geleistet werden. Dies wird dadurch geschehen,
dass für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in
polnischer Sprache vom 1. April 1901 ab in Posen herausgegeben
werden soll. Die Herausgabe ist von dem Gewerkschaftsausschuss
beschlossen, nachdem seitens der Verbände der Verbände festgesetzt
war, dass ein Bedürfnis für das Blatt bei 11 Verbänden vorhanden
ist. Von den Herstellungskosten werden zwei Drittel von den direkt
beteiligten Verbänden, ein Drittel seitens der Generalkommission ge-
tragen werden.

Wie in früheren Jahren, ist auch im letzten an einzelnen Gewerkschaften
Rückgang zu größeren Agitationen gewährt worden. Ferner
ist auf Kosten der Generalkommission eine Agitation unter den
Arbeiterinnen des Voigtländischen Bezirks unternommen worden.
Außerdem sind für einzelne Orte und Bezirke besondere Flugblätter
hergestellt und verbreitet worden. Im übrigen sind auf eine große
Zahl von Anfragen betreffend die Agitation Anweisungen, besonders
an die Gewerkschaftsleitungen, gegeben.

Mit den Gewerkschaftsleitungen stand die Generalkommission
nach wie vorher in regem Verkehr und hat sich auch das gegenseitige
Verhältnis, gestützt auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftsleitung
des letzten Gewerkschaftskongresses sehr günstig und freundschaftlich
gestaltet. Eine Ausnahme davon macht, wie bekannt, das
Leipzigiger Gewerkschaftsleitungsleit. Die Vorgänge selbst
sind bekannt.

Statistik.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die
Verufs- und Gewerbezahlung von 1895 zuzieht, den Gewerkschaften
zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Er-
gebnissen dieser Zahlung gemacht und im „Korrespondenzblatt“ ver-
öffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Er-
gebnissen der Gewerbezahlung ist in Bearbeitung. Die alljährlichen
Statistiken über die Streiks und über den Stand der Gewerkschafts-
bewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streikstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum
Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am
Jahreschluss gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so ge-
troffen, dass fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission
herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird.
Diese Neueinrichtung verursachte der Generalkommission nicht
unersprechliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglichen, dass die
Streikstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht
werden kann, sondern es ist dadurch, dass nicht wie bisher summarisch,
sondern über jeden einzelnen Streik berichtet wird, die Genauigkeit
erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streikstatistik
gegeben.

Dass die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht
etwa erheblich macht, ist schon früher betont worden. Es hat sich
ergezeigt, dass die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen
absolut notwendig ist. In dem amtlichen Bericht über die Streiks
im Jahre 1899 ist zwar darauf verwiesen, dass die beiden
Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind, weil die Zahlung
seitens der Behörden nach Verwaltungsbezirken, seitens der Ge-
werkschaften aber nach Verufen erfolgt. Ohne dass die Zähnmethode
der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft
doch, wie schon angedeutet, ein Vergleich ermöglichen. Dadurch wird
dann wohl die ursprünglich vorhandene Übelkeit, aus der
amtlichen Streikstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen
zu können, entgültig schwinden. Vielleicht auch kommt man dann
an möglicher Stelle noch zu der Erkenntnis, dass untergeordnete
Polizeibehörden nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die
Streiks zu machen, und schafft hier Wandel. Dann würde die amtliche
Streikstatistik sich zu einem wertvollen Teil der Reichsstatistik
entwickeln können. Die Gewerkschaftsstatistik ist des-
halb zur Zeit wertvoller als je zuvor. Dessen sollten die
Besitzer der Gewerkschaften, welche als Leiter der Streiks die
ersten Materialien an die Verbandsvorstände einzuliefern haben, ein-
gesehen sein. Die ihnen zugewandte Arbeit ist nicht leicht und nicht
gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung
hat, muss die Beteiligten anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu
widmen.

Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse.

Von der Generalkommission wurde gemäß dem Beschluss des
Gewerkschaftskongresses eine Konferenz der Verbandsvorstände
arrangiert, unter welchen Rechnungsversteherlichkeiten über die Ab-
grenzung des zu gewinnenden Mitgliederkreises vorhanden sind. Die
Konferenz fand am 8. April 1900 in Hamburg statt und waren Ver-
treter von 13 Verbandsvorständen anwesend. Wenn auch keine
bindenden Beschlüsse gefasst worden sind und gefasst werden konnten,
so hat doch die Aussprache der beteiligten Parteien dazu beigetragen,
dass objektiv über die Frage der Zugehörigkeit zu der einen oder der
anderen Organisation geurteilt werden konnte.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress fanden insgesamt
36 Generalversammlungen resp. Verbandstage der einzelnen
Verufe statt.

Von diesen Generalversammlungen resp. Verbandstagen wurden
24 durch Vertreter der Generalkommission besucht.

Ein Kongress der Lithographen, der am 17. September
1899 in Leipzig stattfand, hatte sich mit der Frage zu beschäftigen,
ob die Lithographen auch ferner dem Verbands der Lithographen und
Steindrucker angehören sollen und ob der neugegründete Lithographen-
verband einem Bedürfnis entspreche. Auch zu diesem Kongress hatte
die Generalkommission einen Vertreter entsandt. Desgleichen zu dem
allgemeinen Fachkongress der Gas- und Wasserwerke am 6. März
1900 in Berlin, zu dem internationalen Textilarbeiter-
kongress am 16. Juli 1900 in Berlin, dem Kongress der Ge-
werkschaften Oesterreichs am 11. Juni 1900 in Wien und zu
dem Kongress der Gewerkschaften Belgiens am 24. Dezbr.
1900 in Brüssel.

Die Teilnahme an einem von den Gewerkschaften Frankreichs ein-
berufenen internationalen Gewerkschaftskongress lehnte die General-
kommission mit der Motivierung ab, dass, soweit allgemeine inter-
nationale Fragen gewerkschaftlicher Natur zu beraten sind, dies bis auf
weiteres in ausreichendem Maße durch den internationalen socia-
listischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress geschehen könnte. Zu
diesem Kongress, der am 23. September 1900 in Paris stattfand, hat
die Generalkommission zwar einen offiziellen Vertreter nicht entsandt
(zwei Mitglieder der Kommission waren von anderer Seite dorthin
delegiert), jedoch den Delegierten des Kongresses einen gedruckten

Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland übermittelt.
Der Bericht, in deutscher, englischer und französischer Sprache ab-
gefasst, wurde in 500 Exemplaren auf dem Kongress verteilt.

Zu einem internationalen Arbeiterkongress, der am 25. Juli
1900 in Paris stattfand, wurde die Generalkommission nicht nur ein-
geladen, sondern es erging an sie, resp. an ihren Vorsitzenden auch
die Anforderung, das Einberufungsschreiben mit zu unterzeichnen.
Weil es wurde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit motiviert,
dass ein Vorteil für die Arbeiterschaft aus dem Kongress nicht er-
wachsen werde. Soweit die Propaganda für internationalen Arbeiter-
kongress notwendig und möglich, müsse sie sich auf die Verhandlungen
des Arbeiterkongresses in Zürich stützen. Dieser Propaganda
dienen aber die internationalen Arbeiterkongresse in größerem Maße,
als dies von bürgerlichen Socialpolitikern einberufene Kongresse
können.

Die Arbeiterversicherung.

Der Gewerkschaftskongress beauftragte die Generalkommission,
für Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen
Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter
zu leiten.

Dem ersteren Auftrag ist die Kommission durch Herausgabe der
Vorschüre über die Arbeiterversicherung nachgekommen. Auch der
Vorbereitung der Wahlen soll diese Vorschüre dienen.

Einen von der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten
Vorschlag, in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Ver-
retterung der Versicherer vor dem Reichs-Versicherungsamt über-
nehmen soll, konnte die Generalkommission nicht zustimmen. Es
erkannte an, dass eine solche Einrichtung notwendig und dass es
Sache der Gewerkschaften ist, sie zu schaffen. Genaue Berechnungen
haben jedoch ergeben, dass die Generalkommission aus den regel-
mäßigen Einnahmen die nicht unbedeutenden Kosten resp. die
erforderlichen Zuschüsse für eine solche Einrichtung nicht leisten kann.
Es muss deshalb die Entscheidung über die Frage dem nächsten
Gewerkschaftskongress überlassen bleiben.

„Korrespondenzblatt“, Broschüren, „L'Operaio Italiano“.

Die Erhöhung der fortwährenden Einnahmen der General-
kommission ermöglichte es dieser, dem Beschluss des Gewerkschafts-
kongresses entsprechend, das „Korrespondenzblatt“ zu vergrößern und
besser auszugestalten. Seit dem 1. April 1900 erscheint das Blatt
regelmäßig sechzehnteilig im bisherigen Format und seit dem 1. Ja-
nuar 1901 in etwas vergrößertem Format im demselben Umfang.
Ein Redacteur, welcher sich ganz der Herstellung des Inhalts widmen
konnte, wurde angestellt.

Von den 17 Bewerbern, welche sich auf die Ausfertigung des
Redacteurpostens gemeldet hatten, wählte der Gewerkschaftsausschuss
den Genossen Paul Umbreit-Leipzig.

Die Auflage des Blattes stieg von 6050 Exemplaren im Juni
1899 auf 10 900 im Dezember 1900. Das Blatt wird in 1024 Einzel-
sendungen expediert.

Die schon erwähnte Broschüre „Die Vertreter in der Arbeiter-
versicherung und deren Aufgaben“ wurde in 10 000 Exemplaren her-
gestellt.

Nachdem durch reichsweite Aufhebung des Verbindungsverbotes
für politische Vereine die in den letzten Jahren erfolgten Kenderungen
der Vereinsgesetzgebung einen gewissen Abschluss erhalten haben, wurde die
längst begriffene Schrift „Anleitung zur Benutzung des Vereins-
und Versammlungsrechts“ neu herausgegeben. Die Schrift, welche
entsprechend den neueren Gesetzbestimmungen und der geltenden
Polizei- und Verordnungspraxis angefasst ist, wurde in 5000 Exemplaren
hergestellt.

Die italienische Zeitung „L'Operaio Italiano“ scheint einem
dringenden Bedürfnis zu entsprechen. Während im Jahre 1899 die
höchste Auflage 8000 betrug, stieg sie im letzten Jahre auf 4400. In
den Wintermonaten, wenn die italienischen Arbeiter in ihre Heimat
zurückkehren, geht die Auflage selbstverständlich zurück.

Zur Unterstüzung der Agitation unter den Italienern wurde
auch eine Broschüre in italienischer Sprache herausgegeben und in
4000 Exemplaren hergestellt.

Als Lohn für die Aufklärungsarbeit, welche der Verfasser der
Vorschüre und Redacteur von „L'Operaio“ unter den italienischen
Arbeitern im Interesse des Kulturfortschritts betrieb, überreichte ihm
die Hamburger Polizeibehörde einen Ausweisungsbeschluss. Der Aus-
gewiesene, ein Schweizer Bürger, war höchlichst verwundert, einen
solchen Beweis von der Freiheit in der sogenannten Republik Ham-
burg zu erhalten.

Da bei der allgemein bekannten Liebeshörigkeit der Ham-
burger Polizeibehörde von vornherein mit der Eventualität der
Ausweisung eines Redacteurs, der nicht Reichsangehöriger ist, ge-
rechnet wurde, so traf der geführte Schlag nicht. Das Blatt konnte
trotz weiter erscheinen, ohne an seinem Inhalte auch nur das ge-
ringste einzubüßen.

Zu erwähnen wäre noch, dass die Generalkommission eine
Sammlung für die Ausgesperrten in Dänemark veranstaltete und die
Verammlungen in Deutschland arrangierte, in welchen Delegierte
der Ausgesperrten referierten. Seitens der Generalkommission wurden
188 800 Mk. nach Dänemark geschickt. Der nach Verwendung der
Ausgesperrten eingegangene Betrag von 7994 Mk. wurde der
Kasse der Generalkommission überwiesen und als Darlehen den Ver-
bänden übergeben, welche größere Streiks zu führen hatten.

Einschließlich der von anderer Seite direkt nach Dänemark ge-
sandten Summen wurden aus Deutschland 217 572 Mark den
Ausgesperrten überwiesen. Eine Sammlung zur Unterstützung der
streikenden Bergarbeiter in Oesterreich ergab den Betrag von 49 000
Mark, welche an die österreichische Gewerkschaftskommission abgeführt
wurden.

Weglich der inneren Verwaltung wollen wir, um nicht
Einzelheiten anzuführen, nur bemerken, dass die Generalkommission 81
und der Gewerkschaftsausschuss sechs Sitzungen seit dem letzten
Gewerkschaftskongress abgehalten hat. In der Besetzung der Komitee,
der Höhe der Gehälter und der Entscheidung für Sitzungen sind
Veränderungen seit dem letzten Kongress nicht eingetreten.

Der erfreuliche Aufschwung, welchen die Gewerkschaftsbewegung
in Deutschland in den letzten Jahren zeigt, wird voraussichtlich auch
in den weiteren Jahren anhalten. Die Kommission wird nach wie
vor bemüht sein, ihr bescheidenen Teil zur äußeren Entfaltung und
inneren Erstarfung der Gewerkschaften beizutragen.

Kassenbericht.

Die Abrechnungen sind in anderer Weise gegeben als der übrige Bericht und zwar in drei verschiedenen Abschnitten, so wie der Kassier sie vorgelegt und die Revisoren sie geprüft haben. Die erste Rechnungslegung erstreckt sich vom 1. April bis 31. Dezember 1899. Der Kassenvortrag belief sich auf 34 792,00 M., an Quartalsbeiträgen gingen ein 39 041,54 M., die Gesamtsumme belief sich auf 100 266,55 M., die Ausgabe auf 71 680,57 M., so daß ein Bestand von 28 585,98 M. verblieb. In der Abrechnung vom ersten Halbjahr 1890 balanzieren Einnahme und Ausgabe mit 62 985,62 M., im zweiten Halbjahr mit 55 652,65 M. Der Kassenvortrag für das Jahr 1901 beträgt 20 650,31 M.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

Rheinbaben der Schneidige.

Die Vorbeeren des seligen Puttkamer lassen den neuen Polizeiminister nicht ruhen. Mehr und mehr stößt er sich zum Sozialisten-Feind zu entwickeln, seinen höchsten Stütz erblickt er in dem Kampfe gegen die Umstürzler, die in seinen Augen der Inbegriff alles Bösen auf der Welt sind. Im Verständnis für die sozialistischen Ideen steht es ihm natürlich vollkommen, mit verfassungswidrigen Ausnahmemaßregeln und einigen im Tone des preussischen Garde-Lieutenants vorgetragenen Forderungen hofft der tapfere Ritter dem Drachen Socialdemokratie den Kopf abhaben zu können. Freilich der Drache wird den Ritter erheblich überleben.

In der am Donnerstag fortgesetzten Debatte über die Frage der Bestätigung von Kommunalbeamten mußte Herr v. Rheinbaben aus dem Munde der freisinnigen Redner Dr. Barth, Richter und Dr. Crüger manch unangenehmes Wort über seine bisherige Amtsführung entgegennehmen. Unverbüßte sprachen die Freisinnigen dem Minister ihr Mißtrauen aus. Während aber Abg. Dr. Barth ganz unzweideutig die Grundsätze des Ministers über das Bestätigungsrecht mißbilligte und die principielle Verfassung der Bestätigung an Mitglieder der socialdemokratischen Partei als verfassungswidrig und ungewöhnlich bezeichnete, da man durch eine derartige Kleinliche Behandlung einer geistigen Bewegung höchstens das Gegenteil von dem erreiche, was man beabsichtige, konnte es sich Herr Richter nicht versagen, selbst bei dieser Gelegenheit wieder den Beweis dafür zu erbringen, daß er über die Socialdemokratie nichts zugeleitet hat.

Es ist ja menschlich erklärlich, daß Herr Richter den Rückgang des Freisinn auf künstliche Weise zu erklären sucht, aber etwas mehr Verständnis für das Anwachsen der Socialdemokratie, als er in seiner Rede an den Tag gelegt hat, hätte man doch wohl von ihm erwarten können. Der Vater der Spar-Agnes suchte es allen Ernstes so darzustellen, als sei das Anwachsen unserer Partei, namentlich in Berlin und Königsberg, auf die — wohlwollende Neutralität der Polizei zurückzuführen. Wir haben von dieser wohlwollenden Neutralität bisher nichts kennen gelernt, aber Herr Richter muß es ja wissen. Nach seiner Meinung wäre die Socialdemokratie heute noch eine kleine unbedeutende Schaar, wenn die Polizei in früheren Jahren energisch gegen diejenigen Socialdemokraten eingeschritten und eine Anklage wegen Hausfriedensbruch gegen sie eingeleitet hätte, die angeblich freisinnige Versammlungen gesprengt haben. Nun ist es natürlich zu spät. Aber auch jetzt ist noch nicht alles verloren, wenn nur die Konservativen sich endlich aufraffen und die Plannen Eugens bei Wahlen unterstützen würden. Dann würde Eugens den zweiten und dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, den die Socialdemokraten zu unrecht inne haben, sofort zurückerobern. Wir wollen Herrn Richter den holden Lohn nicht rauben, wir verzichten auch darauf, diese aus der „Freisinnigen Zeitung“ satifam bekannnten Redensarten zu widerlegen. Es macht dem freisinnigen Führer alle Ehre, in demselben Atemzuge, wo er an dem Verhalten des Ministers scharfe Kritik übt, die Parteifreunde des selben Ministers um ihre Unterstützung förmlich anzubetteln. Sein Fraktionskollege Dr. Crüger hielt sich von solchen Geschwätzigkeiten erfreulicherweise fern.

Freisinnige Helfer erstanden dem Minister nicht nur in dem Konserativen v. Heydebrandt und dem Freikonservativen Freiherrn v. Zedlitz, sondern auch in dem Redner des Centrums, dem Abg. Becker. Nicht nur, daß Herr Becker eine entschiedenere Handhabung der Theaterzensur verlangt, erklärte er auch die Socialdemokraten für unwürdig, Kommunalämter zu bekleiden, und sprach die Hoffnung aus, daß der Standpunkt des Freiherrn v. Rheinbaben in Zukunft von allen Behörden angenommen wird. Und diese Partei ist schamlos genug, sich als Hüterin der Volksrechte hinzustellen. Ein Recht des Volks nach dem andern giebt das Centrum leichtes Herzens preis. Von einem Bindhorst, der mit die besten Reden gegen das Socialistengesetz gehalten hat, ist es nun glücklich auf die Lieder, Richter und Becker gekommen, von denen die jetzt sowohl die Haupttruster im Streit sind, wenn es gilt, dem Volk neue Lasten aufzubürden, als auch für die Socialdemokraten ein Ausnahmerecht auf dem Verwaltungsweg fordern.

Die Rede des Centrumsmannens Becker unterschied sich in nichts von denen der Herren auf der Rechten, die gleichfalls dem Minister bestimmten und sogar solchen Personen, die sich nicht offen zur Socialdemokratie bekennen, aber zu ihnen hinneigen oder sie begünstigen, die Bestätigung als Kommunalbeamte verweigert wissen wollen. Herr v. Zedlitz ärgert sich besonders über unsere Genossen Singer, der nach seiner Ansicht der Alleinherrscher über Berlin ist.

Wiederholt griff der Minister in die Debatte ein, um mit erhöhter Stimme die Versicherung abzugeben, daß er sein Verhalten gegen die Socialdemokratie nicht ändern werde. Im übrigen hatte Herr v. Rheinbaben Recht, denn ihm wurde nachgewiesen, daß er in Bezug auf eine Reihe von Männern, denen er die Bestätigung verweigert hat, ganz falsch unterrichtet war, so daß er sogar die lausnämige Ehre eines der Nichtbestätigten preisgegeben hatte.

Aus der sonstigen Debatte ist nur noch die überraschende Mitteilung des Ministers hervorzuheben, daß das Dreiklassen-Wahlrecht infolge der Miquelschen Steuerreform keine plutokratischen Verschiebungen zeitigt habe und deshalb nicht geändert zu werden brauchte. Bisher wurde von den Ministern immer das Gegenteil versichert. Es ist an der Zeit, daß die Regierung endlich eine vernünftige Statistik veröffentlicht, damit sich das Volk und auch der Minister über eine so wichtige Frage informieren kann.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Krupps neue Militärvorlage.

In recht auffälliger Weise bringen die den Krupp-Interessen dienenden Organe Notizen und Mitteilungen, die augenscheinlich darauf berechnet sind, auf der einen Seite für spätere Millionenausgaben „weich“ zu machen, andererseits die Aufmerksamkeit von dem, was vorgeht, abzulenken. So hat die kürzlich verbreitete Nachricht, auf der Erhardt'schen Fabrik in Düsseldorf habe man bedeutungsvolle Fortschritte auf dem Gebiete der Waffentechnik zu verzeichnen und die genannte Firma werde bei der nächsten Kanonenerzeugung für Krupps mit Krupp in Konkurrenz treten, offensichtlich nur den Zweck, die Thatsache zu verschleiern, daß Krupp den Auftrag für

Neu-Ausrüstung der Feldartillerie mit der Wiegen-Lafette so gut wie in der Tasche hat.

Vor kurzem teilten wir mit, daß Krupp ein neues Geschütz habe konstruieren lassen und zwar gerade zur rechten Zeit, denn die Ausrüstung der Feldartillerie mit dem neuen Schnellfeuer-Geschütz sei nahezu vollendet und daher bedürfe Krupp einer neuen Gelegenheit, seine hochpatriotische nationale Gesinnung zu betätigen. Zunächst wurde diese Meldung von einigen Uebereifrigen bestritten. Nachher mußte man sich aber durch die „Münchener Neuesten Nachrichten“ und das „Militär-Wochenblatt“ bestätigen lassen, daß die von uns gemeldete Neuerrichtung und deren beabsichtigte Einführung für die preussische Artillerie in „eingeweiheten“ Kreisen längst bekannt sei. Nunmehr wird der „M. W. B.“ aus sachverständigen Kreisen geschrieben, daß eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der Artilleriewaffe nicht ausgeschlossen sei. Wir können nun mitteilen, daß der damals von uns gemeldete Plan in handgreifliche Nähe gerückt ist. Genau so wie wir darstellten, wird die Neuaufrüstung mit dem neuen Geschütz vollzogen werden, nämlich durch Umländerung der jetzigen Geschütze nach der neuesten Konstruktion. Diese Umländerung ist vom finanziellen Standpunkt aber fast gleichbedeutend mit vollständiger Neuanschaffung. Von den „alten-neuen“ Geschützen ist nämlich nur das Rohr zu gebrauchen. Von diesem wird der senkrechte Papfen abgearbeitet und das Rohr in die Wiege eingepaßt. Lafette, Rücklaufhemmung, Sporn usw. sind vollständig neu. Nach diesem System ist jetzt bei Krupp bereits ein preussisches (1) Geschütz umgearbeitet.

Nach den Erklärungen des Kriegsministers auf die Anfrage im Reichstag kann darauf gerechnet werden, daß auch diesmal nach der bekannnten Praxis verfahren wird. Wenn die Neuaufrüstung zum guten Teil vollzogen ist, wird der Reichstag unter irgend welcher Begründung vor das Miß-Beiwilligen gestellt — und die Geschichte ist erledigt, das heißt, so lange bis der Krupp'sche Ueberpatriotismus im Interesse des Vaterlands wieder eine neue Erfindung machen läßt. —

Bemerkt man noch werden, daß bei den Proben mit dem neuen Geschütz die Rücklaufhemmung so vorzüglich funktioniert, daß ein beim Abfeuern auf das Rad gelegtes Geldstück seinen Ruhepunkt behält. — Steuerzahler, freut Euch!

Wider den Brotwucher.

Die Protestaktion der Berliner Arbeiterschaft gegen die Kornzoll-Erhöhung hat den Parteien der Brotverleugung gezeigt, daß ihre Annahme, ihr gemeingefährliches Jordan sei bereits der Erfüllung nahe und sicher, irrig ist. In dichten Scharen strömten die Arbeiter zum Protest zusammen, die Säle vermoderten fast nirgends den gewaltigen Andrang der Massen aufzunehmen, und es bekundete sich in den Zehntausenden der Berliner Arbeiterschaft der feste, begeisterte Wille, jeden möglichen Widerstand gegen die agrarischen Wucherpläne zu organisieren.

Eine Volksbewegung hat begonnen. Aus der Tiefe der wahrhaft Leidenden, denen das tägliche Brot verteuert werden soll, bricht die Empörung wider den Brotwucher. Und die Berliner Kundgebung wird sich fortpflanzen über das ganze Reich.

Es beginnt eine Bewegung, von der die Brotwucher-Parteien vielleicht jetzt noch glauben, sie werde bald wieder verebben, die aber — daß werden sie sich überzeugen — sich von einer ihren Plänen überaus gefährlichen Nachhalligkeit erweisen wird.

Selbst die Landarbeiter — so geht der Agrarier-Schwundel — sollen durch die Jollerhöhung eine Verbesserung ihrer Lage erreichen. Was aber thatsächlich die Landarbeiter erwartet, das zeigen, neben dem demnach im preussischen Abgeordnetenhaus erscheinenden **Ausnahmegericht** gegen den Kontraktbruch, die Verhandlungen der Steuer- und Wirtschaftsreformer am Mittwoch, Nitterungsbesitzer C. Veeliß-Garden sprach über die Erweisungen im Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage. Er bezeichnete die Arbeiterfrage für die Landwirtschaft als die wichtigste neben den Getreidezöllen, empfahl aber, sich auf folgende kurze Resolution zu beschränken:

„Die Landarbeiterfrage hat sich in den letzten Jahren noch verschärft und erscheint neben der Getreidezoll-Frage für Landwirtschaft und Staat als die dringendste.“

Der Gegenstand rief eine längere Erörterung hervor. Der nächste Redner, Herr v. Nitzhofen, hielt die Resolution für platonisch und wünschte eine eingehender specialisierte. Bund-Kommission verlangte, daß schon die Kinder mehr zur landwirtschaftlichen Arbeit herangezogen würden, man müsse dahin streben, daß die Halbtagelöhne allgemein gemacht werde. Herr von Frege bemerkte, daß er vom Reichstag sich keine Abhilfe verspreche, die Herren hätten für solche Angelegenheiten zu wenig Verständnis (!), eher sei von der Landesvertretung (Klassenparlament) Abhilfe zu erwarten.

Die Resolution gelangte schließlich mit einem Zusatzantrage des Herrn v. Nitzhofen in nachstehender Fassung zur Annahme:

„Die Landarbeiterfrage hat sich in den letzten Jahren noch verschärft und erscheint neben der Getreidezollfrage für Landwirtschaft und Staat als die dringendste, so daß die unverzügliche Durchführung der im Jahre 1899 vom Abgeordnetenhaus über den Antrag Camp gefaßten Beschlüsse unabwendbar erscheint.“

Die Anträge Camp bedeuten bekanntlich die **völlige Leibesbeschnürung** der Landarbeiter.

In der Mittwochssitzung des Meininger Landtags interpellierten die socialdemokratischen Abgeordneten die Regierung über ihre Stellung zur angekündigten Erhöhung der Getreidezölle. Staatsminister Heym erklärte, offiziell von einer solchen beabsichtigten Maßnahme nichts zu wissen. Die agrarischen Abgeordneten befürworteten eine Erhöhung der Zölle und eine dahin strebende Tätigkeit des Meininger Vertreters im Bundesrat. Agrarier Frank empfahl **Brügelstrafe**, wenn sich infolge des erhöhten Brotpreises die Diebstähle mehren sollten!

Deutsches Reich.

Der staatsverhaltende Brotwucher. Zu immer tolleren Verweigerungen nimmt die Wucher-Presse ihre Zuflucht. Jetzt erklärt Herr Schweinburg den Brotwucher feierlich für „staatsverhaltend“, indem er seine „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben läßt:

„So gewinnt der Kampf um die künftige Zoll- und Handelspolitik eine über den Rahmen der Wirtschaftspolitik hinausgehende allgemeine politische Bedeutung. Er gestaltet sich zu einem Kampf zwischen den nationalen und staatsverhaltenden Kräften in unserem Volk und denjenigen, welche unter nationales Staatswesen und seine monarchische Spitze grundsätzlich im Bündnis mit den Freihändlern bekämpfen. Auf welche Seite demzufolge ein guter Patriot von monarchischer Gesinnung sich in dem wirtschaftspolitischen Kampfe der nächsten Zeit zu stellen hat, unterliegt hiernach keinem Zweifel.“

Wer die vom Kaiser proklamierte Handelsvertrags-Politik unterläßt, wie es die Freisinnigen und Socialdemokraten gethan haben, handelt also — antimonarchisch. Dingen muß jeder Mann von monarchischer Gesinnung den vom Monarchen gebrandmarkten Brotwucher fördern.

Wenn die Agrarier in dieser Weise weiter agitieren, werden sie schließlich alleamt in Irrenhäuser und Idiotenanstalten gesperrt werden müssen.

Händliche Redereien. Schweinburg hatte in seinen „Berliner Politischen Nachrichten“ gegen die agrarischen Uebertreibungen des Bundes der Landwirte Stellung genommen und bemerkt, der Bund sei nicht die einzige Vertretung landwirtschaftlicher Interessen.

Darauf antwortet die „Deutsche Tageszeitung“, Schweinburg sei nicht sachverständig; ihr sei die ganze galizisch-mährische Stillebung gleichgültig.

Anstatt zu antworten, erklärte heute der Schweinburg, um sein Sachverständigt zu beweisen, in seinem galizisch-mährischen Stille den Brotwucher für staatsverhaltend.

Nun erkennt aus diesen kleinen Redereien der Liebenden, daß die Agrarier gegenwärtig außerordentlich geschwollen sind. —

Die „Germania“ hatte neulich im allgemeinen auf unser Brotwucher-Flugblatt kräftig geschimpft, ohne, auch nur den Versuch einer Kritik zu wagen. Nachdem wir darauf hingewiesen, erklärt sich jetzt das Centralorgan des Centrums bereit, „noch“ näher darauf einzugehen und es erfüllt diese Ankündigung, indem es in 1 1/2 Spalten die qualvolle Frage untersucht, warum wir eigentlich überhaupt das Flugblatt verbreitet hätten, da doch jedermann weiß, daß die vier socialdemokratischen und die zwei freisinnigen Reichstags-Abgeordneten für Berlin entschiedene Gegner der Getreidezölle“ seien, folglich eine ernente Aufklärung völlig überflüssig sei.

Wir sind menschenfreundlich genug, um die qualende Reugier der „Germania“, — der übrigens auch die Frage Wein bereitet, ob auch der Parteivorstand sich an der Verbreitung der Flugblätter in den Häusern beteiligt habe — zu befriedigen: Wir verteilen die Flugblätter einfach deshalb, um auch den letzten Berliner Arbeiter, der noch dem Centrum anhängt, über die vollsverräterische Politik der ultramontanen Partei aufzuklären. —

Ein **Branntweinsteuer-Gesetz** ist dem Bundesrat zugegangen, das an Stelle des am 31. September 1901 ablaufenden jetzigen Gesetzes treten soll. Das neue Gesetz behandelt drei Fragen: Die Bemessung der neu auszufällenden Kontingente; die Verbehalten der Brennsteuer; die Unterbringung der steigenden Branntweinproduktion.

Der Gesetzentwurf enthält, wie die Freisinnige Zeitung bemerkt, die vom Spirituering gewünschte Bestimmung, wonach jeder Brenner von Starkoffen, Mais, Melasse usw., der jährlich mehr als 150 Hektoliter reinen Alkohols erzeugt, verpflichtet ist, einen vom Bundesrat alljährlich zu bestimmenden Bruchteil des in der Brennerei gewonnenen Branntweins bis zum 31. Dezember des nächsten Jahres vollständig denaturieren zu lassen, andernfalls für jedes nicht zur Denaturierung gebrachte Hektoliter reinen Alkohols 15 M. Brennsteuer zu bezahlen. Auf diese Weise soll, dem Verlangen des Spirituering entsprechend, der Trinkbranntwein so vermindert werden, daß der Ring weitere Preissteigerungen erzwingen kann. —

Kaiserin Friedrich ist nach der Rheinisch-Westf. Ztg. unheilbar krank. Sie leidet an Wasserucht, die mit einer Nierenkrankheit (angeblich Nierenkrebs) zusammenhänge. Es könnte nur noch darauf ankommen, die mit der Krankheit verbundenen Schmerzen nach Möglichkeit zu lindern und den Eintritt der von den Ärzten als unvermeidlich angesehenen Katastrophe so weit als möglich hinauszuschieben.

Ausland.

Die englische Thronrede.

Am Donnerstag wurde das englische Parlament eröffnet. Die Eröffnung geschah mit größerem Prunk, als dies seit dem Regierungsantritt der Königin Viktoria geschehen ist.

In der vom König verlesenen Thronrede wird zunächst hingewiesen auf die nationale Betrübniß und Trauer wegen des Verlustes durch den Tod der Königin. Der König wünscht lebhaft, in ihren Fußstapfen zu wandeln. Sodann heißt es weiter: „Zwischen des allgemeinen und persönlichen Schmerzes ist es mir eine Genugthuung, dem Parlamente zu versichern, daß die Beziehungen zu den andren Mächten fortdauernd freundlich sind. **Der Krieg in Südafrika ist noch nicht gänzlich beendet, aber die Hauptstädte des Feindes und die hauptsächlichsten Verbindungslinien sind in meinem Besitz.**“

Es sind Maßregeln getroffen, welche, wie ich sicher hoffe, meine Truppen in den Stand setzen werden, den Streitkräften, die ihnen noch gegenüberstehen, wirksam entgegenzutreten. Ich bedauere sehr den Verlust an Menschenleben und die Opfer an Geld, die der nutzlose Guerillakrieg mit sich bringt, welchen die Boeren in den Gebieten der beiden ehemaligen Republiken fortzuführen. **Ihre baldige Unterwerfung ist in ihrem eignen Interesse sehr zu wünschen, da es mir, solange sie nicht erfolgt, unmöglich ist, in jenen Kolonien Institutionen einzuführen, die allen weihen Bewohnern gleiche Rechte und der eingebornen Bevölkerung Schutz und Gerechtigkeit sichern werden.**

Die **Einnahme von Pekin** durch die verbündeten Truppen und die glücklich vollzogene Befreiung derjenigen Personen, die in den Gefangenschaften belagert waren, sind Ergebnisse, zu welchen meine indischen Truppen und meine Seemacht wesentlich beigetragen haben. Denselben folgte die Unterwerfung der chinesischen Regierung unter die Forderungen, auf denen die Mächte bestanden. Die Unterhandlungen werden fortgesetzt über die Art, in welcher die Zustimmung der chinesischen Regierung zu diesen Bedingungen zu verwirklichen ist.

Der König erwähnt sodann die Errichtung des Australischen Staatenbunds. In der Thronrede wird weiter mitgeteilt, daß die durch die Dürre in Indien hervorgerufene Nothlage und große Sterblichkeit durch rechtzeitig eingetretene Regen bedeutend gemildert worden sei. Gleichzeitig wird dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß in der Präsidentschaft Bombay noch fortwährend großes Elend herrsche, welches man aber zu lindern bemüht sei. In den Budgetvoranschlägen für das kommende Jahr habe man ernstlich dafür Sorge getragen, die Beträge zu beschränken, aber die Erfordernisse für Heer und Flotte, besonders die Ausgaben für den südafrikanischen Krieg, hätten eine **Erhöhung der zu verlangenden Kredite unvermeidlich gemacht.**

Die Thronrede macht es notwendig, auf neue für die Civilisten Vorsorge zu treffen. Der König stelle vorbehaltlos dem Unterhaus jene Erbkünfte zur Verfügung, die auch die verewigte Königin ihm eingeräumt hatte. In der Thronrede werden schließlich Vorschläge zur **Vermehrung des Ozeanflottens** und eine Reihe andrer innerpolitischer Vorlagen angekündigt.

Die Thronrede verbirgt nur schlecht hinter anmaßenden Worten das Unbehagen über den südafrikanischen Krieg, Befehdender klingen die Sätze über das chinesische Fiasko.

Von einer besonderen Intimität mit Deutschland enthält die Kundgebung kein Anzeichen. Dagegen wird auf eine Steigerung der Ausgaben für Heer und — Thron bedeutsam hingewiesen.

Der englische Imperialismus hat diese Thronrede im Zeichen schlimmer Mißerfolge stilisiert. —

Die Unruhen in Spanien

nehmen einen immer engeren Charakter an und gewinnen täglich an Ausbreitung. Ob es der Regierung diesmal wieder gelingen wird, wie bei den letzten Unruhen im vergangenen Jahre, durch Polizei und Militäraufgebot der Bewegung wieder Herr zu werden, ist zweifelhaft.

Die Bewegung richtet sich gegen den Absolutismus und Jesuitismus, mit dem sich die Dynastie durch die Verheiratung der Prinzessin von Asturien mit einem Klerikal er.

zogenen neapolitanischen Prinzen noch inniger zu hüten trachtet. Diese noch volligere Unterwerfung der Dynastie unter den Meritismus hat die Empörung des Volks über die Schandwirtschaft des Pfaffenstums ausbrechen lassen.

Zweifellos trägt der herrsch- und verdummungssüchtige Meritismus die Hauptlast an den trübsamen Zuständen des Landes.

Während die Masse in künstlicher Unwissenheit erhalten wird, mäkt sich die Kirche von dem Mark des Volks. Einer neueren Statistik zufolge giebt es zur Zeit 70,281 Mönche und Nonnen in Spanien. Und diese Klosterinsassen führen zum großen Teil einen feinstenwegs adelichen Lebenswandel.

Madrid, Bilbao, Saragossa, Valladolid, Barcelona, alle größeren Städte des Landes sind wie mit einem Walle von großartigen Gebäulichkeiten umgeben, die sämtlich Klöster sind. Die Klosterinsassen haben nach und nach den größten Teil des Nationalreichtums und der Macht an sich gebracht. Den Hof brachten sie in ihre Vollmächtigkeit, indem sie dort den intoleranten fanatischen Jesuitenpater Montana als Erzieher des kleinen Königs und Beichtvater der Königin hatten.

Verhaft haben sich die Klöster auch dadurch gemacht, daß sie alle möglichen Industrien betreiben und, da sie von allen Steuern und Abgaben befreit sind, der gewerbetreibenden Bevölkerung eine schwere Konkurrenz bereiten. So ist es denn nicht unmöglich, daß die Unruhen die Gestalt einer Revolution annehmen und selbst die Dynastie hinwegfegen könnten.

Ueber die letzten Vorkommnisse liegende folgende Nachrichten vor: Madrid, 13. Februar. Nach der Verurteilung des Dichters Campomanor zog eine Anzahl Aufhörer vor das Kommissariat in der Torijastrasse. Schleuderte Steine gegen dasselbe und begab sich dann nach der Silvestraste. Auch an verschiedenen andern Punkten der Stadt entstanden Aufhörungen, so daß die Gendarmerie mit blanker Waffe vorgehen mußte, wobei zahlreiche Personen verwundet wurden. Die Aufhörer warfen mit Steinen nach den Polizisten; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Madrid, 14. Februar. Anlässlich der heute stattfindenden Vermählung der Prinzessin von Mexiko verbot die Polizei jede Menschenansammlung. In den früheren Stadtbezirken erneuerten sich gestern Abend die Unruhen. Der Wagen des Unterrichtsministers wurde mit Steinen beworfen, wodurch der Kutcher verwundet wurde.

Die Droschkentritzer sind in den Aufstand getreten.

Aus Barcelona werden ebenfalls neue Unruhen gemeldet. Die Gendarmerie ist dort bedeutend verstärkt worden. — In Palma wurden zwei französische Mönche, die an Land gekommen waren, vom Volk gezwungen, auf ihr Schiff zurückzuführen.

Infolge der sehr ernsten Lage hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, der Bevölkerung mitzuteilen, daß die Truppen von ihren Waffen Gebrauch machen werden, sobald neue Unruhen stattfinden. Es werden alle Vorbereitungen zur Niederwerfung von Revolten getroffen. —

Frankreich.

Der Achtstundentag in Staatverhältnissen. Im September 1899 verfügte der Handelsminister Millerand, daß in den seinem Ressort unterstehenden Betriebswerkstätten des Post- und Telegraphendienstes der Achtstundentag probeweise eingeführt werden solle. Jetzt nach 17 Monaten Anwendung hat sich der Minister veranlaßt gesehen, diese Maßnahme als eine definitive festzulegen. Die achtstündige Arbeitszeit hat sich vollkommen bewährt, die Arbeitsleistung ist nicht herabgegangen. Der Minimallohn in den genannten Betrieben beträgt 5 Franc pro Tag. —

Bulgarien.

Sofia, 14. Febr. Das macedonische Komitee beschloß, morgen eine Protestversammlung gegen das vom Ministerpräsidenten Petrow erlassene Verbot von Waffenübungen der Schützenvereine zu veranstalten.

Die Koalitionsversuche unter den Parteien waren bisher erfolglos.

Der Boeren-Krieg.

Im östlichen Transvaal

Schreiben die Boeren nach ihrer allbewährten Taktik den englischen Angriffskolonnen ausweichen zu wollen, um nach der erfolgten Nennung des Gebiets wieder zurückzuführen.

Die englischen Blätter stellen nämlich fest, daß die Boeren vor der Kolonie French in Transvaal sich zurückziehen. Mehrere Telegrammen zufolge beschließen die Boeren, sich in die Gegend von Tongolo zurückzuziehen, wo das hohe Gras die Engländer an jeder Verfolgung hindert.

Aus der Kapkolonie

liegen Meldungen über entscheidende Operationen nicht vor.

In der Umgegend von Windsorton sind Boerenabteilungen aufgelaugt. Wie aus Carnarvon gemeldet wird, ist eine schwache Boerenabteilung südlich von Van Wyksvlei signalisiert worden. Die Verbindungen zwischen diesem Ort und Kenhardt sind unterbrochen. Der Sekretär des dortigen Afrikanerbunds ist unter der Beschuldigung des Aufruhrs verhaftet worden.

Oberst Babington nahm bei einer Streife, die er von Benerdsdorp aus machte, in Kaauwpoort ein kleines Boerenkommando gefangen. Die Boeren vertheidigten sich hartnäckig und ergaben sich erst, als eine Anzahl von ihnen getötet oder verwundet waren.

Infolge der großen Zunahme der Typhus-Erkrankungen in ganz Süd-Afrika haben die städtischen Verwaltungen sich an die Regierung mit der Bitte um ausgedehnte sanitäre Vollmachten gewendet.

Der Führer der Boeren-Friedenskommission, Piet de Wet, der sich jetzt in Kapstadt befindet, ist bemüht, den Afrikaner-Bund zu veranlassen, den Boeren ungewisselhaft klar zu machen, daß sie von dem Bund keine Unterstützung zu erwarten haben. Piet de Wet führt den Einfall der Boeren in die Kolonie und ihren fortgesetzten Widerstand hauptsächlich auf die bei Gelegenheit des Südafrikaner-Kongresses in Worcester gehaltenen Ansprachen zurück, welche die Boeren zu dem Glauben gebracht hätten, daß sich die Holländer ihnen anschließen würden, was letztere aber nicht gethan haben.

Die britische Garnison von Lydenburg wurde in der vergangenen Woche von den Boeren angegriffen, ohne daß es jedoch zu einem ersten Kampfe kam. Die Boeren feuerten aus einem Geschütz, das sie auf einer Anhöhe bei der Stadt aufgestellt hatten, einige Schüsse in die Stadt und richteten auch Gewehrfeuer dorthin, das aber bei der weiten Entfernung wirkungslos blieb.

Die Pest.

In Kapstadt sind zwei neue Erkrankungen an der Pest und ein Todesfall eingetreten.

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Verein für den 3. hamburgischen Reichstags-Wahlkreis zählt jetzt 6575 Mitglieder. Er hatte im vorigen Jahre eine Gesamtmitgliedschaft von über 33000 M. Die Generalversammlung, die kürzlich stattfand, beschloß auf Antrag des Vorstandes, 10 000 M. an die Hauptkasse in Berlin abzuführen. Im Bezirke des Vereins fanden im vergangenen Jahre 247 Versammlungen statt. Eine Agitation für das „Hamburger Echo“ ergab 6000 neue Abonnenten, von denen dann in den Wintermonaten wieder 1000

abspargen, so daß doch ein Gewinn von 5000 Abonnenten verbleibt. In den Langgemeinden des Kreises sitzen in 8 Orten 21 sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Die Generalversammlung beschloß noch, die Delegiertenwahlen zum Parteitage in Mitglieder-versammlungen vorzunehmen.

Der französische Einigungs-Kongress wird im Mai in Lyon abgehalten werden. Es ist zur Zeit noch nicht bestimmt, ob sich alle Gruppen in einem Kongress zusammensetzen werden. Leider sieht zu bedauern, daß sich die „französische Arbeiterpartei“ (Socdlisten) zusammen mit den Blanquisten von dem Gros abzuwenden und einen besonderen Kongress einberufen werden; möglich aber auch, daß sich von den letzteren beiden Gruppen Teile abtrennen und den Kongress in Lyon bescheiden werden. Jean Jaurès spricht sich in der „Petite République“ über den Stand der Dinge sehr optimistisch aus; er meint, daß die Wucht der Thatfachen früher oder später zu vollständiger Vereinigung führen müsse.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, 14. Februar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung wird der an des verstorbenen Stadtv. Spinola Stelle gewählte Stadtv. Ingenieur Flohr eingeführt und auf die Städte-Ordnung verpflichtet.

Die Vorlage wegen

Umbau des Wasserwerks Tegel I

zu einem Tiefbrunnen-System ist von dem wiedergewählten Ausschusse nach Erledigung aller Bedenken, aus desjenigen wegen der Qualität des Trinkwassers, einstimmig angenommen worden. Von den verlangten 570 000 M. sind 120 000 M. schon früher bewilligt.

Die Verammlung genehmigt die Vorlage ohne Debatte und erklärt zugleich die Denkschrift betr. die Abführung der Kanalisationswasser der Gemeinde Reinickendorf nach dem Tegeler See für erledigt.

Die Vorlage betr. den ungeänderten Fassadenentwurf zum Neubau der Heimstätte in Buch gelangt nach den Ausschussanträgen zur Annahme. Der Magistrat soll aber ersucht werden, bei der Architektur, an den Stehmetz- und Schmiedearbeiten durch weitere Vereinfachung noch möglichst zu sparen.

Ohne Diskussion gelangt ferner zur Annahme der Magistratsantrag auf Erlass eines Ortsstatuts, wonach die Frist, binnen welcher die Verammlung über die Einsprüche gegen die Richtigkeit der Gemeindegewähler-Liste zu beschließen hat, über den 15. August hinaus bis zum 30. September verlängert wird. Es wird dadurch die Abhaltung außerordentlicher Sitzungen innerhalb der Ferien der Verammlung überflüssig.

Zur Verhandlung steht sodann die Angelegenheit der

Neuerpachtung des öffentlichen Anschlagwesens.

Der mit der Firma Raud u. Hartmann auf der Basis einer jährlichen Pacht von 255 000 M. auf zehn Jahre geschlossene Vertrag läuft am 1. April 1901 ab. Der Magistrat hat den Vertrag in einigen Punkten abgeändert (u. a. sollen 100 Säulen neu aufgestellt werden) und auf Grund der Neuerpachtung die Verpachtung öffentlich ausgeschrieben. Die bisherigen Pächter sind mit 400 000 M. Restgeld Sieger geblieben; außerdem sind 11 Gebote von 390 000 bis 200 000 M. abgegeben worden. Der Magistrat beauftragt die Vergebung auf 10 Jahre an die bisherige Firma.

Von den Sozialdemokraten wird Verweisung an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern beantragt. Stadtv. Marggraff will einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtv. Singer (Soc.): Bereits vor einem Jahre haben wir in einem Antrage den Magistrat aufgefordert, mit uns über die Notwendigkeit der Uebernahme des städtischen Anschlagwesens in eigene Regie zu beraten. Wir hatten geglaubt, daß der Magistrat nunmehr seinerseits mit der Verammlung darüber verhandeln und uns nicht erst zwei Monate vor Ablauf des Vertrags in die Lage bringen, über diese Dinge verhandeln zu müssen. Ueber ein so wenig rücksichtvolles Vorgehen haben wir uns schon vor einigen Jahren zu beklagen gehabt, wo wir, weil der Magistrat seine Vorlage zu spät machte, den laufenden Vertrag provisorisch auf ein halbes Jahr verlängern mußten, was einen materiellen Verlust für die Stadt bedeutete. Wir sind selbstverständlich auch heute noch der Meinung, daß das öffentliche Anschlagwesen von der Stadt selbst und zum Nutzen der Gemeindefasse ausgeführt werden soll. Dieser Nutzen kann nicht unerheblich sein. Die Pachtsumme ist allmählich auf 255 000 M. gestiegen, und die Herren Raud u. Hartmann werden selbst am besten wissen, daß, wenn sie jetzt 400 000 M. Pacht zahlen wollen, ihnen mindestens derselbe Betrag als Gewinn übrig bleibt. Die Uebernahme auf die Stadt ist aber auch aus andern Gründen notwendig. Raud u. Hartmann machen sich einfach zum Censor der Bürgerchaft. Ein geschicktes Recht haben sie dazu nicht. Sie sind nur an das Preßgesetz von 1874 und an eine Polizeiverordnung von 1880 gebunden.

Allerdings steht in dem Vertrage eine Bestimmung, nach der der Magistrat bis 1000 M. Strafe verhängen kann, aber so viel ich weiß, hat der Magistrat von diesem Recht noch nicht Gebrauch gemacht. Ueber die Art, wie die Firma die Censur übt, hat ihnen der frühere Kollege Bogtner bereits einige Beispiele angeführt. Zum Beispiel wurde ein Plakat zurückgewiesen, auf dem eine Firma genannt war, die in Zusammenhang mit dem Wort „Streit“ gebracht wurde. Es sollte über den Streit debattiert werden. Zurückgewiesen wurde ein Plakat, auf dem eingeladen war zur Verpachtung der Verhältnisse in den Werkstätten des Offiziervereins. Es sind Affären zurückgewiesen mit der Einleitung zu einer Verammlung, in der über die Sünden der liberalen Stadtverordneten gesprochen werden sollte. (Große Heiterkeit.) Die Stadtverordneten sind nach der Meinung der Firma so sünderrein, daß darüber überhaupt nicht zu reden ist. Zurückgewiesen wurde eine Affäre mit der Einleitung zu einer Verammlung über die Verunstaltung des Straßenschildes durch die Hochbahn. Einige Beispiele aus der neuesten Zeit beweisen, daß die Firma mit zweierlei Maß mißt. Bei dem letzten Ausstände der Straßenbahn z. B. durfte die Große Berliner Straßenbahn in einem Plakat gegen die Angestellten die Anklage erheben, daß sie den Ausstand in frivolster Weise hervorgerufen und sich an dem Krawall beteiligt hätten. Wenn jemals ein Streit sich der allgemeinsten Teilnahme der Öffentlichkeit zu erheben gehabt hat, dann war es der Streit der Berliner Straßenbahn. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); den Straßenbahnern wurde es aber verwehrt, diese Behauptung in einem Plakat zu widerlegen. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Zurückgewiesen wurde die Aufkündigung einer Verammlung über „Gewalttätigkeit der Buchbinderarbeitgeber.“ Raud u. Hartmann geben nicht zu, daß die Buchbinderarbeitgeber einen Gewalttat ausüben können. Ein Plakat mit der Aufschrift: „Differenzen bei Holt u. Arethimor“ wurde zurückgewiesen. Dagegen wurde ein Plakat über die Radialionen der Verwaltung des hiesigen Gewerkschafts-Hauses ohne weiteres angelebt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), weil die Firma wahrscheinlich hoffte, es könnte zu Jauch und Streit zwischen den Arbeitern kommen. Aber auch die geistige Thätigkeit unterliegt der Censur der Herren Raud u. Hartmann. Es sollte eine Verammlung stattfinden mit der Tagesordnung: „Christliche Muder, jüdische Heuchler.“ Das nahm die Firma nicht an. Es sollte außerdem bemerkt werden, Herr Hofprediger Stöcker sei zu dieser Verammlung persönlich eingeladen; das wurde gestrichen, ebenso, daß die Prediger der benachbarten Kirchspiele eingeladen seien. Unter dem Namen: „Neue Gemeinschaft“ hat sich hier eine Vereinigung künstlerischer, wissenschaftlicher Leute, die sog. Intellektuellen, zusammengefunden unter der Leitung der Brüder Hart. Die Vereinigung wollte eine Verammlung abhalten mit der Tagesordnung: „Geistige Prostitution.“ Die giebt es nach den Herren Raud u. Hartmann nicht. (Große Heiterkeit.) Dieselbe Vereinigung wollte ein

Fest in der Philharmonie feiern, ein „Weltanschauungsfest“. Das von Hübner gezeichnete Plakat mit dem Bilde eines eine Fadel haltenden Jünglings hat die Firma zurückgewiesen, wahrscheinlich weil sie unter dem Bann der lex Heinze den Jüngling für nicht bekleidet genug hielt. So komisch diese Fälle im einzelnen sind, so ernst müssen sie behandelt werden. Die Ausübung des Monopols geht noch über die Vormundschaft, die Polizeirat Dumraht als Censor ansieht. Die Befugnis des Magistrats nützt nichts. Ist erst die Verammlung vorbei, so kommt die Remedie des Magistrats zu spät. Die Verlängerung des Vertrags auf 10 Jahre verliert gegen das Interesse der Stadt. Es giebt jetzt 700 Anschlagsäulen. Die Herren verpflichten sich nun, noch 100 Säulen mehr einzurichten. Wer kann behaupten, daß 700-800 Säulen in 10 Jahren noch ausreichen? Auch der Tarif scheint mir einer Revision sehr bedürftig. Wir mühten darauf einen gebührenden Einfluß haben, um eine Uebersteuerung zu verhindern. Alle diese Punkte fordern gebieterisch eine eingehende Ausprüfung, die ich Ihnen dringend empfehle. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Jacobi (F. L.) teilt das Bedauern über die so verspätete Vorlegung des Magistratsantrags. Zur Uebernahme in städtische Regie eigne sich das Anschlagwesen nicht; man könne nicht alles von Stadt wegen betreiben. Wohin man mit der Verstaatlichung komme, habe man an der Erdrosselung der Palastfahrt gesehen, die auf Änderungen der Sozialdemokratie erfolgt sei und der Stadt bloß Nachteile gebracht habe. Weder sucht dies im einzelnen ausführlich nachzuweisen, wird aber von den Sozialdemokraten durch wiederholte Zurufe „Anschlagssäulen!“ unterbrochen.

Stadtv. Marggraff (R. L.): Nichts läßt sich leichter verstaatlichen als das Anschlagwesen. (Widerpruch.) Deshalb wünschen wir Prüfung der Frage durch einen Ausschuss, nicht minder aber auch zum Zweck der Erwägung, wie wir von den Radialionen der Firma Raud und Hartmann loskommen können.

Der Antrag Marggraff wird abgelehnt (dagegen stimmen Alle links und Fraktion Kommunen; ebenso fällt der Antrag der Sozialdemokraten.)

Stadtv. Singer: Nachdem die Ausschussberatung abgelehnt ist, werden wir gegen die Vorlage stimmen. Die Bürgerchaft aber wird es merkwürdig berühren, daß gegenüber den Klagen über die unerträglich, von einer Monopolfirma geübte Censur nicht einmal ein Ausschuss zur Prüfung eingesetzt wird (Zustimmung und lebhafter Widerspruch. Rufe: Erledigt! Unsere Sache!) Ich glaube, das wäre doch das wenigste, was die Bürgerchaft von ihren Vertretern zu erwarten berechtigt ist, nachdem diese Klagen in Verammlungen, in der Presse und hier im Saale erhoben worden sind. (Anderer Lärm und Rufe: Erledigt! Schluß!) Ich spreche in der zweiten Beratung, und es ist nicht meines Amtes, die Herrn Zwischenschüler über ihre Unkenntnis der Geschäftsordnung zu belehren. Sie haben Ihre Meinung, daß es im Interesse der Stadt liegt, einer Privatgesellschaft dieses Monopol zu geben, zum Ausdruck gebracht, aber Sie vergessen, daß Sie ohne Prüfung die Bürgerchaft wehrlos und bedingungslos einer Monopolgesellschaft zur Ausbeutung überliefern! (Sehr richtig! und Beifall.)

Die Vorlage wird angenommen.

Nach längeren Verhandlungen mit der

Englischen Gasgesellschaft

hat sich der Magistrat über einen neuen Vertrag mit derselben geeinigt, wonach der Gaseinheitspreis auf 13 Pf. abzüglich 6 Pro. Rabatt = 12 1/2 Pf. normiert wird.

Stadtv. Singer: Auch hier soll gegen das Interesse der Stadt mit einer Gesellschaft ein Vertrag geschlossen werden, gegen den wir die ersten Bedenken erheben müssen. Wir haben bereits am 18. Januar v. J. erklärt, daß wir für den Einheitspreis für Gas sind, und die Verbilligung des Leuchtgases für ein dringendes Erfordernis halten. Wir sind aber auch gegen eine Verteuerung des Koch- und Heizgases, des gewerblichen Gases. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die Alchimbiererei, die sich durch die Aufstellung von Gasmotoren ihre Fabrikation vorteilhaft einrichten können, erheblich geschädigt werden, wenn sie statt 10 1/2 Pf. für den Kubikmeter Gas bezahlen sollen. Nun hat der Magistrat die Frage des Gaspreises mit einer Frage verbunden, die absolut getrennt von ihr behandelt werden müßte. Das aller schlimmste, was der Stadt passieren könnte, wäre, wenn die englische Gesellschaft sich geweigert hätte, ihre Rente weiter zu bezahlen, weil sie auf der Voraussetzung basierte, daß für Leuchtgas 16 und für gewerbliches Gas 10 Pf. bezahlt würde. Der Vertrag enthält außerordentlich viele Kompensationsobjekte und Zugeständnisse seitens des Magistrats; es ist demnach die Hauptfrage bei der ganzen Magistratsvorlage, daß er nicht so nebenbei mit abgemacht werden kann. Auch hier wäre es das vernünftigste, sich mit der Gesellschaft abzufinden und auch auf diesem Gebiete Herr unterer Straßen und Plätze zu werden. Man könnte einwenden, der Vertrag sei auf ewige Zeiten geschlossen und könne deshalb nicht gelöst werden. Verträge auf ewige Zeiten giebt es nicht, auch nicht bei den Nationen, die sich durch Friedendverträge nicht abhalten lassen, einen Krieg zu beginnen, wenn es in ihrem Vorteil liegt. Nun wird als sehr wertvoll die Erlaubnis bezeichnet, daß wir durch das Gebiet der Gesellschaft die Röhren legen dürfen, um das Gas von Sömmerdors der Stadt zuführen. Das hätte sich aber ohne die zehnjährige Verlängerung des Vertrags erreichen lassen. Wenn der Vertrag der Gesellschaft mit Schöneberg 1904 abläuft, würde sich ein vertragloser Zustand herausbilden, so daß dann beide Teile sich zu einem Kompromiß zusammenfinden müßten, und dann würden wir die Opfer bringen, die wir im Interesse der Bürgerchaft bringen müßten. Das wir aber den Vertrag verlängern und der Absicht zustimmen, daß er bezüglich gewisser Punkte sogar bis 1925 verlängert wird, ist eine Konzession, für die die Rente von 477 000 M. mit einem minimalen Äquivalent darstellt. Es scheint immer noch in der Verwaltung die Auffassung vorzuherrschen, daß die Stadt nur das betreiben darf, was Geld kostet, wobei man zuseht, während dem Betriebsbetrieb zugewiesen wird, woran Geld zu verdienen ist. Im Plenum läßt sich der Vertrag nicht gründlich durcharbeiten, deshalb muß ein Ausschuss gewählt werden. Dort wird auch zahlenmäßig festzustellen sein, wie der Vertrag in seiner Tragweite voll zu würdigen ist. Erst vor kurzem sind vier Millionen für neue städtische Gaswerkstätten bewilligt; setzen wir uns mit der Englischen Gesellschaft auseinander und übernehmen ihre Anlagen, so werden wir im Besitz derjenigen Objekte sein, mit denen wir das Bedürfnis der Bürgerchaft befriedigen können.

Stadtv. Raudlau: Im vorigen März hat die Verammlung mit allen gegen drei Stimmen eine Resolution angenommen, wonach der Magistrat einen Einheitspreis von 12 Pf. einführen soll. Dem sind wir nachgegeben; es sollen allerdings 12 1/2 Pf. sein. Der Zehnpfennigloß ist nur noch ein Anachronismus. Daß die kleinen Leute durch die 2 1/2 Pf. Meinung so sehr geschädigt werden, können wir nicht zugeben. Geverbliches und Leuchtgas lassen sich für den gewerblichen Betrieb als solche kaum trennen. Der Vertrag mit den Engländern stellt sich als ein fortbestehendes Privileg dar. In erster Linie bekommen wir die Rente von der Imperial und zwar von jetzt an in steigendem Maße über die halbe Million hinaus, denn sie muß jetzt von allem Gas, nicht bloß von 10-Pfennig-Gas gezahlt werden. In das Schöneberger Revier können wir vor 1901 nicht hinein, und auch dann finden wir dort keine Kundschaft. Von dem Ankauf der Anlagen der Imperial Continental Gas Association hätte die Stadt auch nichts. Der Vertrag ist das Ergebnis eines Kompromisses, der Monate Arbeit gekostet hat und an dem nichts zu ändern ist. An eine Herabsetzung des Einheitspreises ist eher zu denken, wenn er überhaupt erst besteht. (Beifall.)

Stadtv. Jacobi: Die kleinen Leute, auch die Gastwirte, haben von dem Magistratsvorschlag nur Borteil. Die Engländer können wir leider nicht verstaatlichen. Der 1/2 Pf. macht schon eine halbe Million aus; 2 1/2 Pf. Ermäßigung ergeben 3 Millionen Ausfall; im ganzen hätten wir dann 6 Millionen Ausfall,

und dasselbe müssten doch neue Steuern eintreten. Die Miete für den einen Gasmeter wird gespart und die Möglichkeit geschaffen, gleichmäßig mit der Internationalen Continental-Gas-Association in großem Maßstabe mit der Einführung der Automaten vorzugehen. Der Vorteil für die Ermäßigten beträgt 2700 000 M., der Nachteil für die Gesteigerten nur 120 000 M. Wir stimmen ohne Ausschussberatung für die Vorlage.

Stadt. Prekel (Bürgerpartei): Die Stimmung der Englischen Gesellschaft gegenüber scheint schon wieder umgeschlagen zu sein. Die Engländer haben doch der Stadt ganz bedeutende Konkurrenz gemacht, denn sie gewährten Rabatt bis zu 15 Proz. Auch haben die englischen Gasinspektoren sich viel mehr um die Anschläge der Neubauten gekümmert, weil sie Lantienmen für jeden neuen Anschlag beziehen. Die großen Stadtbahnhöfe sind in den letzten Jahren zur Englischen übergegangen. Der Vertrag verstärkt die Konkurrenzposition der Engländer noch mehr, es werden neue Millionen den Engländern zugeführt und der Bürgerpartei entzogen.

Stadt. Mommsen: Seit dem Kommunalabgaben-Gesetz giebt es die Möglichkeit einer Gassteuer nicht mehr. Den Vertragentwurf billigen wir; er wird beiden Seiten gerecht; mehr war von den Engländern nicht zu erreichen.

Oberbürgermeister Kirchner: Es handelt sich nicht, wie es nach Herrn Prekel den Anschein hat, darum, den Engländern neue Rechte einzuräumen; es sind nur einige Modifikationen an einem bestehenden Rechtsverhältnis vereinbart worden. Der Weg der Besteuerung ist nicht mehr gangbar; möge Herr Prekel mir doch die Magistratsmitglieder nennen, die ihm das Gegenteil vertritt haben. Wir verhandeln über die Gasfrage seit langen Jahren (Zunächst über ohne Vertrag); über das Amie ist die Sache nicht gebrochen worden.

Stadt. Peter (N. L.): Die Engländer können wir nicht los werden. Die Gesellschaft besitzt wohlverworbene Rechte. Wir können auch nicht mit ihnen in einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf treten. Nehmen Sie die Vorlage ohne Ausschuss an!

Stadt. Ewald (Soz.): Ich bestreite ganz entschieden, daß die Kleinen Leute, besonders die Gastwirte, von der Ermäßigung Vorteil haben. Von den Gastwirten wird ebensoviel Koch- und gewerbliches Gas wie den Gasthäusern konsumiert (lebhafter Widerspruch). Wenn Sie das besser wissen, als ich, der ich selbst Gastwirt bin, so kann ich mir nicht helfen. Zahlreiche Konsumenten haben ihre Einrichtungen getroffen im Vertrauen auf die Dauer des 10 Pf.-Preises. Auch dieser als Einheitspreis würde beim Gasetat noch 1/2 Millionen Ueberschuß lassen. Die Erhöhung von 10 auf 12 1/2 Pf. ist ungerecht. Nehmen Sie die Vorlage ab oder legen Sie einen Ausschuss ein!

Stadt. Vöben (Fr. Mommsen) spricht für sofortige Annahme. **Stadt. Kamslau** weist den Stadt. Ewald darauf hin, daß der Vertrag der Stadt mit den Konsumenten des gewerblichen Gases eine Kündigung von 3 Monaten vorsieht und diese Frist innegehalten worden ist.

Nach einer kurzen Erwidrerung des Stadt. Prekel schließt die erste Beratung.

Vor Beginn der zweiten Beratung beantragt Stadt. Singer auf Grund der Geschäftsordnung die Absehung. Der betreffende Passus besagt, daß die zweite Beratung sofort nach der ersten nur stattfinden darf, wenn nicht 15 Mitglieder widersprechen. Da der Widerspruch des Stadt. Singer von mehr als 15 Mitgliedern unterstützt wird, muß die zweite Beratung unterbleiben.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der **Gemeinde-Doppelschule** in der Bergmannstraße (Kostenanschlag 782 000 M.) wird genehmigt, der Betrag von 16 800 M. für den Fall der Einführung der neuen allgemeinen Lehrpläne der höheren Lehranstalten bewilligt.

Schluß nach 8 Uhr.

In der geheimen Sitzung ist, wie wir hören, die **Ausschreibung des Bürgermeisterpostens** auf Antrag Cassel u. Gen. nummehr doch beschlossen worden. Die Bewerbungsfrist soll bis zum 15. März laufen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Direktion der Panther-Fahradwerke** in Magdeburg läßt Schleiferarbeiten in der Dampfmaschinenfabrik von Karl Rütche in Magdeburg-Subenburg verrichten. Die dort beschäftigten Schleifer (Berliner) legen die Arbeit nieder. Rütche sucht aus andern Orten durch Inserate Ersatz heranzuziehen. Berlin kommt hauptsächlich in Betracht. Durch Inserate der „Volks-Zeitung“ kamen schon mehrere nach Magdeburg. Also Zuzug fernhalten.

Aktion Heber (Lapezieren): Die Differenzen auf den Bauten Victoria Louisenplatz 10 und Waldstraße, Ede Wielestraße, sind beigelegt, nachdem der Unternehmer A. Sand insolge Verhandlung den Tarif bewilligt hat.

Die Sektionsleitung der Heber des Verbands der Lapezieren.

Die **Agitationskommission des Vereins der Tischler Berlin und Umgegend** (Vertrauensmänner-Centralisation) hat sich neu konstituiert und ernannte zum Obmann für den Osten H. Winkler, Warshawerstr. 82, und für den Südosten Th. Flohr, Mariannenstr. 46 wohnhaft. Die Kommission hält jeden dritten Dienstag im Monat ihre Sitzung bei Grundmann, Raunstr. 78, ab. Die Vorstandssitzungen finden nach wie vor jeden Freitagabend 8 Uhr bei Franke, Pöllschadenstr. 9, statt. Vorsitzender ist Max Hürster, Hildorf, Kirchhofstr. 1. Sämtliche Werkstatt-Angelegenheiten sind an die hier genannten Kollegen zu richten. Die neu ernannte Zahlstelle Friedrichsberg befindet sich bei Pfetsch, Blumenhaldstr. 1, und die Zahlstelle Warshawerstraße ist nach Nr. 10 bei Rettig verlegt. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

In der **Holzbearbeitungsfabrik** von F. Wendig Söhne in Rosen-Wilba dauert der Streik der Drechsler unverändert fort. Die Firma bemüht sich, Arbeiter von außerhalb heranzuziehen. Wir warnen die Kollegen schon der äußerst miserablen Löhne wegen nach Rosen zu kommen. Zuzug ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Ein **vollständiger Karrenabend**. Die Ortsverwaltung Eilenburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbands hatte einen Karrenabend arrangiert. Die Polizei verbot die Abhaltung desselben auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes. Auf persönliche Intervention des Vorsitzenden der Metallarbeiter wurde ihm erklärt, daß es sämtlichen Gewerkschaften so ergehen würde. Es sollte dies auch im vorigen Jahre schon geschehen, aber es wäre von Seiten der Behörde — verpakt worden. Auch nicht abel, daß jetzt auf einmal der Behörde einfällt, daß sie etwas „verpakt“ habe. Die Metallarbeiter legen natürlich gegen die Wahnahme der Polizeibehörde Beschwerde ein.

Ausland.

Die **schlesisch-mährischen Bergleute**, deren drei bestehende Lokalvereine nur 835 Mitglieder aufweisen, haben am letzten Sonntag beschlossen, gemäß der Aufforderung der letzten österreichischen Bergarbeiter-Konferenz die Lokalvereine aufzulösen und für das ganze Gebiet eine einheitliche Organisation zu gründen. Zum Schluß drückt die Konferenz der sozialdemokratischen Reichsratsfraktion ihr volles Vertrauen aus.

Den **Pariser Damenschneidern**, die sich bereits seit einiger Zeit im Streik befinden, sind die weiblichen Kollegen zu Hilfe gekommen; über 2000 Frauen und Mädchen haben sich dem Ausstand angeschlossen. Ihre Forderungen gehen in erster Linie dahin, den Achtstundentag zur Durchführung zu bringen; sodann verlangen sie 6 bezw. 4,50 Fr. Lohn pro Tag.

Die **Streiks in Frankreich**. Die Streikbewegung in Frankreich ist eine sehr lebhaft. In Montceau-les-Mines dauert der Streik der Bergarbeiter noch immer fort, und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Soldaten, die man in der Zahl von einigen Tausenden nach Montceau geleget hat, müssen in

den Schächten arbeiten, damit diese nicht ersaufen. Auf Veranlassung des sozialistischen Abgeordneten Boher hat der Minister Waldeck-Rousseau eine Untersuchung anstellen lassen über die Ursachen des Streiks. Diese ist schon zum Teil veröffentlicht; sie ist aber, da sich der Regierungsbeamte nur auf den Präseften verließ, der seinerseits wiederum alle seine Informationen von der Direktion der Gruben erhält, sehr einseitig und parteiisch ausgefallen. Die Streikenden veranstalten alle Tage große Demonstrationen. In verschiedenen Stadtvierteln sind von dem Komitee Lokale gemietet, wo die Streikenden zusammen ihre Mahlzeiten verzehren. Die Ausständigen sind entschlossen, den Kampf weiter zu führen; in der Kammer werden die Sozialisten wegen der parteiischen Haltung der Behörden (Präseft und Gendarmen) interpellieren.

Aus **Wincourt** kommt die Nachricht, daß dort 600 Bergleute die Arbeit eingestellt haben. Ihre Forderungen sind sehr geringe; sie beziehen sich nur auf die Menge der Hauskosten für ihren Bedarf, auf die Termine der Lohnzahlungen z.; trotzdem hat die Direktion alle Unterhandlungen kurzgehand abgelehnt.

In den beiden großen **Tabakfabriken** in Roskilde (Dänemark) streiken die dort beschäftigt gewesenen Anaben. Sie hatten eine Erhöhung des Wochenlohns von 1,50 Kr. auf 1,80 Kr., oder bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 80 Stunden 1 Dore mehr pro Stunde verlangt. Die vier Anaben, die den Fabrikanten die Forderungen überreichten, wurden entlassen. Ihre Kollegen erklärten sich mit ihnen solidarisch und legten sämtlich die Arbeit nieder. Eine Verhandlung zwischen den Eltern der Anaben und den Fabrikanten führte zu keinem Resultat. Wenn diese glauben, daß der Zusammenhalt unter den Streikenden nicht von langer Dauer sein wird, täuschen sie sich; zumal die Eltern der organisierten Arbeiterschaft angehören und darauf sehen werden, daß ihre Kinder nicht zu Streikbrechern werden.

Größere Ausstände scheinen sich in Dänemark vorzubereiten. In einer Reihe von Gewerben laufen die Tarifgemeinschaften am 1. April ab. Zeits sind nun diese Verträge von den Arbeiterorganisationen gefündigt worden, teils von den Organisationen der Unternehmer. In Kopenhagen fand kürzlich eine Sitzung von 15 Arbeitgeber-Verbänden und Ktiengesellschaften statt, in der beschlossen wurde, daß man entweder garniert oder doch in so geringem Grade, wie nur möglich, Anforderungen der Arbeiter auf Lohnerrhöhung entgegenkommen sollte. Ferner sollte nicht mit den Arbeitern eines Fachs allein verhandelt werden, sondern gleichzeitig wenn möglich mit allen in Betracht kommenden Organisationen.

Aus der Frauenbewegung.

Im **Verein der Plätterinnen** Berlin wurde am 6. Februar mitgeteilt, daß sich der Verein der Plätterinnen in Lucka, S.-Altenburg, an den hiesigen Verein gewandt hat mit der Bitte, den Zuzug nach dort fernzuhalten, da dort Differenzen bestehen. Zum Maskenball am 23. Februar sind Billeit im Arbeitsnachweis bei Teschna, Gollnowstr. 6, zu haben.

Sociales.

Die **Schädlichkeit des Alkohols** haben wir vor einiger Zeit ausführlich erörtert; es scheint aber an der Zeit, auf eine Industrie aufmerksam zu machen, deren Erzeugnisse geeignet sind, den gewöhnlichen Alkohol an Schädlichkeit noch zu übertreffen. Wir meinen die **Liqueur- und Branntweinessenzen-Fabrikation**, die sich gegenwärtig mit aufdringlicher Keßlome breit macht und ihre Erzeugnisse in einer Weise anpreist, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.

Die **Essenzen**, diese „wohlthätigen und geselligen geschädigten“ Fabrikate, aus denen man sich angeblich für wenig Geld literarische „die herrlichsten und köstlichsten“ Spirituosen herstellen kann, enthalten, wie man uns von sachverständiger Seite schreibt, durchweg Stoffe, die schwere Gesundheitschädigungen herbeiführen können. Essenzen für Korn und Rordhänier enthalten im wesentlichen Amyl-Alkohol, d. i. Fuselöl, außerdem etwas Ammoniak und Essigsäure, häufig auch Pfeffer und Paprika zur Erhöhung der Schärfe. Auch andere Essenzen, wie zu Hamburger Bitter, Ingwer, Coonac, Daubis zc. enthalten meist schwarzen Pfeffer, Paprika oder Vanilleskörner; außerdem gewöhnlich Aloe, Lärchenschwamm nebst andern Bitterstoffen, Amalstern und ätherischen Ölen; Arsch und Versick enthalten meist giftiges Bittermandelöl.

Zu der an sich schädlichen Wirkung der Essenzen kommt noch die thätliche Billigkeit und der Umstand, daß sich die Konsumenten durch die Umstände verleiten lassen, das Zeug literarisch im Hause zu halten, ein Umstand, der den Anreiz zum Trinken zweifelloser erhöht.

Es sei deshalb vor diesen Fabrikaten ganz besonders gewarnt.

Ueber den **problematischen Wert** der in Frankreich neuerdings als soziales Rettungsmittel teilweise in Aufnahme gekommenen Gewinnbeteiligung der Arbeiter in industriellen Betrieben spricht sich eine Unternehmer-Vereinigung, die zu Mühlhausen i. W. bestehende Industrielle-Gesellschaft, sehr freimütig aus. Die Gesellschaft sagt in ihrem dieser Tage veröffentlichten offiziellen Bericht über die Sitzung vom 27. Dezember v. J. wörtlich:

„Auf Wunsch des Ausschusses für gemeinnützige Zwecke haben die Herren Japy frères u. Cie. in Veaucourt ein Exemplar ihres Statuts über Gewinnbeteiligung ihrer Arbeiter übersendet. Der Vorliegende giebt daraus einen Auszug: Diese Antelle sind eine neue Art Obligations-Aktien, welche den Arbeitern gestatten, am Gewinn des Werks teilzunehmen, in welchem sie beschäftigt sind. Sie betragen 100 Fr. (zahlbar in vier Raten), sind mit 4 1/2 Proz. verzinslich vor jedem andern Gewinn und haben außerdem Anteil an event. Inventarialgewinn. Da sie für den im Werte arbeitenden Arbeiter geschaffen worden sind, können dieselben nur im Besitze von Mitarbeitern sein. Aus diesem Grunde sind sie weder übertragbar noch pfändbar und werden beim Austritt aus der Fabrik zum Nominellwert ausbezahlt. An dieser zu einem erhabenen Zwecke gestifteten sozialen Einrichtung, sagt der Vorliegende, scheint ein einziger bedeutender Punkt beim ersten Anblick fadelhaft: der mit Familie beladene Arbeiter, der von seinem Verdienste nichts erlangen kann, wird von der Einrichtung keinen Nutzen ziehen können. Es ist auch zu befürchten, daß dieselbe besonders den besser besoldeten Angestellten und Werkmeistern dienen wird. Auf alle Fälle wird der Ausblick für gemeinnützige Zwecke die neue Einrichtung der Herren Japy frères einem genaueren Studium unterworfen und einen Bericht über diese interessante Initiative der Gesellschaft vorlegen.“

Wiel Blick dazu — wie es aber scheint, werden die Mühlhäuser Fabrikanten es bei diesem Studium der „interessanten Initiative“ vorichtig bewenden lassen.

Ein **gewissenloser Baumeister** fand in München nach dreitägiger Verhandlung vor dem dortigen Landgericht I milde Richter. Angeklagt war ein Baumeister und ein Maurerpolier wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung. Der Baumeister errichtete im Sommer vorigen Jahres einen Neubau, der, als das dritte Stockwerk hergestellt wurde, plötzlich einsank. Dabei wurden elf Arbeiter verunglückt und schwer verletzt, davon zwei tödlich. Der Einsink wurde durch den Bruch zweier Betonpfeiler herbeigeführt.

Zwei als Sachverständige vernommene Professoren der technischen Hochschule stellten fest, daß die Betonpfeiler eine außerordentlich geringe Festigkeit hatten. Auf diesen Umstand hatte auch der Polier den Baumeister aufmerksam gemacht; er will aber die klassische Antwort erhalten haben: „Ganswurf, bau nur drauf, das andre geht Dich nichts an.“ Auch der städtische Baucontrolleur behauptete, daß ihm der angeklagte Baumeister bei der Beanstandung verschiedener Unregelmäßigkeiten erklärt habe, er lasse sich nichts einreden, er baue, wie er wolle! Im übrigen sei es kein Schade für die Hunde, wenn sich auch zwanzig ersallen.“

Trotz aller dieser Konstatierungen wurden die Angeklagten freigesprochen, nachdem der Staatsanwalt erklärt hatte, er getraue sich nicht, ein Schuldig zu beantragen, weil eine Reihe von Baumeistern ihrem angeklagten Kollegen in Bezug auf die Solidität seiner bisher gelieferten Arbeiten ein gutes Zeugnis ausgestellt hatten.

Jedenfalls lieferte die Verhandlung den Beweis, daß die gegenwärtige Art der Bau-Aufsicht durchaus unzureichend ist, da den Baucontrolleuren keine Exekutivgewalt zusteht.

Eine **Arbeitslozenzählung** hatte der Centralverein der Bildhauer für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1900 veranstaltet. Das hierbei in Leipzig erzielte Resultat hat selbst die Vermutungen derjenigen Personen übertroffen, die von dem brüderlichen Verhältnissen ziemlich genau unterrichtet und von dem Niedergang der geschäftlichen Konjunktur schon seit langer Zeit überzeugt waren. Es sind 219 Zählheine ausgegeben worden, wovon 198 ausgefüllt worden sind. Arbeitslos waren während dieser Zeit von 105 Holzbildhauern 43 zusammen 1008 Tage, von 89 Steinbildhauern 26 zusammen 485 Tage, von 48 Modelleuren bezw. Gipsbildhauern 27 zusammen 630 Tage. Von 198 Berufsangehörigen sind demnach im letzten Quartal v. J. 98 2128 Tage arbeitslos gewesen, das sind insgesamt etwa 7 Jahre oder 84 Monate. Auf einen Arbeitslosen entfallen im Durchschnitt 22 1/2 Tage. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß sich 23 Personen an der Zählung nicht beteiligt haben, ferner, daß der Beschäftigungserfahrungsgemäß in den letzten Monaten verhältnismäßig günstiger ist als in den ersten Monaten des Jahres.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Gegen den Brotwucher.

Breslau, 14. Februar. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß heute abend, am Reichstag, Reichstanzler und Bundesrat eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu richten.

Cesreich in China.

Wien, 14. Februar. Das „N. N. Telegr. - Corresp. - Bureau“ meldet aus Peking: Entsprechend dem Vorgehen anderer Mächte sicherte sich die österreichisch-ungarische Regierung die Erwerbung eines Settlements in Tientsin behufs der Errichtung eines Konsulats und für Niederlassungen von Staatsangehörigen und deren Unternehmungen. Im Auftrag des österreichisch-ungarischen Gesandten in Peking wurde ein etwa 0,6 Quadratkilometer großes, an Kaiserkanal gelegenes Terrain im Ramen Cesreich-Lungans besetzt, wovon der Kommandant des österreichisch-ungarischen Marinebataillons alle Konsulate sofort schriftlich verständigt hat. Ueber den Preis, die Bedingungen und Ablösungen, respektive die Expropriierung, sind Verhandlungen mit China eingeleitet.

Die Kulturforderungen der Katakimächte.

New York, 14. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Eine hier eingetroffene Depesche aus Peking vom 13. Februar meldet: Der Kaiser hatte an die Gesandten das Gesuch gerichtet, sich damit einverstanden zu erklären, daß sich die schuldigen chinesischen Würdenträger selbst das Leben nehmen. Nachdem aber schon drei Würdenträger sich geweigert haben, diesen Schritt zu thun, hat der Kaiser sein Gesuch wieder zurückgezogen. Der Kaiser hat nun Tsching telegraphisch mitgeteilt, daß, als der Hof den Bedingungen der Note zugestimmt habe, in dieser nur eine den von den chinesischen Beamten begangenen Verbrechen angemessene Bestrafung derselben verlangt worden sei, und daß folglich, wenn die Hauptschuldigen auch den Tod verdienten, die andern doch in anderer Weise zu bestrafen seien. Die Gesandten erwiderten hierauf, daß auch die am wenigsten Schuldigen den Tod verdienen und daß alle mit dem Tode zu bestrafen seien, da es keine schlimmere Strafe gebe.

Die Unruhen in Madrid.

Madrid, 14. Februar. Die Trauung der Prinzessin von Asturien mit dem Prinzen von Caserta ist heute vollzogen worden. Kavallerie-Patrouillen durchziehen fortwährend die Straßen, doch haben neue Kundgebungen nicht stattgefunden. Unter den Manifestanten, gegen welche gestern die Gendarmen vorgehen mußte, befanden sich auch ein **Kriegskommissar** und ein **Lieutenant** in Uniform, eine Untersuchung ist eingeleitet. — Die Vorstellung von Balboa „Electra“ im Teatro espanol ist für heute nachmittags verboten worden.

Im Laufe der Nacht wurden etwa **hundert Personen verhaftet**. Die Ruhestörer gaben in verschiedenen Straßen Resolverschüsse ab. Zahlreiche Gaslaternen wurden zerbrochen. Fast den ganzen Vormittag waren nach Verhängung des Belagerungszustands die Straßen menschenleer. Die beherrschenden Punkte der Stadt wurden militärisch besetzt. Die Blätter melden, daß der Graf von Caserta und seine Familie morgen wieder nach Frankreich abreisen werden.

Transvaal im englischen Parlament.

London, 14. Februar. Unterhaus. (W. L. B.) Forster weist in der Begründung des Adressentwurfs darauf hin, daß die Sympathiebedingungen des deutschen Kaisers persönlichen und nicht politischen Empfindungen entsprächen.

Im Oberhause eröffnet Lord Kimberley die Adressdebatte und nimmt Bezug auf die mannhafte, würdige Erklärung des Königs, in den Zuktoppen der entschlossenen Festhalten, wandeln zu wollen. Rechner bespricht hierauf hauptsächlich den südafrikanischen Krieg. Die Opposition sei über die Art und Weise, wie neuerdings der Krieg von der Regierung geführt werde, äußerst unzufrieden. Die Lage der Dinge in Südafrika erfülle ihn mit Besorgnis. Die erste Aufgabe der Regierung sei, den Widerstand des Feindes zu überwinden. In diesem Zwecke dürfe kein Geld gespart werden.

Salisbury führt zur Transvaalfrage aus: Wenn der Feind irgend einen Teil seiner Unabhängigkeit behalten dürfte, würde dies ein unaufhörliches, beständiges Kriegführen nach sich ziehen. Wie die Gefühle in jenen Gebieten geartet sind, ist es klar, daß, wenn wir nicht Herren und Sieger sind, keine Hoffnung auf dauernden Frieden vorhanden ist. Es ist vollkommen klar, daß der Feind irgend welche Macht, die ihm zugestanden wird, vor allem dazu verwenden wird, neue Kräfte, neue Waffen zu sammeln in Vorbereitung eines bei geeigneter Gelegenheit auszunutzenden erneuten Angriffs. Wenn England zuließe, daß seinen Anstrengungen der schließliche Triumph fehlt, so würden wir der Welt zugehen, daß unsre Grenzen in der verletzenden Weise überfallen werden könnten und daß wir machtlos wären, wirksamen Widerstand zu leisten. Und wenn wir dies der Welt einmal verstanden hätten, wie lange würde das herrliche Kolonialreich geschützt sein vor Angriffen jedes mißvergnügten Volks, das wünschen könnte, von Englands Schwächen Nutzen zu ziehen.

De Wet in der Kapkolonie.

London, 14. Februar. (W. L. B.) Die Abendblätter melden aus Kapstadt: Die hiesige Regierung und die Behörden erhielten die Nachricht, daß **Christian De Wet** und Präsident Stejin in die Kapkolonie eingedrungen seien und sich Philipstown bemächtigt hätten. Gestern seien dieselben von britischen Truppen angegriffen und mit Verlust aus der Stadt wieder vertrieben worden.

Leipzig, 14. Februar. (W. L. B.) Hier wurden zwei Falschmünzer verhaftet, welche im Begriffe waren, falsche Zehnmarknoten herzustellen. Mischuldige in Wöhrnen sind gleichfalls festgenommen.

Wien, 14. Februar. (W. L. B.) Unter den im Abgeordnetenhaus eingebrachten Interpellationen befindet sich eine solche Bindners betreffend Wahrung der heimischen Industrie bei Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge und betreffend Schaffung eines mitteleuropäischen Zoll- und Handelsbündnisses, oder wenigstens eines Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Deutschen Reich.

Dieszu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 14. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kocher eröffnet die Sitzung. Am Ministerische: Hr. v. Rheinbaben, Kommissare. Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.):

Die Diskussion hat sich im wesentlichen mit zwei Materien beschäftigt, mit der Theaterzensur und der Befähigung bezw. Nichtbefähigung von Kommunalbeamten. So verschiedenartig aber auch die beiden Dinge sein mögen, so haben sie doch eine unsere Verwandtschaft miteinander und diese Verwandtschaft bekam noch einen intimen Zug durch die Art, wie der Minister hier die beiden Fragen behandelt hat. Er hat die Frage der Nichtbefähigung unter dem Gesichtspunkt der politischen Censur behandelt. (Sehr gut! links.) Derselbe Geist, der in der literarischen Censur bekennen hat, kommt nun auch in der Handhabung des Befähigungsrechts zum Ausdruck. Der Minister hat die Theaterzensur als ein sehr wichtiges Höchstrecht bezeichnet und mit Emphase erklärt, daß er es niemals aus der Hand geben könne. Ich verstehe diese Vorliebe für die Censur nicht. Denn überall, wo diese Institution besteht, hat sie noch die betreffenden Behörden kompromittiert. Das liegt nicht an der Person des jeweiligen Censors — der jetzige Berliner Censor wird seine Sache auch nicht viel schlechter machen, als sein Vorgänger — es liegt im Wesen der Censur, daß sich die Censoren blamieren müssen. (Sehr gut! links.) Es gibt zwei Sorten von Censoren, die faulen Censoren, die sich um die Sache wenig kümmern, das sind die besten (Heiterkeit), und die eifrigen Censoren, die dann einen Mißgriff nach dem andern begehen. (Erneute Heiterkeit.) Wie sollte es auch anders sein. Der Censor soll es allen recht machen und in diesem Bestreben macht er es zuletzt niemand recht. Gerade unsere größten Dichter haben ihre Kraft eingesetzt, die allerhöchsten psychologischen und die allerbedeutendsten moralischen Erscheinungen des Lebens auf die Bühne zu bringen und sie psychologisch zu erklären. Das liegt im Wesen der Dichtung. Wird also vom Censor ein Verbot ausgesprochen, so fordert das beanstandete Werk immer zu Vergleich mit Werken der klassischen Litteratur heraus. Beim Verbot von Hauptmanns „Webern“ dachte man unwillkürlich an Schillers „Mäder“. In Hauptmanns „Wibergel“, so könnte ein Censor sagen, wird geradezu der Diebstahl verheißt. Es kommt in dem Stücke die Verhöhnung eines Antsdorfsehers vor, wie sie stärker nicht gedacht werden kann. Trotzdem habe man erschrecklicherweise keinen Anstoß daran genommen, das Werk zu verbieten. Bei Hauptmann hat man sich glücklicherweise daran gewöhnt, ihn als einen Dichter anzusehen, aber andere Schriftsteller werden noch immer mit dem Keil des Mißgriffs gemessen. (Sehr richtig! links.) Der Minister sprach gestern von einem Berge von Schmutz, der die eingereichten Eingelangesgebilde bilden. Er hat uns ein solches Gebilde zur Verfügung gestellt. Es heißt „Der weisungene Jüngling“ (Große Heiterkeit). Es ist ein minderwertiges Produkt, aber schmutzig ist es nicht. Es ist gleichgültig, ob es etwas gelungen werden darf oder nicht. Aber es ist ein harmloses Nachwerk. Es kommt darin eine Stelle vor, wo von einem Reigen der Waden die Rede ist. Diese Stelle hat der Censor aufgemerkt. Aber auf den Wadentänzen ist doch eine Tracht vorgeschrieben, die ebenfalls die Waden sehen läßt. (Heiterkeit.)

Von der literarischen Censur will ich nun zur politischen Censur übergehen. Der Minister hat da einen Standpunkt entwickelt, der uns ja nicht ganz unbekannt war, durch die Art aber, wie er ihn vertreten hat, doch einen Erfolg der Ueberzeugung erzielt hat. Ich will mich bloß an das halten, was der Minister in den Nichtbefähigungs-Angelegenheiten selbst ausgesprochen hat. Er hat da zunächst einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und allen übrigen politischen Parteien gemacht. Ich verstehe nun nicht, wie der Minister dazu kommt, eine ganze Partei von Kommunalämtern auszuschließen, die doch nicht mehr unter einem Ausnahmegefes steht und denselben Anspruch auf Stellen im Staate erheben kann, wie jede andre. Ich meine auch, mit Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie richtet man nichts aus. Man hat es ja versucht mit dem Sozialistengesetz zwölf lange Jahre und die Sozialdemokratie ist nur zornig geworden. (Sehr richtig! links.) Was für mich aber noch mehr in die Waagschale fällt, ist das: Die Sozialdemokratie hat bei der letzten Reichstagswahl den vierten Teil aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wie kann man den vierten Teil der Bevölkerung einfach für minderen Rechts erklären? Die ganze Maßregel halte ich für falsch. Gerade wer will, daß die Sozialdemokratie an ihren utopischen Plänen für den Zukunftsstaat festhält, der muß sie von der Verwaltung des realen Gegenwartsstaats fernhalten. Wer das Gegenteil will, muß ihnen Gelegenheit zur Verhöhnung im heutigen Staatsleben geben. Der reale Boden der Thatsache ist das beste Mittel für die nicht-revolutionäre Entwicklung. (Große Unruhe rechts. Abg. Richter ruft: Absichtliche Störung! Der Präsident rüht sich nicht.) Die andern Parteien will der Minister nicht grundsätzlich von kommunalen Ämtern ausschließen. Nur was zur Sozialdemokratie neigt (Heiterkeit), wird auch nicht befähigt. Die Externarbeit des Gemeindegens zur Sozialdemokratie hängt nun sehr vom subjektiven Gefühl ab. Vielleicht kommt der Minister nächstens zu der Ansicht, daß der ganze Freisinn eigentlich zur Sozialdemokratie hinneigt (Heiterkeit links) und es wird dann kein Freisinniger mehr befähigt. In dem Fall Lautenschläger ist der betreffende direkt danach gefragt worden, ob er in einem bestimmten Falle für die Sozialdemokraten stimmen würde. Er hat geantwortet, daß ein solcher Fall wohl einmal eintreten könnte. Er hat also die Theorie vom kleineren Hebel entwickelt, und das genügt zu seiner Nichtbefähigung. (Rufe links: Unhörbar! Große Unruhe rechts. Klode des Präsidenten. Rufe links: Ah!) Es ist doch aber schon vorgekommen, daß Konservative in der Stichwahl den Sozialdemokraten gewählt haben. Ich habe an meiner eignen Person in dem Wahlkreis Kottbus diese Erfahrung gemacht, und vielfach sind ja auch die Sozialdemokraten direkt Regierungspartei, sie sind keine Kanalgegner, sie sind Handelsvertragsfreunde. Ich erinnere an den Regierungspräsidenten von Magdeburg, der offen erklärt hat, es seien ihm zehn Sozialdemokraten lieber als ein Freisinniger, und ich habe nicht gehört, daß der damalige Minister v. Puttkamer, der doch auch aus demselben Golze geschmigt ist wie Herr v. Rheinbaben, daran Anstoß genommen hätte. Nicht einmal ein Kolloquium, wie es der Kollege Arterger bestehen mußte, ist mit Herrn v. Puttkamer gehalten worden. (Sehr gut! links.) Aus alledem erhellt doch, daß der Minister die Dinge recht ungleich ansieht, je nachdem es sich um einen Agrarier und ein Mitglied der Rechten oder um einen Mann der Linken handelt. Der Fall Palombini spricht ja Pande, und hier handelte es sich nicht um einen Kommunalbeamten, sondern um einen direkten Staatsbeamten. Herr Palombini war Amtsvorsteher und Kreisvorsitzender des Bundes der Landwirte, bei dem er jedenfalls die urbanen Formen, die in seinem Flugblatt zum Ausdruck kommen, gelernt hat. Der Minister führte als Entschuldigung für Herrn Palombini an, daß er das Flugblatt mit den rohen Ausdrücken nicht selbst verfaßt, sondern nur unterschrieben habe. Das ist ja aber noch schlimmer. Ich kann mir denken, daß jemand in leidenschaftlicher Erregung ein solches Flugblatt verfaßt, aber wenn er es mit solchem Mut unterzeichnet, so ist das wirklich nicht zu entschuldigen. Der Fall Palombini ist aber sehr charakteristisch für die ganze Haltung der Regierung und er eignet sich gut für ein Vertrauens-

votum der Rechten für den Minister. Warum soll der Minister des Innern hinter dem Justizminister zurückstehen. (Heiterkeit.) Der Antrag könnte lauten: Wir wünschen, daß nur Männer mit urbanen Formen befähigt werden, die die Meinung des Gegners im politischen Kampfe respektieren und erwarten, daß diese Grundzüge bei den Maßnahmen des Ministers Geltung haben und Herr v. Jellly könnte dann dem Antrag durch sein Amendement „wie bisher“ erst die richtige Bedeutung geben. (Große Heiterkeit.) Wenn es nicht zum Vertrauensvotum käme, so wäre ja das eigentlich ein Mißtrauensvotum. (Sehr gut! links.) Was Herrn Schönstedt recht ist, ist doch Herrn v. Rheinbaben billig. (Heiterkeit.) Der Fall Palombini zeigt, wie milde die Regierung gegen ihre politischen Beamten sein kann. Wir haben das ja auch bei den Landräten, die gegen den Kanal und die Handelsverträge agitieren haben, gesehen. Die Herren dürfen die Regierung heftig angreifen, aber wenn Herr Kollege Krieger einmal ein historisches Rückbild auf die Konfliktzeit wirft und dabei den ganz selbstverständlichen Ausdruck „Verfassungbruch“ gebraucht, so macht er sich beinahe unwürdig. Direktor der Königsberger Elektrizitätswerke zu sein. Die Elektrizität könnte ja einen freisinnigen, beinahe unfrüherlichen Charakter annehmen. Das versteht man im Lande nicht. Ebenso wie die Forderung des Ministers über den zur Sozialdemokratie weigenden Verein Walbed in Königsberg nicht verstanden werden wird. Die ganze Stellungnahme des Ministers ist ein Ausfluß der Anschauung, daß es nichts Gefährlicheres giebt, als eine auch nur leise Verührung mit der sozialdemokratischen Partei. Wir werden jetzt, wo der Sozialist im Vordergrund der politischen Interessen steht, gewiß oft in die Lage kommen, zwischen einem Agrarier und einem Sozialdemokraten zu wählen, und ich bin gar nicht im Zweifel, daß sehr viel Freisinnige für den Sozialdemokraten eintreten werden. (Rufe rechts: Das haben Sie ja schon längst gethan!) Und ich stehe gar nicht an, für meine Person zu erklären, daß ich alles thun werde, um meine Parteifreunde zum Eintreten für den Sozialdemokraten zu gewinnen. (Rufe rechts: Rasch! Heiterkeit links.) Jawohl, ich nehme eben eine andre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie ein, und wenn ich mir vergegenwärtige, wie dieses politische Phänomen in der ganzen Welt in die Erscheinung getreten ist, wie in Frankreich sich die Regierung gar nicht scheut hat, um den Staat zu retten sogar einen sozialdemokratischen Minister bei sich aufzunehmen, und wenn ich mir diese politische Haltung des Ministers der Sozialdemokratie gegenüber ansehe, so komme ich immer mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß er diese große Bewegung so verstanden hat, wie die Censur den „meßungenen Jüngling“. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Minister v. Rheinbaben:

Der Abg. Barth hat vorhin den Ausdruck gebraucht, einige meiner Maßnahmen hätten auf ihn einen ridiculen Eindruck gemacht. Ich muß es ablehnen, auf das Niveau dieses Tons herabzusinken. (Oh! links.) Was die Befähigungsfrage anlangt, so will ich noch einmal ausdrücklich erklären, daß ich mit Ausnahme der Sozialdemokratie jeder andern politischen Partei ihr Recht lassen will. Unter den von mir befähigten Beamten sind eine große Anzahl freisinniger Leute. Man braucht sich ja auch nur im Lande umzusehen. Da giebt es Tausende und Aber-tausende von freisinnigen Bürgermeistern und Magistratsmitgliedern. Ich begreife nicht, wie man nun gerade mit einem Vorwurf machen kann. Ich bin es gewiss, der für die Befähigung zweier freisinniger Männer in den hervorragenden Verwaltungsposten der Stadt Berlin eingetreten ist, und mit Erfolg. Nicht die Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei, sondern das agitatorische Verhalten, welches sich die Herren haben zu Schulden kommen lassen, war für mich entscheidend. Das Verhalten des Herrn Palombini billige ich nicht, aber der Herr ist vom Kreislag und den Provinzialbehörden einstimmig gewählt worden, wie sollte ich da die Befähigung verweigern? Anders war es mit dem Fall Dullio. Dort hatte der Regierungspräsident die Befähigung verlangt, und der Bezirksauswahlgang war diesem Botum einstimmig beigetreten. Da mußte ich es mir doch zehnmal überlegen, ob ich gegen dieses Votum Front machen sollte. Das Flugblatt hat Herr Palombini nicht verfaßt; es war von außen importiert worden, und er war nicht der Agitator, sondern der Angegriffene. Ein Agitator des Vereins „Nordost“ hat ihn sogar in seiner Ehre als Amtsvorsteher beleidigt und ist dafür mit 50 M. Geldstrafe belegt worden. In dieser gereizten Stimmung hatte er das Flugblatt unterschrieben.

Nun komme ich zu dem Hauptpunkt meiner Stellung gegenüber der Sozialdemokratie. Ich kann es ja dem Abg. Dr. Barth nachfühlen, daß ihm meine Auffassung schmerzlich berührt hat, denn er ist ja im Begriff, eine dauernde Ehe mit der Sozialdemokratie einzugehen, und es muß ihn ämerzen, wenn ich seine bessere Hälfte schlecht behandle. (Große Heiterkeit.) Er wünscht ja sogar, daß hier in das Haus Sozialdemokraten eintreten. Eine so große Selbstverleugung hätte ich ihm eigentlich gar nicht zugezogen. Denn wenn das geschieht, dann werden wir bald auf das Vergnügen verzichten müssen, Herrn Dr. Barth hier zu sehen. (Heiterkeit.)

Es wird nicht so wie in der Fabel kommen, daß sich die beiden Löwen gegenseitig aufressen und nur die Schwänze übrig bleiben (Heiterkeit), sondern Herr Barth wird allein aufgefressen werden. (Große Heiterkeit.) Von Herrn Barth unterrichtet mich hier eine grundsätzliche Auffassung. Ich habe lebhaftes Interesse für die Besserung der Lebenslage des kleinen Mannes. Ich will alles thun, was zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse geschieht kann usw., aber von diesen Behauptungen ganz getrennt ist es doch zu halten, ob man einen bewußten Anhänger der Sozialdemokratie in ein obrigkeitliches Amt berufen kann. Und da werde ich immer nein sagen. Ich verstehe nicht, wie man das überhaupt von mir verlangen kann. Die Sozialdemokraten sind doch grundsätzliche Gegner des Staats, sie können doch also nicht als Stütze dieses Staats ein Amt bekleiden und wer den Schein erweckt, dem werde ich die Waage vom Gesicht reißen und ihn nie für ein kommunales Amt befähigen. (Lebhafter Beifall rechts, Pfiffen links.)

Abg. Dr. Widzerdt (Pole)

beklagt sich über Verwaltungsmassnahmen in Posen, die die polnische Bevölkerung wirtschaftlich zu Grunde richteten. Es sei ja bedauerlich, daß einzelne polnische Blätter thörichte Artikel bräuchten, aber sie seien angeregt durch die Politik der preussischen Regierung, die den Polen die Muttersprache rauben wolle. Dem H. St. E.-Berein gebörden sogar Beamte und Richter an; das sollte der Minister nicht dulden. Würde er denn etwa erlauben, daß sich polnische Beamte einem Verein anschließen, der sich die Förderung des Polentums zur Aufgabe machte. Redner beklagt sich weiter über die Umtauschung historischer polnischer Ortsnamen in der Provinz Posen, im Regierungsbezirk Bromberg usw.

Ein Regierungskommissar

verteidigt die Namensänderungen. Die Regierung wende der polnischen Presse ihre volle Aufmerksamkeit zu. (Gelächter links.)

Abg. Dr. Becker (C.):

verteidigt die Theaterzensur. Wenn Kollege Barth einmal Censor würde, würde er sich nicht blamieren. (Heiterkeit im Centrum.) In der Befähigungsfrage kann ich dem Herrn Minister nur meine Uebereinstimmung mit seinen Ausführungen ausdrücken. Sozialdemokraten dürften natürlich nicht in einer amtlichen Stellung befähigt werden, denn sie bekämpfen offen die jetzige Staatsordnung. Wie könnte man bei einem erklärten Sozialdemokraten voraussetzen, daß er die Staatsgesetz beachtet und ihre Ausführung überwacht? Unantwortbar sei nur, daß die untergeordneten Provinzialbehörden die ersuchen Ansichten des Ministers über die Notwendigkeit partieller Behandlung beider Konfessionen sich zu eigen machten.

Redner verbreitet sich über das Fürsorgegesetz und wünscht, daß die entlassenen Jüdlinge nicht in die vergiftete Atmosphäre der Großstädte zurückgekehrt würden. (Sehr richtig im C.)

Abg. Dr. v. Heydebrandt (L.):

Wir sind mit den Grundfragen, die der Herr Minister beim Befähigungsrecht zu kommunalen Ämtern wälten läßt, vollkommen einverstanden, auch damit, daß die Zugehörigkeit zu einer der Parteien dieses Hanges keinen Grund für die Nichtbefähigung bilden darf. Zweifellos richtig ist auch die Nichtbefähigung von Sozialdemokraten und solcher Leute, die zur Sozialdemokratie hinneigen. Soll man denn etwa warten, bis der Mann wirklich Sozialdemokrat geworden ist? (Lachen links.) Der Brummen muß doch zugebet werden, bevor das Kind hineingefallen ist. Die Auffassung des Herrn Dr. Barth über die Sozialdemokratie ist rein akademisch und für die Praxis nicht brauchbar. Er will ihr entgegenkommen, will sie aufnehmen; was hat er damit erreicht? Die großen Städte sind ganz in die Hand der Sozialdemokratie geraten. Wo wir sitzen, giebt es keine Sozialdemokratie. (Große Heiterkeit links. Rufe: Medlenburg! Ostpreußen!) Wir verstehen die praktische Bekämpfung der Sozialdemokratie viel besser als Sie. Ueber Ihre Interessen wird die Sozialdemokratie zur Tagesordnung übergehen, vielleicht etwas später als bei uns. Wenn das Haus brennt, dann ergreift das Feuer auch den Oberstod, sobald der Unterstod, sobald wir vernichtet sind. (Bravo! rechts.) Das Zusammenwerfen von Agrariern und Sozialdemokratie fängt auf die Dauer an, langweilig zu werden. (Große Heiterkeit rechts.) Ich halte Herrn Barth für einen sehr geistreichen Mann. (Lachen rechts), er sollte das doch endlich lassen. Es ist doch etwas ganz andres, wenn eine wirtschaftliche Richtung, wie die Agrarier, einzelne Maßnahmen in der Regierung bekämpft, als wenn die Sozialdemokratie den Staat als solchen bekämpft. Ihr Verhältnis, Herr Dr. Barth, zur Sozialdemokratie sollten Sie doch lieber mit dem Mantel der Liebe bedecken. Die Agrarier sind doch schließlich auch Arbeiter (Lachen links), und Sie, der Sie ja für die Interessen der Arbeiter eintreten wollen, sollten auch für die Agrarier eintreten. Ich hoffe, daß Herr Barth seine Auffassung noch korrigieren wird.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Zunächst ein Wort zu Ehren des Mannes, dessen Ehre von dem Minister zu Unrecht beleidigt worden ist. Er hat behauptet, daß der Stadtverordnete Ehlers in Bunzlau als Ratmann nicht befähigt worden ist, weil er zwanzigmal exekutiert, sechsechsmal gefändelt und viermal straflos gefändelt worden ist. Ich habe mich sofort telegraphisch erkundigt, ob diese Behauptungen richtig sind. Meine Anfrage ist von den verschiedensten Seiten mit größter Verwunderung und Entrüstung über die Behauptungen des Ministers beantwortet worden. Die angesehensten Männer, so der frühere Bürgermeister Salomon, die Stadträte Hoppe und Bischof, der Stadtverordnete-Vorsitzer Hauptmann haben mir Auskunft über Ehlers gegeben, der noch heute der Stadtverordneten-Versammlung angehört. Es wird mir berichtet, daß Ehlers seit 15 Jahren in Bunzlau ansässig sei und dort die „Zeitung für die Thomaren-Industrie“ herausgebe. Er hätte Mittel zwar nicht zur Verfügung gehabt, man habe aber nie gehört, daß er seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre.

Dem Stadtverordneten-Vorsitzer Hauptmann hat Herr Ehlers auf Wort und Gewissen erklärt, daß in den Jahren 1895 und 1896 in seiner Abwesenheit je einmal eine Forderung vorgenommen worden sei. Es habe sich gehandelt um Beträge von 2,00 M. und 12 M., die er nach seiner Rückkehr sofort berichtigt hätte. Im Jahre 1897 habe der Gerichtsvollzieher einen Kostenbetrag zwangsweise bei ihm erhoben, eine Forderung habe aber nicht stattgefunden. Es sei möglich, daß ein ähnlicher Fall sich noch einmal ereignet habe. Seit 1897 aber habe er sich nicht mehr in einer ähnlichen Lage befunden. (Hört! hört! links.) Bei Männern, die viele Geschäfte haben, soll es oft vorkommen, daß sie die Begleichung kleiner Kostenrechnungen der Gerichte vergessen. In den letzten Jahren ist aber derartiges nicht mehr vorgekommen. (Rufe links: Da laßt der Minister!) Ah, das ist ja ganz gleich. Die Briefe des Herrn Ehlers kann ich hier nicht vorlesen, von solcher Entrüstung über die unwahre Schilderung sind sie. Der Herr Minister kann daraus ersehen, wie wenig er sich oft auf amtliche Berichte verlassen darf. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber auch ihn trifft die Schuld. (Sehr richtig! links.) Er sollte sich sagen, daß eine Stadtverordneten-Versammlung in einem so kleinen Orte, wo die Verhältnisse des Einzelnen genau bekannt sind, nicht einen Mann zum Ratmann wählen wird, der einen so üblen Ruf hat, wie ihn Ehlers haben müßte, wenn die Angaben richtig wären. Und eine Rätegemeinde könnte ja einen am Rande des Bankrotts stehenden Mann wählen. (Sehr richtig! links.) Es ist auch falsch, daß Herrn Ehlers das Deternat über die Vermögensverwaltung zugebucht war.

Herr v. Heydebrandt hat sich über das Kronrecht noch ministerieller geäußert als der Minister. Für die Ausübung eines solchen Rechts trägt der Minister unter allen Umständen die Verantwortung. Ich habe nicht behauptet, wie der Minister mich sagen läßt, es seien Männer deshalb nicht befähigt worden, weil sie freisinnig seien. Ich habe vielmehr gesagt: Wenn diese Männer unter gleichen Verhältnissen, auch in Bezug auf die Agitation, der konservativen Partei angehört hätten und nicht der freisinnigen, dann wären sie befähigt worden. (Sehr wahr! links.) Am charakteristischsten ist die Gegenüberstellung des Falls Palombini mit dem Fall Dullio. Auch der Fall Salomon in Schlichtern ist noch näher anzuführen. Seine Frau war sein nächster Stützpunkt, und wenn er zur Verteidigung ihrer Ehre einen Schritt weiter ging, als es richtig war, so ist das verzeihlicher als ein Amtmißbrauch. Und warum ist Salomon denn als Bürgermeister von Schlichtern befähigt worden? (Sehr richtig! links.) In Oberwalde ist der Stadtrat Lautenschläger nicht befähigt worden, weil er angefordert haben soll, einen Sozialdemokraten zu wählen. Der Mann ist mir seit 20 Jahren als getreuer Parteigenosse bekannt. Er hat bei der Stichwahl erklärt, daß dem kleineren Hebel, dem Sozialdemokraten, wigern der Vorzug gegeben werden müsse. Aus demselben Grunde hat der Polizeipräsident von Magdeburg die Wahl eines Sozialdemokraten gegen meinen Parteigenossen Büchtemann empfohlen. Keinesfalls hat sich in Hannover, Frankfurt a. M. und andern großen Städten zugetragen. Ueberhaupt ist die Sozialdemokratie in allen diesen Städten nur deshalb zum Siege gelangt, weil sich die Konservativen für sie erklärt haben bei den Wahlen. Hat nicht der Minister Puttkamer hier gesagt, „wenn bei der Stichwahl — es handelte sich um die Stadtverordneten-Wahlen — ein Stützmann einem Sozialdemokraten vor einem Freisinnigen den Vorzug geben sollte, so würde ich das dem Stützmann nicht verzeihen“. (Hört! hört! links.)

Man kann der Sozialdemokratie auch dadurch nügen, daß man sich der Wahl enthält. Und das thun die Konservativen. Der zweite und dritte Berliner Wahlkreis wäre ohne diese Art konservativer Unterhänzung nie in die Hände der Sozialdemokraten gefallen. (Sehr richtig! links.) Herr v. Heydebrandt sagt: Die großen Städte sind der Sozialdemokratie verfallen, aber ans Land kommen sie nicht. Oh, sie sind ja schon da (Heiterkeit links), warten Sie nur, Ostpreußen wird ihnen bald ganz gehören. (Sehr richtig! links.) Westpreußen, ihr Idealland, haben sie schon ganz in der Tasche, und nur wir Freisinnigen leisten noch Widerstand. (Sehr richtig! links.) Dem Fall Dullio hat der Minister den nötigen schauerlichen Hintergrund unter Hinweis auf den Verein „Walbed“ gegeben, der die Leute, die auf der Grenze des Uebergangs zur Sozialdemokratie stehen, der freisinnigen Partei erhalten will. Ja, das sollten Sie doch eher prämiieren. (Sehr gut! links.) Der Verein „Walbed“ soll auf dem Programm der demokratischen Partei stehen. Kennen Sie denn dies demokratische Programm, Herr Minister? (Heiterkeit links.)

Kuch das demokratische Programm steht auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. In Frankfurt a. M. müßten sie ja die ganze kommunale Verwaltung desorganisieren, wenn sie die Demokratie für Socialdemokratie halten. Im Verein „Waldd“ aber soll ein unbekannter Redner zum Kampf bis aufs Messer gegen die Regierung aufgefordert haben. Wenn die konservativen Beamten für alle unzulässigen Neuerungen, die in konservativen Vereinen sollen, verantwortlich gemacht werden sollten, dann müßten sie sämtlich gemahregelt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Minister läßt sich auf ganz unzuverlässige Polizeireporter. Polizeisten können doch nicht den Faden eines längeren Vortrags eines hochgebildeten politischen Mannes verfolgen, sondern notieren sich Schlagworte. Gerade die Bekämpfung der Socialdemokratie leidet darunter, daß so viel intelligente Kräfte unter den Beamten abgeholt werden, politischen Vereinen anzugehören. Herr Dullio wird vorgeworfen, daß er den Antrag ständig den Einfluß eines erhabenen Gehirns genaugt hat. Ja, der Oberpräsident Bennigsen hat denselben Antrag „gemeinsamlich“ genannt. Seit 10 Jahren ist Herr Dullio im Amt und hat nie eine Disziplinarstrafe erlitten. Im Fall Palombini tritt der Minister als Schlichter der Selbstverwaltung auf. 22 Stimmen unter 28 imponieren ihm. Ja, dann sollten ihm doch 93 Stimmen unter 100 noch mehr imponieren. (Sehr gut! links.) In der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung, die 102 Mitglieder zählt, ist der Beschluß, den Minister des Innern zu erwählen, Herrn Dullio zu bestätigen, mit allen gegen 5 Stimmen gefaßt worden, und der Magistrat hat sich diesem Beschluß angeschlossen. Der Regierungspräsident fragte ein Magistratsmitglied: „Wird die Beschichte viel Staub aufwirbeln?“ „Nicht zu wenig.“ wurde ihm erwidert. „Na, wenn ich das gewußt hätte, hätte ich die ganze Geschichte lieber nicht angefangen.“ (Große Heiterkeit links.) Der Regierungspräsident war also viel vernünftiger als der Minister. (Erneute Heiterkeit links.) Zur Entschuldigung Palombinis hat der Minister gemeint, er sei von den Gegnern angegriffen worden. Nun, der Bund der Landwirte ist von vornherein aggressiv; haben wir es verlangt, daß der Schriftführer des „Nordost“ als Landrat bestätigt werde? (Große Heiterkeit links.) Der Chefredacteur der konservativen „Ostpreuß. Zeitung“ hat seine Informationen über den Fall Dullio vom Regierungspräsidenten bezogen. (Hört! hört! links.) Ist das ein richtiges Verfahren? Daß der Oberbürgermeister von Königsberg es sich gefallen läßt, nur nachträglich von dem Verfahren gegen Herrn Dullio in Kenntnis gesetzt zu werden, begreife ich nicht. Ich hätte es mir nicht gefallen lassen. (Sehr richtig! links.) Herr Krieger hat nicht gesagt, daß man zu den Socialdemokraten in ein freundliches Verhältnis kommen soll, sondern er hat nur gewünscht, daß die Socialdemokraten in den Versammlungen, in denen sie erscheinen, mehr als bisher parlamentarisch diskutieren sollten, und das etwaige Sprengen aufhören möchte. Eine parlamentarische Diskussion fürchten die Socialdemokraten am meisten. (Sehr richtig! links.) Deshalb haben sie sich von vornherein auf das Sprengen von Versammlungen verlegt. Ich habe das Aufkommen der Socialdemokratie in Königsberg vom ersten Augenblick ab verfolgt. Als die Socialdemokratie dort zuerst auftauchte, begann sie damit, die Versammlungen des dortigen Handwerkervereins zu sprengen. Hat die Polizei etwa diesen freisinnigen Verein gegen den Hausfriedensbruch geschickt? Sie hat mit wohlwollender Neutralität zugehört. So ist auch die Socialdemokratie in Berlin groß geworden. Ich erinnere mich noch, wie sie unsere Versammlung im Konzerthaus künzte, und draußen standen Polizisten und künzten sich nicht darum. Und als wir den Minister im Abgeordnetenhaus fragten, da erklärte er: „Ja wenn die Polizisten eingegriffen hätten, dann hätten sie den Lärm ja nur vergrößert.“ (Heiterkeit links.)

Das Verhalten des Ministers hat die Gegenläufe in Königsberg mehr verhärtet, als wenn sechs Dullios in den Magistrat eingesetzt wären. Der Minister meinte, die formlose Art der Jurisprudenz habe er gewählt, weil er milde sein wollte. Aber mit Recht hat man in Königsberg über Herrn v. Rheinbaben als Erzieher und politischen Seelherzog gepöbel. Wenn der Minister eine Lehre aus diesen Verhandlungen ziehen wollte, so müßte er einen Befehl entlassen, der das Befähigungsrecht für Magistratsmitglieder, abgesehen von demjenigen für Bürgermeister und Beigeordnete, überhaupt aufhebt. Schon vor 40 Jahren ist ja ein solcher Entwurf eingebracht worden und im Jahre 1869 hat der Minister Guleburg in der Städte-Ordnung, die er der Stadt Frankfurt a. M. oktroyiert hat, auf das Befähigungsrecht verzichtet. Ebenso verzichtet die Städte-Ordnung von Schleswig-Holstein und die Städte-Ordnung, die im Jahre 1876 dem Landtag vorgelegt worden ist, darauf. Gerade von Herrn Miquel hätte man eine Erweiterung der städtischen Selbstverwaltung erwarten müssen. Statt dessen haben seine Liebhaberereien agrarischen Bestrebungen gegolten und gerade unter seiner Vicepräsidentenschaft erfolgten diese Maßregelungen von Magistratsmitgliedern. Der Minister meinte, ich hätte an allen seinen Vorgängern etwas auszufetzen gehabt, warum also auch nicht an ihm. Habe ich denn nicht alle Urstände zu lauten Klagen? In keinem Ressort ist so wenig Positives geleistet worden in den letzten 25 Jahren, wie im Ministerium des Innern. Seit 1876 sind alle Reformen wie abgeschnitten. Die Vorbildung der Beamten liegt völlig im Argen, das Landtagswahl-Gesetz ist noch immer nicht geändert. Ja selbst für die Kriminalpolizei, die doch jetzt in jedem Jahre zu öffentlichem Aergernis Anlaß giebt, ist noch nichts gethan worden. Der einzige der Vorgänger des Herrn v. Rheinbaben, der einen Anlauf genommen hat, war Herr Herrfurth. Er hat die Landgemeindeordnung vorgelegt und wir haben ihn unterstützt gegen die Konservativen. Was haben aber die übrigen Vorgänger geleistet? Herr v. Koeller hat die Theaterzensur angewendet, Herr v. D. Rede hat den Polizeifonds auf 200 000 M. erhöht und schließlich die Landräte in ganz verfassungswidriger Weise lokomiert (Große Heiterkeit), dann war er verschwunden. Herr v. Rheinbaben giebt auch zu Klagen über die Theaterzensur Anlaß und leitet eine Kera der Nichtbefähigung von Kommunalbeamten ein, indem er es für seine Aufgabe erklärt, die politischen Parteien niederzuhalten. Haben wir doch gestern Dr. Sattlers Klagen über die schlechte Behandlung der Nationalliberalen in Hannover gehört. Gerade als ob das Menschen wie wir wären. (Große Heiterkeit.) Seitdem Herr von Bennigsen fort ist, ist in Hannover der Teufel los. (Große Heiterkeit.) Der Minister hat darauf erwidert, konservativen und Nationalliberalen seien ihm gleich lieb und wenn sie in Streit gerieten, so würde er vermitteln. Ist das seine Aufgabe? Die Regierung soll doch über den Parteien stehen. Die Bekämpfung der Socialdemokratie ist das Leitmotiv für die Auffassung des Ministers. Sie glauben aber nicht, wie diese Socialistenreiterei im Lande verheißt ist. Sie schaffen den Nährboden, der nur der Socialdemokratie nützt. Die Regierung hat ja Gesetze zur Bekämpfung der Socialdemokratie gemacht, die Unsturzvorlage, dann das kleine Socialistengesetz, schließlich die Justizhausvorlage. Bei allen drei Gesetzen hat sie die gesamte Linke von den Nationalliberalen an in eine Front mit der Socialdemokratie gerückt, und bei der jetzt beschätzigten Zollerhöhung wird derselbe Fall eintreten. Der Minister hat also kein Recht, sich über die Förderung der Socialdemokratie durch andre politische Parteien zu beklagen; niemand hat für die Verbreitung der Socialdemokratie so viel gethan, wie die preussische Regierung und speziell das Ministerium des Innern. Ich habe früher einmal auf Herrn von Rheinbaben den Satz angewendet: Derselbe Faden, nur eine andre Nummer. Ich kann nach den Fortschritten, die ich inzwischen gemerkt habe, den Satz weiter fortführen; aber keine kleinere Nummer, sondern eine didere und größere. (Lebhafter Beifall links.)

Minister Herr v. Rheinbaben:

Ich danke dem Herrn Abg. Richter, daß er mir so entgegengetreten ist. Hätte er mich gelobt, ich hätte bedenklich werden müssen. (Heiterkeit rechts. Oh! links.) Das Ministerium des Innern soll in den letzten 25 Jahren nichts Positives geleistet haben. Das ist doch eine Behauptung, die den Thatsachen widerspricht. Meine Vorgänger haben das Landesverwaltungs-Gesetz, das Justizhausgesetz und andre Vorlagen eingebracht; ich habe das neue Kommunalgesetz zu Stande gebracht und bin eben dabei,

einen Gesetzentwurf für eine neue Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten auszuarbeiten. Einen Gesellen werde ich freilich dem Abgeordneten Richter nicht thun, ein neues Landtags-Wahlgesetz werde ich nicht vorgelegen. In der Beziehung werde ich also unfruchtbar bleiben. Zu einem Landtags-Wahlgesetz liegt mir so weniger Veranlassung vor, als die Statistik ergeben hat, daß eine plutokratische Verschiebung nicht eingetreten ist. Nun komme ich zu mir selber. (Große Heiterkeit.) Ich meine, nun komme ich von meinen Vorgängern zu meiner Person, da giebt es doch nichts zu lachen. (Erneute stürmische Heiterkeit.) Herr Richter hat gesagt, daß die Aenderung, man könne über ein Urteil des Kaisers ruhig zur Tagesordnung übergehen, ein ganz harmloser parlamentarischer Ausdruck sei. So kann ich die Aenderung nicht auffassen, und ich muß dabei bleiben, daß sie für einen mittelbaren Staatsbeamten direkt unzulässig ist. (Bravo! rechts.) Zu dem vorliegenden Herrn Brilmann soll der Regierungspräsident v. Walldau gesagt haben, wenn er die Wirkungen seines Vorgehens vorausgesehen hätte, würde er nicht gegen Herrn Dullio vorgegangen sein. Ich möchte das bestreiten. Auch wenn Herr Richter sagt, Kindern giebt man Lektionen, aber nicht selbständigen Beamten, so hat er unrecht, denn nach dem Aufsichtrecht hat jeder Vorgesetzte das Recht, seinen nachgeordneten Beamten Weisungen zu erteilen. Richter sagte, ich hätte die Gegenläufe in Königsberg durch die Nichtbefähigung verschärft. Das Gegenteil ist der Fall. Zu meiner Freude haben die städtischen Behörden sich dem Bestreben des Herrn Dullio, sich doch durchzusetzen, nicht nachgegeben, und Herr Dullio hat zurücktreten müssen. (Aufe! links: nein, nein! Abg. Krieger: Er ist freiwillig zurückgetreten.) Ob der Rücktritt so freiwillig war, möchte ich doch bezweifeln. (Abg. Krieger ruft: Ich selbst habe ihm das geraten.) Nun, jedenfalls ist Herr Dullio zurückgetreten. Der Fall in Punglau liegt so, daß der betreffende Herr viermal gepfändet worden ist, 16 mal war der Gerichtsvollzieher bei ihm. Wenn mich aber etwas in meiner Auffassung über die Socialdemokratie bestärkt hat, so waren es die Ausfahrungen der Abgeordneten Richter und Barth. Die Herren haben selbst zugegeben, daß die Socialdemokratie große Fortschritte gemacht hat, nicht nur in den Städten, sondern sogar auf dem Lande. Deshalb haben die Beamten sich den socialdemokratischen Bestrebungen energisch zu widersetzen und wer dagegen steht, der hat die Folgen zu tragen, gegen den werde ich verfahren, wie ich bisher verfahren habe, trotz des Abgeordneten Richter. (Lebhaftes Bravo! rechts, lebhaftes Hissen links.)

Abg. Herr v. Jedlitz (frk.):

Ich freue mich, daß der Minister eine Aenderung des Landtags-Wahlgesetzes nicht versuchen will, da ja festgestellt ist, daß keine plutokratische Verschiebung stattgefunden hat. Das Befähigungsrecht ist nicht zu entbehren, denn die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten hat vielfach große Schwächen gegenüber der Socialdemokratie gezeigt. In Berlin z. B. ist ja Herr Singer der eigentliche Herr im Hause. Die große Mehrheit des Hauses ist wohl mit dem Minister in seiner Auffassung über die Socialdemokratie einverstanden. Auch die Männer sind mit Recht nicht befähigt worden, die sich einer Begünstigung der Socialdemokratie schuldig gemacht haben. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in einem Urteil ausgesprochen, daß ein solcher Begünstigter unzulässig ist, ein mittelbares Staatsamt zu bekleiden. Daran muß festgehalten werden. Wenn die freisinnigen ein Wahlbündnis mit den Socialdemokraten eingehen, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie nicht besser behandelt werden, als ihre Waffengefährten. Im Widerstand gegen eine wirklich nationale Wirtschaftspolitik gehen die Socialdemokraten voran und die freisinnigen sind nur ihre Anhänger. Alle Parteien müssen von der Regierung gleichmäßig behandelt werden, mit Ausnahme der Socialdemokratie und ihrer Begünstiger. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Crüger (frk. Sp.):

Die Grundzüge, die Herr v. Jedlitz verteidigt hat, stehen im strengen Gegensatz zur Gerechtigkeit. Es ist nicht wahr, daß wir Hand in Hand mit der Socialdemokratie gehen. Kollege Barth hat nur gesagt, er könne sich sehr wohl denken, daß er, wenn er die Wahl zwischen einem Socialdemokraten und einem extremen Schanzjunker hätte, dem Socialdemokraten, als dem kleineren Uebel, den Vorzug geben würde. Auf diesem Standpunkt stehen wir alle auf dieser Seite. (Sehr richtig! links.) Man kann die Socialdemokratie sehr entschieden bekämpfen und doch diesen Standpunkt teilen. Herr v. Jedlitz kennt entweder unser wirtschaftliches Programm oder das der Socialdemokratie nicht, wenn er da von ähnlichen Dingen spricht. In welchem Verhältnis soll denn eigentlich der Freihandel zur Socialdemokratie stehen? Herr v. Jedlitz ist ja vielfach schriftstellerisch thätig; vielleicht beschäftigt er sich einmal mit dieser Frage. (Heiterkeit links.) Herr v. Jedlitz hat auf den Stadtverordneten Singer verwiesen. So, wo ist denn eine schlechte Einwirkung der Socialdemokratie in kommunalen Dingen nachgewiesen? Kann denn ein Socialdemokrat nicht auch verständige Ideen haben? Herr v. Jedlitz scheint genügt zu sein, auch die befürchtliche Befähigung der Stadtverordneten zu verlangen? Das wäre ja nur die Fortsetzung der Vogelstranzpolitik, die der Minister für vorteilhaft zur Bekämpfung der Socialdemokratie hält. Denn dadurch wird doch die Socialdemokratie nicht geschwächt, daß er keine Socialdemokraten in ein kommunales Amt hineinflößt?

Das Befähigungsrecht der Krone wird von niemand bestritten. Aber für die Handhabung ist der Minister uns verantwortlich. Ich bin erhaunt, daß die Rechte sich im Fall Krieger nicht auf unsre Seite stellen, während wir die Beamtenmaßregelungen wegen der Kanalabstimmung mit ihr scharf verurteilt haben.

Das System der politischen Rechte kann nur zu Heuchelei und Strebertum führen. Deshalb ist es zu verurteilen. (Beifall links.)

Abg. de Witt (C.):

Nur in den allerdringendsten Fällen sollte zur Nichtbefähigung gegriffen werden. Wir beargwöhnen die Erklärung des Ministers, daß die politische Bestimmung keine Rolle bei Befähigungen oder Nichtbefähigungen kommunaler Beamten spielen soll. Dem Bürgermeister Salomon hat der Minister mit der Restfälligkeit der Nichtbefähigung schweres Unrecht gethan. Die Stadtväter von Kreuznach haben Herrn Salomon einstimmig gewählt. Ich glaube, die Regierung brauchte nicht die Nase in alle Privatverhältnisse zu stecken. Ich lege es dem Minister nahe, ob er nicht in dem Falle Salomon Remedur eintreten lassen will. (Beifall.)

Minister Freiherr v. Rheinbaben:

Die Stadtverordneten von Kreuznach haben Herrn Salomon gewählt, ehe sie wußten, daß ihr Erwählter aus dem Heere entfernt worden war. Durch die Rabinetsorder ist Herr Salomon nicht völlig rehabilitiert worden. Deshalb mußte damit gerechnet werden, daß Herr Salomon in seinem neuen Wirkungsbereich mit dem größten Mißtrauen empfangen werden würde. (Lebhaftes Oh! im ganzen Hause.)

Die weitere Beratung wird hierauf auf Freitag 11 Uhr verlegt. Schluß 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission

behandelte in ihrer Donnerstagssitzung den Militär-Etat. Bei dem Titel „Kriegsminister“ entspann sich eine längere Debatte über die von der vorjährigen Kommission beschlossene Erhebung betreffend die Herkunft der Mannschaften in der Armee, um festzustellen, ob die Landwirtschaft oder die übrigen Berufe das Hauptkontingent zur Armee stellen. Der Kriegsminister erklärte, daß ihm die Kräfte fehlten, um eine Statistik wie die gewünschte aufstellen zu können. Es entspann sich eine längere Debatte, in der von allen Seiten die Notwendigkeit einer solchen Statistik betont

wurde. Die Debatte endigte mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in welcher der Reichstagler aufgefordert wird, eine solche Statistik aufnehmen zu lassen.

Eine zweite Angelegenheit, die eine längere Debatte hervorrief, betraf die Aufnahme fremdländischer Offiziere behufs ihrer Ausbildung in der deutschen Armee. Die Abg. Müller-Fulda (C.) und v. Kardorff (Sp.) regten den Ausschluß dieser Offiziere an, die Abg. Wassermaun (natl.), Sebel (Soz.), Prinz Krenberg (C.), Müller-Sagan (frk. Sp.) wie der Kriegsminister sprachen sich gegen die Anregung aus. Die Debatte, die zum Teil einen hochpolitischen Charakter annahm und die Stellung Deutschlands zu den verschiedenen Mächten berührte, lief in der Hauptsache darauf hinaus, daß es aus den verschiedensten Gründen unmöglich sei, eine andre Stellung anzunehmen, als sie bisher beobachtet worden sei.

Müller-Fulda (C.) wies auf die Zustände in den Offizierskasinos hin und beschwor eine größere Enthaltensamkeit, wobei er auf die Vorgänge in Würchingen Bezug nahm. Der Kriegsminister erklärte, daß die Armee den Vorgang in Würchingen als eine Schmach empfinde, und ein solcher nach seiner Erinnerung noch niemals vorgekommen sei. Die von Müller-Fulda geäußerten Anschauungen für eine sparsame Wirtschaft der Offiziere teilte er.

Nach unerheblicher Debatte wurden die Forderungen bis Kapitel 17 inkl. erledigt. Kapitel 18, „Militär-Justizverwaltung“, wird ausgef. Unerhebliche Debatten verursachten auch die folgenden Kapitel bis Kapitel 24. Eine längere Debatte entspann sich über die Bildung eines Regiments der „Jäger zu Pferde“, die früher als kleinere Detachements für Meldereizwecke bewilligt worden waren. Aus den Aeußerungen des Kriegsministers ging hervor, daß bei einer neuen Militärorganisation, die 1903 in den Vordergrund tritt, eine erhebliche Vermehrung der Kavallerie gefordert werden dürfte, ferner, daß man die Organisation besonderer Meldereiter als verfehlt bezw. als überflüssig betrachten und dafür geschlossene Kavallerie-Regimenter eingesetzt werden sollten. Der Korreferent Abg. Sped (C.) beantragt die Streichung des neuen Kommandeurs für das neu zu bildende Kavallerie-Regiment. Der Kriegsminister, unterstützt von den Abg. Graf Stolberg (L.), Wassermaun (natl.) und Paasche (natl.), verteidigt wiederholt die geforderte Stelle; er findet aber keine Gegenliebe. Die Kommission beschließt mit 16 gegen 7 Stimmen gemäß dem Antrag des Korreferenten die Forderung abzulehnen.

Toleranz-Kommission. Die IX. Kommission des Reichstags trat am Donnerstag zusammen, um nach wenigen Minuten unverrichteter Sache wieder auseinander zu gehen. Da andre Kommissionen, besonders die stark besetzte Budget-Kommission, tagten, so wurden dadurch der Toleranz-Kommission so viele Mitglieder entzogen, daß die Abhaltung einer Sitzung zwecklos geworden wäre. Im Februar wird diese Kommission nicht mehr zusammenberufen werden. Am 5. Dezember entschied sich die Majorität des Reichstags für die Kommission. Bis jetzt — nach etwa vier vergeblichen Anläufen — hat sie nichts Positives oder auch nur Erwähnungswertes geleistet.

Ein neuer Schlag gegen das Koalitionsrecht.

An die gesamte Partei- und Gewerkschafts-Presse!

Seit 27 Wochen befinden sich die Glasarbeiter in Schauenstein in einem verzweifeltsten Kampf um Anerkennung der Organisation. Dem Verband kostet der Streik gegenwärtig rund 70 000 M. Da nun ein Ende desselben noch nicht abzusehen ist, so beschloß die Glasarbeiter von Rieburg a. Weier, denselben durch ihr Eintreten für die Kollegen von Schauenstein auf gütlichem Wege beizulegen. Beide Fabriken Schauenstein wie Rieburg gehören dem Geh. Kommerzienrat Hege, auch besitzt derselbe noch einige andre Fabriken, die jedoch nicht von großer Bedeutung sind. Auf Vorstellung der Rieburger, doch den Streik der Schauensteiner zu beenden, die weiter nichts verlangen, als in jeder Beziehung mit den Arbeitern der Rieburger Fabrik gleichgestellt zu werden, antwortete der Fabrikant sofort mit Maßregelungen und bot einem Teil der Arbeiter bessere Bedingungen an, wenn sie ihren Austritt aus der Organisation erklären würden. Die gesamten Kollegen standen jedoch in jeder Beziehung einmütig zusammen und beschloßen am Sonntag, den 10. Februar, in einer von sämtlichen Kollegen besuchten Versammlung in Rieburg, ebenfalls in den Streik zu treten, wenn Hege die Forderungen der Schauensteiner Kollegen: „Anerkennung der Organisation“ nicht bewillige. In der Versammlung waren der Vorsitzende der Organisation Emil Girdig-Straßau sowie der Bürgermeister von Rieburg anwesend. — Der Bürgermeister mußte selbst zugeben, daß die Forderungen der Arbeiter nicht zu weit gehen, da es sich doch nur um Anerkennung der Organisation handle, und bot seine Kräfte an, um sein Möglichstes zu thun, die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln. Hierauf beschloßen die Kollegen mit überwältigender Mehrheit, falls der Streik nicht bis zum Mittwoch, den 13. Februar beigelegt ist, die Kündigung der Arbeiter bei der Firma Hehl in Rieburg einzureichen. Das ist denn am Mittwochmittag auch geschehen.

Hierauf hat das koalitierte Unternehmertum mit einem Gewaltakt sofort geantwortet. Es erhielten nach der Kündigungsliste bei der Firma Hege zwölf Kollegen der Firma Hehl u. Comp., ebenfalls in Rieburg, die Kündigung. Auch wurde dreißig Kollegen der Firma Hege in Gerresheim, eines Reffen des Rieburger Hege, die Kündigung überreicht. Ebenso wurde ungewidertig erklärt, daß man zu einer allgemeinen Ausförrung sämtlicher Flaschenarbeiter greifen werde, wenn die Kollegen in irgend welcher Art Sammlungen für die Streikenden vornehmen würden. Es geht aus alledem klar und deutlich hervor, der Ring der Flaschenfabrikanten holt zu einem wichtigen Schlag aus, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Maßregelungen stehen bei einer überaus günstigen Geschäftslage auf der Tagesordnung. Unterstützt müssen die Gemahregelungen auf die bestmögliche Art und Weise werden. Da nun überall unter den Glasarbeitern Sammlungen weiter vorgenommen werden, um die Streikenden zu unterstützen, so haben wir zu gewärtigen, daß innerhalb 14 Tagen bis drei Wochen die gesamten Flaschenarbeiter Deutschlands auf Pflaster geworfen sind. Es kommt noch hinzu, daß sämtliche Ausgewerteten dem Fabrikanten gehörige Wohnungen inne haben, die ebenfalls geräumt werden müssen.

Der Ring der Flaschenfabrikanten trachtet also danach, die gesamte Organisation, den Verband der Glasarbeiter Deutschlands, zu sprengen.

Dem Verband der Glasarbeiter ist es nun nicht möglich, diesen Schlag allein abzuwehren. Im letzten Jahre 1900 war es uns möglich, unsere Organisation zu fördern, so daß reichlich zwei Drittel sämtlicher in Deutschland beschäftigten Flaschenmacher organisiert sind. Die Arbeitslöhne erfuhren durch die anhaltende gute Konjunktur eine Besserung. Jedes durch die vielen Streiks sind von den Glasarbeitern im Jahre 1900 rund 185 000 Mark geopfert worden. Den Kampf, dem wir jetzt entgegengehen, kann der Verband der Glasarbeiter nicht allein überwinden, und eruchen wir daher die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, uns nach besten Kräften zu unterstützen.

Genosse! Kollegen! Geht es uns, diesen Kampf siegreich zu überwinden, dann ist unsere Organisation auf Jahre hinaus gesichert. Geht es uns, den König Stumm in der Glasindustrie, den Geh. Kommerzienrat Hehl in Rieburg, Schauenstein und Gerresheim, zu überwinden, dann

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 15. Februar.
Cyperhaus. Die Skrifanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Ein Sommernachts Traum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Odeon-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Hochmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Uebermüde Kraft (2. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Braut von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Des Robell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Gessha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Dantes Theater: Ueberdrell. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Wie Liebe roset nicht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Des Feilballe. Anfang 8 Uhr.
Carl Weick. Lumpacivagabundus. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Zwanzig Mädchen und kein Mann. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Bummelfreie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Steitmer Sängers. Anfang 8 Uhr.
Passage - Panoptikum. Spezialitäten - Vorstellung. Die zwölf unverwundbaren Jährlinge. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Täglich D - Vorstellung. Rosenmontag.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal: Früchte des Feldes. Von Professor Müller. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Central - Theater.

Freitag und folgende Tage 7 1/2 Uhr. Zum 573. Male:
Die Geisha.
Mimosa: Mia Werber.
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus.**
Abends zum 575. Male: Die Geisha.
Mimosa: Mia Werber.
In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette von Sidney Jones.
Gastspiel Miss Mary Dalton.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Freitagabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
Im Hörsaal:
Prof. Müller: "Früchte des Feldes."
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
Die sensationellen Gruppen
der alten Germanen.
Der schlesische Zecher und
der Teufel. Die Bernauer
Bierprobe. - Der Rothen-
burger Meistertrank.
Im Restaurant: Konzert
einer russ. Damenkapelle.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung**
Anfang: Sonntags 12 Uhr
Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die vier Schwestern
in ihrer Neuheit
TUA
Ringelreih-Vorstellung
17 erstklassige Spezialitäten
Hanny Luxa
die unvergleichliche
Tyrolische-Excentric
Rosendienstag
Feldweibeltragödie in 1 Akt.

Schiller-Theater
(Waldner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Aufspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schönthan und Gustav Koberling.
Sonnenabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Rosmersholm.**
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die goldene Eva.
Sonntagabend 8 Uhr:
Freiwild.

Thalia Theater
Friedrichstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungspose in Gef. u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Brühlstr. 22.
Durchweg neues Programm.
Précis 8 1/2 Uhr:
Bummelfreie.
Vollst. u. Gesang in 3 Akten von Wilden
Rohmann, Tischlerstr. Dir. Winkler.
12 neue Attraktions-Nummern.
Anfang: Wechert 7 1/2, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
Extra-Vorstellung.
Grobe Gratis - Preisverteilung.
Besucher der Bork haben Frei-Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 10 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Heute Freitag, 15. Febr.
11. Gastspiel
Yvette Guilbert.
Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
Berliner Ausstattungspose.
Um 9 10 Uhr:
Auftritt der Madame
Yvette Guilbert.
Anf. 7 1/2 Uhr. Rauchen überall
gestattet.
Morgen
Sonnenabend, 16. Februar:
Gastsp. **Yvette Guilbert.**
Sonntag, 17. Februar:
Einziges
Sonntags - Gastspiel
Yvette Guilbert.
Montag, 18. vorletztes,
Dienstag, den 19. letztes
Gastspiel
Yvette Guilbert.

**Passage-Panoptikum
und Theater.**
Die 12 unverwundb. Fakire
Neu! General Baum,
der kleine Mann der Welt.
Eintritt einschliel. Theater 50 Pf.

Apollo - Theater.
Debut! Debut! Debut!
Pepi Glöckner
In ihrem brillanten
Repertoire.

Valentine Petit
in ihrer Traumphantasie.
Les Minstrels parisiens
und die übrigen trefflichen
Specialitäten.
20 Mädchen u. kein Mann.
Operette von Franz v. Suppé.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch
Freitag, 15. Februar 1901.
abends 7 1/2 Uhr:
Großer Klown-Gala-Abend.
Auftritt des berühmten
amerikanischen
Pferdebändigers
Professor Norton S. Smith.
Gerner: Vortrefflichste Programm-
nummern. U. a.: Die berühmten
französischen Klowns Gebr. Leiden-
man als Kompositen-Rudolfstein.
Zum Schluss: Zum 80. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Paneege, Schauspiel
in 4 Akten und 3 Hauptrollen.
Original-Pantomime des Cirkus
Busch. - Besonders hervorzuheben:
Der prachtvolle Einzug König
Ludwig XIV. in Stralsburg.
Sonntag, 17. Februar, nachmittags
4 Uhr: "Berliner Landpartien",
wozu jeder Erwachsene auf allen Sit-
zplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder
die Hälfte. - Abends 7 1/2 Uhr: Die
eiserne Maske.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Heute:
Cavalleria
schufficiana.
Sonnenabend:
Eine Soiree bei
Schumanns.

Wohnungen.
Vorort, Königs - Wälderhain,
Wohnungen jeder Art, mit und ohne
Gas, Wasserleitung, Kofel sofort oder
später billig zu vermieten. Näheres
beim Wirt, Antegarten 2. [14046]

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Lumpacivagabundus.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Eine leichte Person.
Kodax. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Al. Breke. May u. Moris.
Sonntag: Lumpacivagabundus.
In Vorbereitung: Die Goldgräber
v. Kalifornien oder: Kein Kampan
Kaffinischer Volksliedspiel von
D. v. Kupfer und Dr. Carlotta.

W. Noacks Theater.
Prinzenstr. 16.
Der Goldneffe.
Vollst. u. Gesang in 3 Akten (6 Bilder)
v. G. Lindner. Musik v. Dr. Schmidt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag:
Der Rattenfänger von Hameln.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag
und Montag:
**Hoffmanns
Nordd. Sängers.**
Nach jeder Soiree:
**Tanzkränzchen.
Zufrige
Vagabonden.**

Maschinen-Anzüge
in allen Grössen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier.
7830* Oranienstr. 166.

Cirkus Schumann.
Heute Freitag, den 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Programm
und
Internationale
Preis-Ringkämpfe.
Besonders interessante Kämpfe:
Jourisson, Brüssel und Reinhold Tonn, Berlin (1. Paar).
Pietro Belge, Belgien und Strenghe, Berlin (2. Paar).
Jess Petersen, Dänemark und Köpel, Danzig (3. Paar)
Ehren-Schiedsrichter Professor Reinhold Vegas. Uebersetzer: Siehe
Tageszettel. Gerner die neuen Februar-Specialitäten, sowie Director
Albert Schumann mit seinen anerkannt meistert dastehenden Original-
Dressuren. Zum Schluss: CHINA, groß Wasserhandl. 600 Wiltworte.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. H. Hart.
Jeden Sonnenabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung
Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg, Landbrote
empf. Brotfabrik Wittler, Müllerstr. 31. Riederlag. d. Hofkate ebenfalls

**Deutsche
Konzerthallen**
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Internationale
Künstler - Konzerte.
4 ausländische Kapellen.
Bock - Anstich.
Täglich grosse Specialitäten-
Vorstellung.

Hoffmanns Salon,
Köllnstr. 8.
Besonderer Umhang halber ist der
2. Dienstag für Matineen frei. (7542*)
Für 40.
Lieferer im Gehrock-Anzug oder
Gradanzug nach Maß.
F. Koch.
Tische, Kommoden, engl.
Sergeant, beste Rutz,
Kupfer, Garant, ladest. Schw.
fest, handhabbar, Regen
schirm, angesetzt in der
gold. Medaille. Kommoden
mit Musik, im Haus zum
Nacht, Werkst. im
Gard.
Kürzeste Lieferzeit.
Ludw. Engel, Münzstr. 26.
Geegründet 1892.

Wästen-Garderobe.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Bessere Veredelungsmöglichkeit.
Fr. Panknin,
Oranienstr. 173
II. Uebelstr. 91.
Ecke Oranienstr.

G in segnungs - Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. 1

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restoration, 850 Miete, billig
zu verkaufen: Wiedemannstr. 40. [783*]
Schickelshaus gepulvert, preis-
wert, Schickelstr. 40a. [764*]
Mieder finden eine umfassende
Darstellung des neuen Mietrechts in
dem Buch: Die Rechte und Pflichten
des Mieters. 32 Seiten. Preis
20 Pfennige. Zu beziehen durch alle
Buchhandlungen und Colportage.
Wieder abwärts 80 000 Exemplare.
Schickelshaus Wiede Frankfurt
str. 9, portiere. [40*]
Vorjährige elegante Herren-Winter-
paletots und Kugeln aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag
abend und Sonntag. Verkaufs-
Ort: Germania, Unter den Linden 21 II.
Betten, Strohbetten, Wachstern
spezialbillig Verkauf Wiedemannstr. 6.
Tepiche, Remontieren, Regu-
latoren, spezialbillig Verkauf Wiedemann-
str. 6. [518*]
Betten, schöner Stand, Umfänge
säuber, 23 Mark. Uebelstr. 78,
I rechts. [26075*]
Laudenbau! Gebrauchte und neue
Latten, Felgen, Kautschuk, Bretter,
Löhren, Heber, Doppelpappe, Leer,
billig. Kottbuser Damm 22. [26065*]
Nähmaschinen, Adler, Urania,
Schickelshaus, Ringelreih, sowie Wasch-
und Bringmaschinen auf Teilzahlung
Preis, Staligerstr. 13a. [2233*]
Nähmaschinen aller Systeme be-
kannt Gustav Schmidt, Alexandrinen-
str. 7, Hof 2 Treppen. [1438*]
Nähmaschinengeschäft. Bienen-
str. 20. Ohne Anzahlung, inkonten-
tlich 100. Lager sämtlicher Systeme,
dauerhafte Reparaturen, fünfjährige
Garantie. Besichtigung ohne An-
zahlung. Sofortige Lieferung, auch
durch Postkarte. [783*]
Nähmaschinen, Adler, Urania,
Ringelreih, Bobbin, Wasch- und Bring-
maschinen auf Teilzahlung, Kolonnen
Wrangeistr. 118. [4658*]

Vermischte Anzeigen.
Francis Lecons 0,75. Professor
Parisien Pommereh, Breitestr. 19.
Electrochuit, neuer Abend-
kursus; 6 Mark monatlich. Jodion.
Alte Jodstr. 24. [26126*]
Anfallkassen, Klagen, Eingaben,
Restorationen, Puffer, Steigbügel-
str. 65. [22031*]
Patentanwalt Dammann, Oranien-
str. 67, Kottbuser. Grundbesitz
sofortiger Kauf abends bis neun.
Rechtsbureau, Rechtsanw., Notar-
teilung, Eingaben, Gesuche, Anträge,
str. dreizehnhäufig. [25736*]
Angebot, Köpenickerstr. 60,
Eben jeder Art für sämtliche Kranken-
kassen. [4718*]
Mastentrostmittel, verkauft
spezialbillig Wiedemannstr. 31. [156*]
Wästen verkauft billig Ferdinand
Hentke, Teichstr. 1. [34976*]
Anfertigung eleganter Herren-
garderobe, Teilzahlung gestattet.
Rarus, Kleine Frankfurterstr. 20. *
Wernans, Reiche, Schwedter-
str. 23/24. Zur Postzeit: Jeler
Dienst, den 19. d. Wts., Eidechsen-
essen verbunden mit französischer
Kaffeezeit. Freunde und Bekannte
lade ergebend ein. Gleichzeitig ein-
vierte meine Säle zu Versammlungen,
hochzeiten, Jubiläen jeder Art.
2 Regelmäßig, die besten im Norden,
zur gefälligen Benutzung bestens ein-
gesehen. Wernans. [757*]
Saal und Veranstaltung empfehl.
Nannsch, Juelstr. 10. [2062*]
Saal und Besetzungzimmer empfehl.
Langhans, Wittenbergstr. 21. *
Vereinigungszimmer frei, Krause,
Eberingstr. 10. [764*]
Vereinigungszimmer und Saal noch
einige Tage frei. Gold, Große Frank-
furterstr. 133. [741*]
Vereinigungszimmer zu vergeben,
Klein, Chausseestrasse 29. [757*]
Maschinenreparatur, Nieters, War-
schauerstr. 24. [26225*]

Vermischte Anzeigen.
Saal für Vereine noch einige
Sonnenabend frei. Wittenbergstr. 22.
Kottbuserstr. 38. [26226*]
Verloren Opernglas Sonntag im
Carl Weick Theater. Gegen Verlorenung,
10 Mark, abzugeben bei Forberg,
Kammelsburg, Weing. Allee 10a
Kaden. [6018*]
Kleiner schwarzer Spigbind ver-
loren gegangen. Wegen Verlorenung
abgegeben: Müller, Neue Wits
Allee 70. [5028*]
Vermietungen.
Wohnungen.
Vorort, Königs - Wälderhain,
Wohnungen jeder Art, mit und ohne
Gas, Wasserleitung, Kofel sofort oder
später billig zu vermieten. Näheres
beim Wirt, Antegarten 2. [14046]

Arbeitsmarkt.
Stellensuche.
Junger Arbeiter, 18 Wochen außer
Arbeit, sucht Arbeit bei Art. Elmer,
Swinowstr. 107. [26116*]
Schlafstelle in vermieten, Platz,
Chausseestrasse 29. [757*]
Schlafstelle für unständigen Herrn
Wittenbergstr. 56, Aufgang 6, II,
Witer. [26226*]
Schlafstelle, separat, billig, Post-
fachstr. 57, Schugelsch. [7112*]
Schlafstellen.
Schlafstelle in vermieten, Platz,
Chausseestrasse 29. [757*]
Schlafstelle für unständigen Herrn
Wittenbergstr. 56, Aufgang 6, II,
Witer. [26226*]
Schlafstelle, separat, billig, Post-
fachstr. 57, Schugelsch. [7112*]
Arbeitsmarkt.
Stellensuche.
Junger Arbeiter, 18 Wochen außer
Arbeit, sucht Arbeit bei Art. Elmer,
Swinowstr. 107. [26116*]

Stellensuche.
Wunder Stuhlrechter bittet um
Arbeitsstelle. Er wird gut geföhrt,
bietet werden abgeholt und juristisch
geleitet. Köpfer, Wittenbergstr. 27.
Zucht, Wittenbergstr. 27.
Friedrichs-
gradt 16, Frau 2311e. [5706*]
Stellensuche.
Goldleihenrechner verlangt
Kopierstr. 160/161. [26936*]
Färber, Wäster, Demonteur für
Herren- und Damenherberge geföhrt
Wiedemannstr. 6, Wäster, Neu-
Wäster, Wittenbergstr. 4. [4100*]
Fischererziehung verlangt G. Hoff-
mann, Köpferstr. 9. [7100*]
Gedächtnis Arbeiter zum Zusammen-
stellen und Regeln billiger Holz-
matten geföhrt. Eduard Wittenberg,
Kottbuserstr. 77/78. [26180*]
Verleihung für Wästerherberge sucht
Eduard Wittenbergstr. 4. [4100*]
Tüchtige Gardinier verlangt
Zentel, Wittenbergstr. 15. [26245*]
Sänger, Wästerherberge, verlangt
Kadonow, Wästerherberge 16, Quer-
gebäude portiere. [718*]
Korbmacher, Geföhrt auf Höhe-
steppen, Dölge, Oranienstr. 3. [26215*]
Kaufmännin sucht Beschäftigung,
Frankfurter Allee 50, bei Müller,
Quergebäude III. [741*]
20 Wästerherberge auf Wästerherberge
Wittenbergstr. 116. [25556*]
Wästerherberge, bessere Paletots, in
angemessenem Maße. Wästerherberge,
Wittenbergstr. 23. [26975*]
Tüchtige Wästerherberge, bessere Paletots
von 1,50 bis 2 Mark, verlangt
Kadonow, Wästerherberge 16. [26155*]
Wästerherberge auf Wästerherbergen,
Paletots, Capes verlangt Wästerherberge
str. 42, Wäster. [757*]
Treppe oder Stepper auf Capes
verlangt Wästerherberge, Wittenbergstr. 16 III.
Kartons - Arbeiterinnen finden
dauernde Beschäftigung bei gutem
Lohn bei Anders Kaufmännin,
Wästerherberge 7. [26095*]
Garderobenfranz zum Sonnenabend
verlangt Wernans, Schwedterstr. 23. [741*]

Eine perfekte Verkäuferin
für die Kolonial- und Wästerherberge-
branche für sofort gesucht.
Wästerherbergen wollen ihre Adresse
unter Beifügung der Zeugnisabschriften
an Hauptort des Konsumvereins
Berlin-Wästerherberge, Wästerherberge 31, abgeben.
Konsumverein Berlin-Wästerherberge,
08/11 (G. m. b. H.) J. A. Doede.
Stiegler - Gejell.
Wästerherberge kompetent, eine Wästerherberge zu
leiten und mit Wästerherbergen vertraut, er-
fährt Wästerherberge.
C. A. Andersen, Lund,
8152* Schweden.
Ein Fräulein,
23 Jahre alt, heiteren Temperaments,
mit vorzüglicher Schulbildung (Sachsen-
spricht fließend englisch und etwas
französisch), perfekt in gut hängendes
Nähen, auch in Handarbeiten sehr be-
wandert, wünscht Stellung. Gest.
Offerten erbeten an **Conrad Müller,**
Druckerei, Schlegelstr. 8, Leipzig. [8162*]
Achtung! Stuccateure!
Bei den Firmen Jäckel, Herri-
wich, Hänska haben sämtliche
Kollegen auf Grund des Angebots,
Beord zu arbeiten, die Arbeit nieder-
gelegt. Zugang ist streng ferngehalten.
173.4 Die Lohnkammer.
Achtung! Drechsler!
In der Wästerherberge von
H. Schmidt, Blumenstr. 30,
haben sämtliche Drechsler wegen Lohn-
differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zugang fernhalten. [776*]
Die Preisverwaltung.

Moriz Lewy wegen Meineids vor den Geschwornen.

(Telegraphischer Bericht.) Zweiter Tag der Verhandlung. Königs, den 14. Februar 1901.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Als erster Zeuge wird der Maurerpostler Läßle vernommen. Derselbe bekundet: Ich kenne Moriz Lewy von Jugend auf. Winter habe ich bei Lebzeiten nicht gekannt. — Präsi.: Als Sie aber die Photographie Winters nach dessen Tode sahen, da erinnerten Sie sich, letzteren bei Lebzeiten gesehen zu haben? — Zeuge: Ja, als die Photographie Winters bei dem Photographen Heyer ausgestellt wurde. Ich bin fast allabendlich durch die Danzigerstraße gegangen. Vor dem Lewyschen Hause stand oftmals Moriz Lewy und ein großer, kräftiger junger Mann, den ich nach der Photographie für Winter hielt. Bisweilen gingen die jungen Leute vor dem Lewyschen Hause auf und ab. Den jungen kräftigen Menschen habe ich auch einmal beobachtet, wie er vor dem Laden des Fleischer Hoffmann mit einem hübschen jungen Mädchen scherzte. Ich habe den jungen Menschen auch einmal beobachtet, wie er vor einem Schaufenster stehen blieb. — Präsi.: Zeuge, Sie sind wohl ein sehr neugieriger Herr? Es ist doch an sich gar nicht auffällig, daß ein junger Mann einem jungen Mädchen die Hand giebt und mit ihr scherzt, oder hatten Sie besondern Anlaß zu Ihren Beobachtungen? — Zeuge: Das war mir auffällig. — Präsi.: Sie wurden vom Landrichter Dr. Zimmermann vernommen und Ihnen Fräulein Martha Hoffmann, die jetzige Frau Lehmann vorgestellt. Diese, die bedeutend älter wie ihre Schwester ist, bezeichneten Sie als das junge Mädchen, das dem jungen Mann die Hand gegeben hat? — Zeuge: Ich habe mir das junge Mädchen so genau nicht angesehen. Wären mir beide Schwestern vorgestellt worden, dann hätte ich das richtige junge Mädchen schon herausgefunden. — Präsi.: Fräulein Anna Hoffmann, um die es sich doch nur handeln kann, war damals 14 Jahre alt? — Zeuge: Ich habe mir das Mädchen nicht so genau angesehen. — Der Präsident läßt Frau Lehmann, die jetzt 19 Jahre alt ist, vortreten. Zeugin Frau Lehmann: Ich habe wenig Aehnlichkeit mit meiner Schwester. Allerdings ist dieselbe so groß wie ich. Zeuge Maurerpostler Läßle erzählt weiter: Eines Abends sah ich wieder Moriz Lewy mit dem jungen Mann vor dem Lewyschen Laden stehen. Ein junges Mädchen klopfte den jungen Mann auf die Schulter. Moriz Lewy sagte darauf zu dem jungen Mann: „Sie können jetzt die junge Dame wegen Körperverletzung verklagen. Ich hab's gesehen.“ — Präsi.: Und Sie sind der Meinung, daß der junge Mann Winter war? Kennen Sie den Kaufmann Hugo Hartstod? — Zeuge: Jawohl, den kenne ich. — Präsi.: Es wurde Ihnen Fräulein Meta Casparh vorgestellt. War diese das junge Mädchen? — Zeuge: Nein. — Zeuge Maurerpostler Läßle kam gleich nach dem Vorrede zu mir und sagte: „Der Mord wird wohl in der Synagoge oder in dem Badehause geschehen sein; denn da sollen ja unterirdische Gänge sein.“ Ich antwortete: „Das ist unwahr.“ — Zeuge Läßle: Das ist nicht wahr. Läßle hat mir gesagt: „Unter dem Badehause sind unterirdische Gänge. Der Mord kann dort geschehen sein.“ — Nach eindringlicher Ermahnung durch den Präsidenten Landgerichtsdirektor Schwedowij giebt der Zeuge Läßle die Möglichkeit zu, gesagt zu haben: „Das Badehaus ist ein geeigneter Ort zur Ausführung des Mordes.“ — Hierauf erklärt Landrichter Dr. Zimmermann, der die Voruntersuchung geführt hat: Als ich Fräulein Martha Hoffmann dem Zeugen Läßle vorstellte, sagte Läßle: er kenne die Dame ganz genau wieder. Läßle bezeichnet heute Anna Hoffmann als die betreffende junge Dame. Alsdann erscheint als Zeuge der inzwischen durch den Gerichtsdiener persönlich geladene Lehrer Bloch. Derselbe sagt aus: Als der Maurerpostler Läßle mir sagte, daß er in Winter den jungen Mann wieder erkenne, der mit Moriz Lewy verkehrt habe, sagte ich zu ihm: es ist doch sehr gefährlich, jemand nach der Photographie wiederzuerkennen zu wollen. — Verteidiger Rechtsanwalt Sonnenfeld: Herr Zeuge, ist es richtig, daß Sie zu Läßle sagten: „Möchten Sie sich nicht da hinein, da es sich um Juden handelt?“ — Zeuge: Nein, es ist zwar möglich, aber ich glaube nicht, daß ich das gesagt habe. — Die Casparh ist 14 Jahre alt und kann deshalb nicht vereidigt werden. Als Winter schon tot war, im Mai 1900, habe ich Hugo Hartstod auf die Schulter geschlagen mit den Worten: „Lotte, wo bleibt meine Schokolade.“ Moriz Lewy, der vor der Thür des Lewyschen Hauses stand, sagte hierauf: „Sie können das Fräulein wegen Körperverletzung verklagen. Ich habe es gesehen.“ — Präsi.: Haben Sie auch Winter einmal auf die Schulter geklopft? — Zeugin: Nein. — Zeuge Läßle: Das war nicht die Dame. Die Betreffende war größer und älter. Es war auch im Januar 1900, kurz vor Hofers Geburtstag. — Präsi.: Fräulein Casparh, ist Ihre Schwester Meta größer als Sie? — Zeugin Rosa Casparh: Nein, kleiner. — Präsi.: Sie bleiben dabei, daß Sie nicht Winter, sondern Hartstod auf die Schulter geschlagen haben? — Zeugin: Jawohl. — Die nächste Zeugin Clara Lichtenberg befragt vollständig die Aussagen der Zeuginen. — Unter allgemeiner Spannung erscheint nunmehr der Kaufmann Hugo Hartstod, der mit Winter Aehnlichkeit haben soll, als Zeuge. Er sagt aus: Winter habe ich nicht gekannt, aber Moriz Lewy. Der Vorgang mit Rosa Casparh ist möglich. — Zeugin Dienstmädchen Regina Schulz: Ich habe zwei Jahre lang bei dem Kaufmann Kronheim in der Danzigerstraße neben dem Lewyschen Hause gedient. Ich kenne Winter und den Angeklagten. Ich habe Fräulein Casparh, Fräulein Zuchler, Winter und Moriz Lewy oftmals vor dem Lewyschen Laden stehen gesehen. — Präsi.: Fräulein Casparh und Fräulein Zuchler bestritten das aber. — Zeugin: Ich weiß das aber bestimmt. — Präsi.: Zeuge Hartstod, treten Sie einmal vor. (Zur Zeugin Regina Schulz.) War das vielleicht dieser junge Mann, der mit den Dreien dort gestanden hat? — Zeugin: Nein. — Präsi. (auf Hartstod deutend): Kennen Sie diesen jungen Mann? — Zeugin Regina Schulz: Ja. — Präsi.: Wer ist das denn? — Zeugin: Wie er heißt, weiß ich nicht, aber ich kenne ihn vom Sehen. — Präsi.: Also dieser junge Mann war's nicht? — Zeugin: Nein, es war Winter. — Präsi.: Sie wollen sagen: es war der junge Mann, den Ihnen andre Dienstmädchen als Winter gezeigt haben? — Zeugin: Ja. — Es wird sodann die Zeugin Selma Zuchler nochmals vorgelesen. Sie erklärt: Ich erinnere mich jetzt, mit Winter schon im Juni 1898 auf dem Langtundenball gewesen zu sein. Damals kannte ich Winter schon. — Präsi.: Zeugin, da Sie noch nicht vereidigt sind, so können Sie sich eventuell vor Meineid schützen, wenn Sie Ihre Aussage noch ändern. Ich frage Sie also, haben Sie einmal mit Moriz Lewy und Winter zusammen gestanden? — Zeugin: Nein. — Die Zeugin Meta Casparh wird ebenfalls vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß sie sich vor Meineid schützen könne, wenn sie gestern die Unwahrheit gesagt habe, heute ihre Aussage ändere. — Die Zeugin Meta Casparh bleibt aber mit großer Entschiedenheit dabei, daß sie weder jemals mit Winter und Lewy zusammen gewesen, noch die beiden zusammen gesehen habe. Sodann wird der Oberlehrer des Graudenzer Gymnasiums Professor Dr. Prätorius vernommen. Er hat einen Verkehr des Winter mit Lewy nicht gesehen und bekundet dann, daß Martha Hoffmann mit Speißiger auf- und abgegangen ist und dabei gesagt hat: „Wir müssen Moriz Lewy meineidig machen.“ — Präsi.: Dies hat Martha Hoffmann zugegeben. Nachdem Zeuge Oberlehrer Dr. Stöcker darauf hingewiesen, daß Kaufmann Kroll dem ermordeten Winter sehr ähnlich sehe und eine Verwechslung mit diesem möglich sei, wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal-Nieder-Schönweide. Heute, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Entleben in Johannisthal die Protokollversammlung gegen die Erhöhung der Getreidezölle statt. Parteigenossen, agitiert für einen zahlreichen Besuch. — Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, den 18. d. M. fällt dieser Versammlung wegen aus.

Spandau. Parteigenossen! Es ist dringend nötig, daß die ausgefallenen Fragebogen betr. die Wohnungsverhältnisse (siehe die letzte Nummer der „Laterna“) spätestens bis zum Sonntag, den 17. d. M., in die Hände des Genossen Rieger, Molkestraße 3, gelangen. In unserer aller Interesse liegt es, daß eine recht zahlreiche und umfassende Beantwortung der betreffenden Fragen erfolgt.

lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern die Magistratsvorlage über die Wiederverpachtung des öffentlichen Anschlagwesens an Raud u. Hartmann angenommen, ohne erst eine Vorberatung in einem Ausschuss für nötig zu halten. Anträge auf Ausschussberatung waren von der sozialdemokratischen Fraktion und von einem Teil der „Neuen Linken“ gestellt worden. Genosse Singer begründete die Notwendigkeit einer gewissenhaften Prüfung der Vorlage mit dem Hinweis auf den dreifachen Zensurzusatz, den die Firma Raud u. Hartmann auszubilden sich erlaubt. Im übrigen vertrat Singer auf neue die alte grundsätzliche Forderung, daß die Stadt das öffentliche Anschlagwesen in eigene Regie übernehmen soll. Wegen dieser Forderung wandte sich Herr Jacobi, der allemal dann auf dem Plan zu erscheinen pflegt, wenn die Verstadtlung eines Unternehmens vorgeschlagen wird. Herr Jacobi bekämpfte den Gedanken einer Verstadtlung des Anschlagwesens, indem er nicht vom Anschlagwesen, sondern von der Patentschiff-Fabrik sprach. Er sicherte sich damit einen Weiterleitserfolg.

Die Beratung der Magistratsvorlage über den Gas-Einheitspreis sollte in demselben Tempo erledigt werden; so war es wenigstens von der Mehrheit der Versammlung beabsichtigt — aber diesmal kam's anders. Singer forderte auch hier Vorberatung in einem Ausschuss, weil die Vorlage mit ihrer den kleinen Gewerbetreibenden schädigenden Verteuerung des gewerblichen Gases ernste Bedenken erregen muß. Auch Genosse Ewald sprach ein kräftiges Wortchen gegen die Verstadtlung zahlreicher, keineswegs bemittelter Abnehmer, die in der Vorlage beabsichtigt ist. Nach längerem Hin und Wieder wurde der Antrag auf Ausschussberatung mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Die Versammlung wollte sodann zur zweiten Beratung schreiten und ihr Werk mit sofortiger Annahme der Vorlage krönen, aber da machte Singer den Gasverteuerern einen Strich durch die Rechnung, indem er auf Grund der Geschäftsordnung gegen die sofortige Vornahme der zweiten Beratung Einspruch erhob. Die Weiterberatung mußte danach bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt werden.

In der geheimen Sitzung wurde der Antrag auf öffentliche Ausschreibung des Bürgermeisterpostens, der in der vorigen Sitzung von unsren Genossen gestellt, aber von der Meubrinfluancen selber von neuem eingebracht und dann fast einstimmig angenommen. Selbstverständlich haben die um Cassel keineswegs die Absicht abgegeben, Herrn Meubrinck den ersehnten Bürgermeisterposten zu verschaffen. Es heißt, Herr Meubrinck habe inzwischen die Zusage erhalten, daß ihm der Posten eines Ober-Verwaltungsgerichtsrats bis zur Entscheidung über die Bürgermeisterwahl frei gehalten werden soll; das scheint seine Freunde zu dieser nachträglichen Konzession an die öffentliche Meinung bestimmt zu haben.

Die Bädermeister und die Hausbesitzer ruiniert. Das ist die Folge der neuen Bäderverordnung, wie der Hausbesitzerverein „Eiden“ am Mittwoch in seiner Versammlung festzustellen beliebte. Wie der Obermeister der Bäderreinigung, Gemenhardt, den Hausbesitzern darlegte, entsprechen 90 Proz. ihrer Kellerlöcher, die sie zu Bädereien vermietet haben, nicht den neuen Vorschriften der Bäderverordnung, und da eine Umänderung kaum möglich ist, so müßten die Räumlichkeiten nach Ablauf der Kurenzeit geschlossen werden. Wenn das der Fall ist, und wie haben keinen Grund daran zu zweifeln, dann hätte der Obermeister der Bäderreinigung nur den Beweis geliefert, daß die vom Verband der Bädereffellen veranlaßte statistische Aufnahme über die Zustände in den Bädereien, eher zu rosig als zu schwarz die Lage schilderte. Denn wenn nur 10 Proz. der Bädereien den bestehenden Ansprüchen der neuen Verordnung entsprechen, dann ist damit nur bezeugt, daß gerade unerhörte Zustände in den Bädereien herrschen, und nicht nur im Interesse der Bädereffellen, sondern auch der Konsumenten möglichst schnell mit diesen Schmutzlöchern aufgeräumt werden muß. Wir wollen gern glauben, daß diese Räume von den Herren Hauswirten zu andren Zwecken überhaupt nicht vermietet werden können, aber uns erschüttert diese Frage nicht, wie denn überhaupt der Bevölkerung ein tiefes Mitempfinden für die Hauswirtsinteressen abhanden gekommen ist.

Wir werden aber erst ein richtiges Bild von den sanitären Zuständen in den Bädereidreibern bekommen, wenn wir uns vergegenwärtigen, was denn die neue Bäderverordnung Unbilliges in Bezug auf die Arbeitsräume verlangt: Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als ein halbes Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. Die Arbeitsräume müssen mindestens drei Meter hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Teile der Räume Licht und Luft in ausreichender Weise zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zweck der Lüftung ausbreitend geöffnet werden können.

Die Arbeitsräume dürfen nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Bedürfnisanstalten stehen. Die Abzugsröhre der Ausgüsse und Klosets dürfen nicht durch die Arbeitsräume geführt werden.

Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, sich umzuwaschen und zu waschen. Die Arbeitsräume dürfen zu andern, mit dem ordnungsmäßigen Betriebe nicht zu vereinbarenden Zwecken, insbesondere als Waschküche oder Wohnräume nicht benutzt werden.

Die Schlafräume der Gehilfen und Lehrlinge dürfen nicht in solcher Nähe zum Wadofen liegen, daß in ihnen eine übermäßige Hitze herrscht. Auch dürfen sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Bedürfnisanstalten stehen.

Das sind die hauptsächlichsten und wohl einschneidendsten Bestimmungen der Verordnung. Für jeden Betrieb sind solche sanitären Anforderungen geradezu unerlässlich, vor allem aber in einem Betriebe, wo ein mitunter wichtigstes Lebensmittel hergestellt wird. Weigert sich hiergegen die Zunung und Abtreibt mit den Hausbesitzern gemeinsam, daß beide dem Ruin entgegen geführt werden, wie es in der angenommenen Resolution der Grundbesitzer heißt, wenn diese Verordnung durchgesetzt wird, dann bekundet sie damit nur, wie unfähig diese Zunung ist, Missethäter in eigenen Gewerbe zu beseitigen, und daß gegen diesen Unverstand nur eine strenge behördliche Kontrolle helfen kann. Wenn die Herren in ihrer Rot schließlich beschloffen haben, gemeinsam eine Deputation an Herrn

Nosobowitsch zu entsenden, so mögen sie wohl auf dem rechten Wege sein; das ist eine Stelle, wo sie hoffen können, „Verständnis“ für ihre Klage zu finden.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Die Schulpflicht der Kinder beginnt in Berlin mit dem zurückgelegten 6. Lebensjahre. Die Eltern, Vormünder, Pflegeeltern etc. von Kindern, welche in eine der hiesigen Gemeindeschulen zum 1. April d. J. aufgenommen werden sollen, haben sich bis spätestens den 1. März er., mit den Impfscheinen der Kinder bei der Schulkommission ihres Wohnbezirks zur Einschulung der betreffenden Kinder zu melden. Die Schulkommissionen sind berechtigt, auch die Beibringung der Geburtsurkunde der Kinder zu verlangen. Im Falle der Bedürftigkeit können Formulare zur kostenfreien Erlangung der Geburtsurkunde für die in Berlin geborenen Kinder von den Bezirksvorstehern in Empfang genommen werden. Diejenigen Eltern etc., welche am 1. April ihre Wohnung verlegen, und die Lage der neuen Wohnung bereits kennen, thun am besten, wenn sie die Anmeldung ihrer Kinder bei derjenigen Schulkommission bewirken, in deren Bezirk ihre neue Wohnung liegt.

Berliner Geburten. Im Jahre 1900 sind in Berlin, nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen, rund 49 800 Kinder lebend und 1839 tot geboren worden. Diese Zahlen können sich durch verspätet eingehende Meldungen nur noch unwesentlich erhöhen. Im Jahre 1899 wurden, nach der letzten Aufstellung des Berliner Statistischen Amtes, 49 157 Kinder lebend und 1767 tot geboren. Die Zahl der lebend Gebornen hat also 1900 um mehr als 600, die der Totgeborenen um 72 zugenommen. Im ganzen ergibt sich für 1900 eine Steigerung um rund 700 Geburten — eine nur mäßige Zunahme im Verhältnis zu der gleichzeitigen Erhöhung der Bevölkerungszahl. Der Geburtenüberschuss stellt sich für 1900, da über 35 400 Sterbefälle (ohne die Totgeburten) gemeldet wurden, auf knapp 14 400. Dagegen betrug der Geburtenüberschuss 1899, wo 34 011 Sterbefälle (ohne die Totgeburten) zur Meldung gekommen waren, über 15 100.

Die Verlegung der Engros-Markthalle beschäftigt gegenwärtig wieder die städtischen Körperschaften. Sowohl in Magistrats- wie in Stadtverordnetenkreisen ist man der Ueberzeugung, daß der Engros-Verkehr der Central-Markthalle nicht mehr ins Centrum der Stadt gehört und seine Verlegung in einen Außenbezirk aus hygienischen und rein praktischen Gründen unbedingt notwendig geworden ist. Das durch diese Maßnahme frei werdende städtische Terrain würde sofort Verwertung finden. Es liegen schon jetzt Erklärungen der Eisenbahnverwaltung vor, daß sie den Platz eventuell übernehmen will. Im Gegensatz zu allen andren Markthallen ist die Markthalle dem Verkehr nicht mehr gewachsen. Besonders nachteilig wird empfunden, daß vom Bahnhof Alexanderplatz aus nur ein Schienenstrang zur Central-Markthalle führt, auf welchem die gesamten von außerhalb kommenden Waren befördert werden müssen. Einen zweiten Schienenstrang zu legen oder ein Geleise des Güterbahnhofs Alexanderplatz für den Transport von Waren zur Engros-Markthalle freizugeben, erklärt die Eisenbahnverwaltung insofern der Ueberlastung dieses Güterbahnhofs für unmöglich. Es läßt sich daher nicht verhindern, daß das Ausladen der Waggons nicht sofort beim Eintreffen der Waren erfolgen kann. Durch diese Verlegung wird oft großer Schaden verursacht, indem ganze Ladungen von Lebensmitteln den Unbilden der Witterung preisgegeben werden und verderben. Alle diese Umstände, besonders aber die Unzulänglichkeiten im Fleisch-Engrosverkehr, haben die städtischen Behörden veranlaßt, die Verlegung der Engros-Markthalle in Erwägung zu ziehen, obgleich es große Schwierigkeiten macht, ein geeignetes Terrain für diesen Zweck zu finden.

Bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft machte sich die allgemein herrschende Kohlenverknappung in den letzten Tagen in recht empfindlicher Weise bemerkbar. Wie es heißt, sind die Motorwagen der „Großen Berliner“ sämtlich mit Heizungsvoorzrichtungen versehen, die bestimmungsgemäß bei einer Kälte-Temperatur von 4 Grad in Verwendung genommen werden sollen. Am Mittwoch, wo die Quecksilbersäule beinahe bis auf 7 Grad Kälte gesunken war, blieben jedoch die Wagen der nach Nixdorf führenden Linien ungebraucht und auf Vertragen erklärten die Schaffner, daß keine Kohlen vorhanden seien. Die Direktion ist wohl gegenwärtig so sehr mit Reformen beschäftigt, daß zur Beseitigung der Kohlennot keine Zeit übrig bleibt.

Die Große Berliner Straßenbahn hat, wie berichtet, neuerdings in der Einnahme von Zeitkarten die Erleichterung eingeführt, daß Zeitkarten, die lediglich zu erneuern sind, und bei denen kein Wechsel der Linien gewünscht wird, auch auf sämtlichen Bahnhöfen entnommen werden können. Da die Karten früher auf den Bahnhöfen auch schriftlich bestellt werden konnten, so hat man vielfach angenommen, daß diese Bestellung auch jetzt noch erforderlich ist. Das ist nicht der Fall, da die Karten ohne weiteres an den näher bezeichneten Tagen auf den Bahnhöfen erneuert werden können. Es ist lediglich die alte Karte dabei vorzulegen. Die Einnahme von Karten auf den Bahnhöfen kann stattfinden vom 25. jeden Monats an von 9-12 und 2-6, an den beiden ersten und letzten Tagen des Monats von 9-6 Uhr.

Die Dauerballonfahrt, deren Zustandekommen das anerkannte Verdienst des Herrn Zekeli in Potsdam ist, die aber im vergangenen Herbst infolge des Verlusts mit dem Schleppeil leider ein so vorzeitiges Ende genommen hat, soll schon in diesem Frühjahr wiederholt werden. Es wird ein ganz neuer Ballon gebaut. Sein Heftungsvermögen soll nicht weniger als 10 000 Kubikmeter betragen. Der neue Ballon wird also den Ballon vom vorigen Herbst, den größten bisher frei schwebenden Ballon nach um volle tausend Kubikmeter übertreffen. Seine Tragfähigkeit ist auf 140 Centner berechnet. Die Ursache des Mißlingens der ersten Ballonfahrt vom September vorigen Jahres, das schwere Schleppeil, wird ganz vermieden werden. An seine Stelle tritt ein Hängeseil von geringem Gewicht. Der dadurch erzielte Gewinn an Tragfähigkeit soll einer Schwinnschraube zu gute kommen. Diese wird an den Seiten der Gondel angebracht, um diese nötigenfalls über Wasser zu halten und einen Niederritt über der See zu ermöglichen. Auch andre Neuerungen sind für die Ausrüstung des Ballons geplant. Neben meteorologischen und physikalischen Beobachtungen ist der Hauptzweck der Fahrt wiederum die Lösung der Frage, wie lange ein Ballon von so großer Tragfähigkeit freischwebend in der Luft erhalten werden kann. Für die Leitung der Fahrt hat Herr Zekeli in Potsdam eine ausländische Autorität auf dem Gebiete der Luftschiffahrt gewonnen. Unter dem Begründer der ersten Dauer-Ballonfahrt Herrn Zekeli in Potsdam wird sich diesmal ein ausländischer Fachmann und außerdem ein hervorragender Geograph des Auslands und ein deutscher Gelehrter beteiligen, so daß die Fahrt wiederum vier Teilnehmer zählen wird. Es ist zu hoffen, daß das große Unternehmen nach Ueberwindung von so vielen und großen Schwierigkeiten endlich Erfolg haben wird.

Ein „ausbaldowertter“ Einbruchdiebstahl, bei welchem die Einbrüche reiche Beute gemacht haben, ist in der Nacht zum Donnerstag in dem Hause Lindenstraße 105, in den Geschäftsräumen des Cigarrenhändlers Steinhauf verübt worden. In dem Hause befindet sich auch eine Filiale der Restaurations-Gesellschaft „Vierglocke“, in welchem ein 23-jähriges polnisches Dienstmädchen angestellt ist. Schon seit mehreren Abenden beobachtete die deutsche Sprache nur wenig mächtige Person, daß drei Männer, nachdem der Cigarrenladen geschlossen war, sich auf den Hof schlichen und an der Thür des Zimmers, das an den Ladenraum des Et. Hens Geschäftes stößt und in dem sich Kleider und Waren befinden, klopften und schloßen. Sobald jedoch Personen über den Hof kamen, verschwanden die Fremden. Am gestrigen Morgen gegen 8 Uhr war das Mädchen mit der Reinigung der Restaurationsräume beschäftigt und aus der Thür heraus-

freud, bemerkte es, daß auf der Straße ein Schlächterwagen stand, und daß die ihr nun schon bekannten Fremden in dem Cigarrenladen „arbeiten“. Sie schleppten große Palette herans und luden dieselben auf das Gefährt, um schließlich nach halbständiger Arbeit davonzufahren. Als gegen 7 Uhr morgens Herr St. seinen Laden öffnen wollte, fand er das Fenster des Nebenraums seines Geschäfts geöffnet, die Fensterhebe war mit einem Glaserdiamanten durchschnitten und dann herausgehoben. Die Einbrecher hatten 75 M. bares Geld, mehrere Wertpapiere der Mitteldeutschen Kreditbank, den ganzen Vorrat von Reichsmarken, viele Lotterielose, große Posten Cigarren, den gesamten Schmuck der Frau St., sowie die seidernen Kleider derselben gestohlen. Auch die Geschäftsbücher hatten die Diebe merklich sorgfältiger mitgehen lassen. Leider kann die Augenzeugin des Diebstahls, welche sich gefürchtet hat, Laam zu schlagen, eine genauere Beschreibung von den Verbrechern nicht geben.

Vergeßlich gearbeitet haben Einbrecher, welche vorgestern Nacht der Kaffeehandlung von Engelmann, Voltowstr. 15 einen Besuch abstatten wollten. Die Verbrecher, nach der geleisteten „Arbeit“ zu urteilen, „schwere Jungens“, hatten zwei der nach dem Comptoir führenden Thüren mit besonderen Diebesinstrumenten eingeschritten und die Haltungen derselben ausgehoben und versuchten, dann noch in gleicher Weise eine dritte Thüre zu öffnen. Bei dieser Thätigkeit sind sie jedoch allem Anschein nach gestört worden. Bei dem Einbruchversuch dürften vermuthlich drei Personen betheiligt gewesen sein.

Einen schwingvollen Handel mit Fleischwaren trieben die drei Schlächtergesellen Hellwig, Müller und Linke, von denen die beiden ersten bei dem Schlächtermeister Kanacke in Spandau, Adamstraße 6, in Stellung waren. Herr A. hatte schon seit längerer Zeit bemerkt, daß der Abzug an Fleisch- und Wurstwaren in seinem Geschäft ein auffallend großer war, während die Einnahmen keine entsprechende Steigerung erfuhren. Vor einigen Tagen wurde der Schlächtermeister darauf aufmerksam gemacht, daß seine beiden Gesellen, sowie der in demselben Hause wohnende stellungsgelose Schlächtergeselle Linke einem fremden Manne häufig Palette verabsolgt, die der Letztere in einem Sad forschaffe. Bei einer daraufhin sofort vorgenommenen Revision der Gesellenwohnung wurde in zwei Koffern versteckt eine Anzahl verschiedener Würste und Fleisch, die an demselben Tage gestohlen worden waren, entdeckt. Die drei wurden sofort in Haft genommen und haben bereits ein Geständnis abgelegt. Ueber den Verbleib der Waren, die jedenfalls nach Berlin gegangen sind, verweigert jedoch das Konfessionum jede Auskunft. Herr A. klagt den Verlust, den er nach und nach erlitten, auf mehrere Laufende Mark.

Eine Diebesbande, die ihr Augenmerk auf die verlassenen und unbeaufsichtigten Schlafräume von Wädereffellen richtet und in mehreren Fällen Erfolg gehabt hatte, wurde bei einem Besuch in der Alten Schönhauserstraße abgefaßt. Dem Wädereffeller des Wädereffellers M. fiel auf, daß die Thüre zur Gesellenstube um 7 Uhr morgens offen stand. In der richtigen Vermuthung, daß dort Diebe eingedrungen seien, schloß er sofort die Handthüre ab, um sie nicht entweichen zu lassen. Das hatten aber die Spigbuben gemerkt und erreichten durch den Loden glücklich die Straße. Während der eine Dieb entkam, konnte der zweite nach harter Gegenwehr festgenommen und als der Wädereffelle G. festgesetzt werden. Er führte viele Schlüssel und sonstiges Diebeshandwerkzeug mit sich. Der entwichene Dieb hatte die aus dem erbrochenen Kleiderspind entnommenen Uhren in Sicherheit gebracht.

Wegen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit hat der 63 Jahre alte Bäckermeister Rudolf Stelz aus der Marienburgerstr. 30 zum Strid gegriffen. Seine Lage hatte ihn lebensüberdrüssig gemacht und er begab sich am Mittwochmorgen auf die Abwesenheit seiner Frau, um sich an einer Wäscheleine auf dem Boden zu erhängen. Als die Ehefrau nach längerem Suchen am Abend nach dem Boden kam, fand sie ihn als Leiche auf.

Von seinem Wagen überfahren und schwer verletzt wurde Mittwochmorgen um 5 1/2 Uhr der 37 Jahre alte Steinlischer August Köchel aus der Schönholzerstr. 4. Er hatte in der Schönhauser Allee gefahren, seine Pferde zogen zu früh an, er geriet infolge der Glätte unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß ein Koppfcher Rettungswagen ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen mußte.

Einer traurigen Zukunft geht der junge Kaufmann Fritz Schulte entgegen, der sich am Dienstagabend aus Verborgnis, keine passende Stellung zu erlangen, auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof aus einem Revolver zwei Schüsse in den Kopf beibrachte. In dem Krankenhaus, wohin ihn ein Sanjmann brachte, hat sich sein Befinden zwar soweit gebessert, daß eine Gefahr für sein Leben nicht zu besorgen scheint, aber die Wundheilung, die die Geschosse nahmen, war eine so unglückliche, daß das Sebermögen auf beiden Augen geschwunden ist. Gegenwärtig besteht keine Aussicht, daß sich das Augenlicht wieder einstellen wird.

Feuer mit Musik gab es gestern (Donnerstag) früh in der Destillation von A. Zoben, Fischerstraße 3. Kurz nach 4 Uhr wurden die im ersten Stock über der Wäschestube schlafenden Eheleute durch ein starkes Gepolter aus dem Schlafe gerüttelt, wobei sie die Beobachtung machten, daß die Schlaf- und Wochstube bereits total verqualmt war. Sie eilten die Treppe hinab und fanden den Wäschestraum in hellen Flammen. Das Wäsch mit seinen Gläsern und Flaschen war schon vorher zusammengeknallt und hatte durch sein Gepolter die Wirtsleute gerüttelt, die sonst sicher im Schlafe erstickt wären. Als die Feuerwehre erschien, wurden Sappure vorgebracht, die aber infolge der starken Verqualmung nur am Boden kriechend durch das vordere Gasszimmer an den Brandherd gelangen konnten. Ihr Vordringen wurde plötzlich durch fröhliche Orchestermusik unterbrochen, die aus einem Nebenzimmer kam. Ein dort aufgestelltes großes, durch Electricität betriebenes Orchester schmetterte den Jubelmarsch von Langer und die August-Quadrille von Strauß durch Rauch und Flammen, um dann „Das ist der Tag des Herrn“ anzuschlagen. Den Feuerwehrlenten erschien diese musikalische Löscharbeit als etwas ganz Neues. Die Erklärung für die plötzlich entstandene Spielwut des Orchesters war auch bald gefunden. Der das Instrument bedienende elektrische Draht hatte durch das Feuer Kurzschluß bekommen und dadurch die Musikwalze in Bewegung gesetzt. Durch Ausschaltung des Stroms wurde das Instrument zum Schweigen gebracht, doch setzte es bald darauf nochmals von neuem ein, da sein Leitungsdraht mit den geschmolzenen Beleuchtungsdrähten in Verbindung kam. Das Feuer konnte mit einer Schlauchleitung abgelöscht werden, hat aber dem Wirt erheblichen Schaden zugefügt.

Drei Personen bei einem Brande gerettet! Große Aufregung herrschte gestern (Donnerstag) Abend Hufitenstr. 42 bei einem Brande. Eine Mutter warf in der Verzweiflung ihren zwei-jährigen Sohn aus der zweiten Etage herab, der aber glücklicherweise von einem Arbeiter mit den bloßen Armen aufgefangen wurde. Ein zweites Kind sowie die betreffende Frau wurde durch die Energie eines Grünkrahndlers gerettet. Ueber den aufregenden Vorfall haben wir folgendes ermittelt: Im ersten Stock des Seitenflügels Hufitenstr. 42 hat eine Frau Drewele eine Küche gemietet, die als Wohnung diente. Frau D. ist den Tag über auf Arbeit und kommt erst in den Abendstunden zurück. Als sie gestern Abend gegen 6 Uhr heimkehrte und die Küchenthür öffnete, schlugen ihr Rauch und Flammen entgegen. Zu der ersten Bestürzung vergaß sie die Thüre wieder zu schließen, so daß binnen wenigen Sekunden die Treppe total verqualmt war. Frau D. schlug zwar sofort Feuerlarm, doch war es für die über dem Brandherde im zweiten Stock sich aufhaltenden Personen bereits zu spät, durch den dicken Rauch ins Freie zu dringen. Am härtesten war die Wohnung einer Frau Gule bedroht, da hier der Rauch durch den Fußboden drang. Im Zimmer befand sich Frau Gule mit ihrem zwei-jährigen Sohne und einem fünf-jährigen Mädchen aus der Nachbarhaft, das zu Besuch gekommen war. Da sich kein

ander Ausgang bot, rief Frau Gule in ihrer Verzweiflung nach dem Hof hinab, daß sie ihr Kind hinabwerfen und dann nachspringen werde. Wirklich flog auch in der nächsten Sekunde ihr Sohn durch die Luft. Zwar hatten sich auf dem Hof bereits eine größere Zahl von Personen eingefunden, innerhin aber war der Verzweiflungsschritt der Mutter sehr gewagt. Ein Dutzend Arme stürzten sich aus und dem Arbeiter Mag Gurtzschle, Hufitenstr. 41 wohnhaft, gelang es, das Kind sicher aufzufangen. Schon machte Frau Gule Anstalt, auch das fünf-jährige Mädchen ebenfalls hinabzuwerfen, als sie von diesem Schritt zurückgehalten wurde. Der Grünkrahndler Gauerl war nämlich durch den dicken Qualm nach oben gedrungen, wo er kurzer Hand das Mädchen samt der Frau erfaßte und beide im Sturm über die Treppe ins Freie führte. Söblich erschöpft nahm die Mutter ihr gerettetes Kind entgegen, um dann in einen kramphastigen Zustand zu verfallen. Die mittlerweile eingetretene — übrigens zu spät benachrichtigte — Feuerwehre mußte mit Hakenleitern zum Brandherd vordringen. Leider ist Frau Drewele nicht verheiratet.

Im den Besuchern der Treptom-Steinwarte, die jetzt den Mars in der Erdnähe beobachten wollen, gleichzeitig einen erläuternden Vortrag zu bieten, spricht Direktor Archenhold am Sonntag, den 17. Februar, abends um 7 und um 9 Uhr, über „Unsere Planeten, insbesondere Mars.“ Mit dem Kiefernrefraktor kann von 2-4 die Sonne, von 4-6 die Capella, von 6-8 der Orionnebel, von 8-12 Uhr nachts der Mars beobachtet werden.

Ringkämpfe im Circus Schumann. Am Mittwochabend stellte sich Sabes II dem Pietro le Beige gegenüber. Der Kampf währte 27 Minuten, bis es schließlich dem Sines Pietro gelang, seinen Gegner auf einen Genicksschlag hin zu besiegen. Als zweites Paar praxentrierte sich Pietro II (Galger) mit Arer (Domburg). Der Kampf war sehr heftig. Pietro gelang es schließlich nach 21 Minuten seinen Gegner zu werfen. Zum Schluss rang Klatt (Tarte) mit dem Pariser Vorange. Alle heftige Gegenwehr seitens des Franzosen nuzte nichts, Klatt warf ihn in einer Minute.

Aus den Nachbarorten.

Bei den gestern fortgesetzten Gemeindevahlen in Nichtenberg gelang es den Freisinnigen, sechs Mandate in der II. Wählerklasse zu behaupten, während noch zwei Stichwahlen zwischen Freisinn und Konservativen vorzunehmen sind. Unser Parteigenossen haben das Jünglein der Wage in der Hand. Fest steht, daß durch den Eintritt von acht Socialdemokraten in das Dorparlament es gelungen ist, den Parteigenossen einen größeren Einfluß als bisher zu sichern.

Niedorf. Wegen Erhöhung des behördlich festgesetzten ortsfälligen Tagelohns, die der Stadt. Wach (Soc.) angeregt hatte, war es seiner Zeit in der Gewerbe-Deputation zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Der Antragsteller wies nach, daß bei dem augenblicklichen Satz von 2.40 M. viele Niedorfer Arbeiter als Kranken-Mitglieder ganz erheblich benachteiligt seien. Schließlich wurde der weise Beschluß gefaßt, erst die Erledigung der in Aussicht gestellten Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz abzuwarten. Mit diesem Beschluß ist nun die wohlthätige Mehrheit der Deputation gründlich hineingefallen. Was sie nicht anregen wollte, das bereitet jetzt die Regierung selber vor. In der letzten Sitzung der Gewerbe-Deputation hatten die Vertreter der Arbeiterschaft die Genehmigung zu hören, daß die Regierung den Magistrat aufgefordert hat, schon jetzt nachzufragen, ob der festgesetzte ortsfällige Tagelohn den derzeitigen Verhältnissen noch entspricht. Eine gleiche Anordnung soll auch an andre Gemeinden ergangen sein.

Johannisdorf. An den Gemeindevorsteher dieses Orts war vor kurzem ein von sämtlichen Gemeindevorordneten unterzeichnetes Gesuch gerichtet, er möge in Rücksicht auf sein Alter und im Interesse der Gemeinde sein Amt niederlegen. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung erklärte nun der Vorsteher, daß er diesem Wunsch nachkommen werde, und zum 1. April sein Amt niederlege. In einer am 23. d. M. aberaumten Sitzung soll die Wahl eines neuen Gemeindevorstehers erfolgen.

In der Spandauer Entschigungsfrage hat das Kriegsministerium jetzt an den Magistrat eine Mitteilung gelangen lassen, wonach gegen den von der Stadt eingereichten Bebauungsplan principielle Einwendungen von Seiten des Militärstabs nicht erhoben werden. Der Kriegsminister teilt weiter mit, daß zunächst Umfrage bei den militärischen Instanzen, insbesondere den Directionen der Militärwerkstätten, gehalten worden ist, inwieweit diese einzelne Teile des freizubehaltenden Geländes für sich beanspruchen. Sobald diese Bedürfnisse dem Minister bekannt sind, ist er seinerseits bereit, die Angelegenheit nach Möglichkeit zu beschleunigen. Das Garde-Fußartillerie-Regiment hat für sich den Wunsch ausgesprochen, Position II erhalten zu sehen, um darauf auch künftighin Übungen abhalten zu können. Ein sehr bedeutender Teil des Festungsgeländes wird zu Exercierplätzen für die Infanterie, zur Erweiterung militärischer Werkstätten und als Bauplatz für Kasernenbauten verwendet werden.

Geriichts-Beitung.

Die Berliner Mitgliedschaft des Verbands der Handlungs-Gehilfen und Gehilfinnen Deutschlands wurde 1899 vom Polizeipräsidenten für einen Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes erklärt und der Bevollmächtigte Friedländer angefordert, ein Exemplar des Statuts und ein Mitgliedsverzeichnis der Polizei einzureichen. Friedländer schickte die Verfügung im Verwaltungsstellenverfahren an. Er bestritt, daß die Berliner Mitgliedschaft ein selbständiger Verein sei und daß eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt werde. Nachdem der Oberpräsident seine Beschwerde verworfen hatte, lagte er, vertreten durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, beim Ober-Verwaltungsgericht, dessen erster Senat sich in seiner letzten Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigte. Dem Bericht lagen unter andrem auch die Polizeiakten vor. Nach einem der Berichte hat sich Friedländer in einer Mitgliederversammlung für den gesetzlichen Schluß-Ladenschluß ausgesprochen. Aus einem andern Bericht wurde vorgelesen, in welcher Weise eine vom Vertrauensmann einberufene öffentliche Versammlung der Handelsangehörigen zu dem damaligen Schutzgegenstand Novelle zur Gewerbe-Ordnung Stellung genommen hat. — Rechtsanwalt Wolfgang Heine beantragte die Aufhebung der polizeilichen Verfügung, indem er folgendes ausführte: Bei Erörterung der Frage, ob der Verband auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, sei zunächst auf das Statut zurückzugreifen. Und da könne dann nur das Statut in Frage kommen, das die erste Generalversammlung des Verbands in Frankfurt a. Main am 30. Mai 1898 beschloffen habe, nicht etwa das provisorische Statut von vorher, worin noch als ein Zweck bezeichnet gewesen sei die Agitation für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Nach dem Statut von 1898 bezwecke nun der Verband die allseitige Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Da also lediglich die Interessen der Mitglieder gefördert werden sollen, sei nicht an eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten gedacht worden. Wenn nun Friedländer in einer Versammlung der Berliner Mitgliedschaft für den gesetzlichen Schluß-Ladenschluß gesprochen habe, so könne man auf diese Thatsache allein ein entscheidendes Gewicht nicht legen, und andre Thatsachen, die zu Ungunsten des Klägers ausgelegt werden könnten, lägen nicht vor. Die öffentliche Versammlung, in der Paul Singer über den Schutzgegenstand gesprochen, sei hier absolut nicht zu berücksichtigen, denn sie sei für alle Berliner Handelsangehörigen vom Vertrauensmann und nicht vom Bevollmächtigten der Berliner Verbandmitglieder einberufen worden, habe also nur dem Verbandspar nicht zu thun. Eine Absicht, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, könne aus den angeführten Gründen nicht angenommen werden. Aber auch die zweite zur Entscheidung stehende Frage, ob die Berliner Mitgliedschaft einen besonderen Verein bilde und der Bevollmächtigte ihr Vorsteher sei, müsse verneint werden. Entscheidend sei § 3 des Statuts, welcher bestimmt: „Für Orte, an welchen eine genügende Anzahl von Mitgliedern vorhanden

ist, sind vom Vorstand Bevollmächtigte zu ernennen, die nach Anweisung des Vorstandes Beiträge und Austrittserklärungen entgegen nehmen, die Beiträge der Mitglieder einfordern, die Agitation am Ort betreiben und am Schluß eines jeden Kalender-Vierteljahrs dem Vorstand eine genaue Abrechnung einzureichen haben.“ Der Bevollmächtigte sei also nur der Beauftragte des Vorstandes. Er könne nicht einmal selbständig Mitglieder in den Verband aufnehmen, denn man werde erst Mitglied, wenn der Vorstand in Hamburg die Aufnahme nicht verweigere. Die in Berlin anwesenden Mitglieder würden noch nicht zu einem organisierten Verein. Es gebe vielmehr in Berlin nur eine Anzahl Mitglieder des Centralverbands. — Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber die Klage ab, ohne daß Gründe verhandelt wurden.

Die anarchische Zeitschrift „Neues Leben“ brachte im November vorigen Jahres einen Artikel, der den Verfasser und Redacteur des genannten Blatts, Karl Hornikel, gestern unter der Auflage der Verleumdung durch die Presse vor die vierte Strafammer des Landgerichts I führte. Der Vorgänger des Angeklagten, der Redacteur Albrecht, hatte einen Artikel veröffentlicht, der die Thaten der Anarchisten verherrlichte und zur Nachahmung von geschleichen Gewaltthaten anforderte. Albrecht sollte verhaftet werden, er war aber nicht zu ermitteln. Die Polizeibeamten suchten ihn wiederholt vergeblich in seiner Wohnung. Bei einem dieser Besuche trafen sie die Ehefrau Albrecht in einem kranken Zustand an, sie war kurz zuvor einer Operation unterworfen worden. Dieser Umstand veranlaßte den Angeklagten zur Veröffentlichung des beanstandeten Artikels: Er behauptete darin, daß die Beamten die Kranke in aufdringlichster und rohester Weise belästigt hätten. Durch die Beweisnahme wurde dargethan, daß die Beamten sich rücksichtsvoll benommen hätten. Sie waren nur leise durch das Zimmer gegangen, in dem die Kranke lag, um sich zu überzeugen, ob der Gedachte sich im Hinterzimmer befände. Allerdings hätte die Kranke zu einer andren Person gehöhert, daß sie sich durch die häufigen Besuche der Beamten belästigt fühle und dies war dem Angeklagten in verästelter Form vorgetragen worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, der Gerichtshof belieh es indessen bei einer Geldstrafe von 100 Mark.

Unter der Auflage des versuchten Mords stand gestern der Kellerer Walter K r a n e s vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Es handelte sich wieder um eine der bekanntesten Liebesgeschichten niederen Grads, die schließlich mit der Bedrohung mit einem Revolver enden. Der Angeklagte unterhielt seit etwa 8 Jahren ein Liebesverhältnis mit einer Witwe Grundke, die schließlich seiner überdrüssig wurde und ihm den Laufpaß gab. Nachdem er wiederholt vergebliche Versuche gemacht hatte, sich mit ihr auszuöhnen, verlassene er sich am 5. Dezember v. J. nachmittags durch List Zutritt zu ihrer Wohnung und es entspann sich eine längere Auseinandersetzung zwischen ihnen. Eine zufällig anwesende Frau hatte bei ihm einen Revolver gesehen, sie warnte die Witwe Grundke, diese floh in die Küche und riegelte die Thüre hinter sich zu. Der Angeklagte klopfte mehrfach an die Thüre und bat sie, heranzukommen, da er Abschied von ihr nehmen wolle. Schließlich öffnete auch die Frau. Er gab ihr zuerst die Hand und fragte, ob er wiederkommen dürfe, worauf die Frau antwortete: „Wenn Du vernünftig und arbeitsam bist!“ Kaum hatte sie diese Worte gesprochen, als der Angeklagte den Revolver aus der Tasche zog und, den rechten Arm vorgestreckt, auf das Gesicht der Frau zielt. In diesem Augenblick sprach auch schon ein Schuß, der das Gesicht der Frau unterhalb der rechten Schläfe streifte und die rechte Ohrmuschel traf. Der Angeklagte feuerte noch zwei Schüsse ab, darunter einen gegen sich selbst, er wurde dann entworfen und, leicht verwundet, zur Polizeiwache gebracht. — Der Angeklagte behauptete, daß er sich selbst habe er-mordet wollen und die Angel nur infolge eines unbegründeten Mißgeschicks ihr Ziel verfehlt und die Jungin getroffen habe. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Leander, plädierete denn auch dafür, daß der Vorfall und die Ueberlegung des Angeklagten bei der ganzen Schieberei nicht vorhanden gewesen sein dürfte.

Die Gehörwornen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfrage, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

Der Mordprozeß gegen den Arbeiter Paul Reumann, der sich am Montag vor dem Schwurgericht wegen Ermordung der 73-jährigen früheren Lehrerin Emilie Medenwald zu verantworten haben wird, dürfte einen großen Umfang annehmen, da es sich um einen interessanten Judizienbeweis handelt und etwa 100 Zeugen zu vernehmen sein werden. Neben dem Hauptangeklagten Reumann, der des Mords und schweren Raubs beschuldigt ist, wird sich der Arbeiter Emil S o b e r wegen Begünstigung zu verantworten haben. Beide Angeklagte sind schon schwer vorbestrafte Menschen.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“, Anstalt des Romanbildhauer für das arbeitende Volk in Wochenheften a 10 Pf. Die Lieferungen 2 bis 6 enthalten die Fortsetzung des Romans „Domben und Sobu“ von Charles Dickens und „Hanna“ von H. S. S. S. S. Die Illustrationen zu Domben sind ganz dem Charakter des Romans angemessen und spiegeln mit verständnisvoller Treue das epische Leben aus der Mitte des Jahrhunderts wieder. Das letzte dem Text beigelegte kleine Heftchen enthält Stützen, Novellen und kleine Notizen unter „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“.

Jeder Buchhändler, jeder Buchhändler (auch die Volk zum Vierteljahrpreis von M. 1.20, Vorkaufskatalog Nr. 3623) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pf.-Hefte an. Wir empfehlen unsern Lesern dringend das Abonnement.

Marktpreise von Berlin am 13. Februar 1901			
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.			
*) Weizen, gut D. Alt.	—	—	—
— mittel	—	—	—
— gering	—	—	—
*) Roggen, gut	—	—	—
— mittel	—	—	—
— gering	—	—	—
*) Weizen, gut	13.40	14.70	—
— mittel	14.00	13.90	—
— gering	13.80	13.20	—
*) Weizen, gut	15.90	15.30	—
— mittel	16.20	14.60	—
— gering	14.50	13.90	—
*) Weizen, gut	7.00	6.50	—
— mittel	7.00	6.50	—
— gering	40.00	25.00	—
*) Weizen, gut	45.00	25.00	—
— mittel	40.00	25.00	—
— gering	40.00	25.00	—

*) frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 11. Februar. Die Ankouze der fallen Witterung, sowie höhere auswärtige Notierungen bewirkten auf dem Getreidemarkt feste Tendenz. Frühere Preissteigerungen wurden indes durch fortgesetztes Angebot von Weizen und von sibirischer Roggen nachdrück. Die Weizenpreise für Weizen zogen um 0.40 M. an. Roggen blieb gut behauptet. Hafer zog um 0.25 M. an. Rüböl gab leicht nach.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
H. S. Rom. Wir sind bereits verlorst und wüßten Ihr Anerbieten desahp dankend abzulehnen.
Paul W. 1. Ja. 2. Nein. 3. Falls Ihre Braut noch nicht 21 Jahre alt ist, müssen Sie auch die begünstigte Einwilligung Ihres Schwiegervaters beibringen. Auch 19 Jahre und Ihrer Braut Geburtsurkunde beibringen. Der Standesbeamte kann auch Vorklagen Ihrer Militärpapiere begehren. — G. G. D. Ch. 12. 1. Welche ist die Herrschaft in Ihrem Falle im Meckl. 2. Für Klagen des Verlobten ist nicht das Gewerbegericht, sondern das Amtsgericht zuständig. — H. S. Polizeiliche Genehmigung ist nicht erforderlich. Jedoch müssten die Statuten in eingereicht werden, das dem einzelnen Mitglied kein Klagbares Recht zuzuschreiben, vielmehr durch den staatlichen Organisations sein Recht geschützt wird. — G. D. 1. 2. 3. Weizen. 4. Weizen ist keine Frucht gegeben. 5. Ja. Sie könnten öffentliche Zustellung erwirken. — Feld 1901. Unter keinen Umständen können Sie eigenmächtig handeln, sondern müssen, falls Sie im Recht sind, auf Klageung klagen. Soweit ersichtlich, ist aber der alte Pächter und nicht Sie im Recht. Der Vertrag des alten Pächters gilt immer auf ein Jahr. Dies scheint noch nicht abgelaufen zu sein.